Die Polen in Rheinland-Westfalen.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der hohen staatswirtschaftlichen Fakultät der
Königl. Bayr. Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

ACAD.
LUGD. BAT.
BIBL.

vorgelegt von

Stanislaus Wachowiak.

Druck von Robert Noske, Borna-Leipzig
Großbetrieb für Dissertationsdruck
1916.

Angenommen von der staatswirtschaftlichen Fakultät.

Referent: Geh. Hofrat Prof. Dr. Brentano.

Meiner inniggeliebten Frau!

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Die Binnenwanderung der Polen 1
1. Einleitung 1
2. Die Zuwanderung 4
a) Gründe 4
b) Der Umfang der Zuwanderung 15
II. Die Polen im Bergbau 27
III. Die Polen als Arbeiter 37
IV. Die wirtschaftliche Lage 49
V. Das Vereinswesen der Polen 60
VI. Die gewerkschaftliche Organisation der Polen 69
a) Die polnische Berufsvereinigung 69
b) Äußere Geschichte 75
c) Die Bergarbeiterabteilung in ihrer Stellung zum Gesamtverbande, zu fremden Gewerkschaften, Streiks und zur Sozialpolitik 84
d) Die Polen unter sich. Die polnischen Arbeitersekretäre . . 96
VII. Die Politik der Polen 100

Literaturverzeichnis.

A. Deutsche Quellen.

Bernhard, L., Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staate. Leipzig 1908 und 1910.

Bernhard, L., Die Fehlerquellen in der Statistik der Nationalitäten. Berlin 1914.

Bredt, J. V., Die Polenfrage im Ruhrgebiet. Leipzig 1909.

Brentano, L., Gesammelte Aufsätze. Stuttgart 1899.

Buchholz, J., Großgrundbesitzer, Bauer und Landarbeiter. Berlin 1893.

v. Chłapowski, Der wirtschaftliche Wert der bäuerlichen Kolonisation im Osten. In den Preuß. Jahrbüchern 1913.

Dix, A., Die Wurzeln unserer Kraft. Berlin 1909.

Fischer-Eckert, L., Die wirtschaftliche Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland. Hagen 1913.

Imbusch, H., Arbeiterverhältnisse und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. Essen ohne Jahr.

Kulemann, Die Berufsvereine. 1. Abt. Bd. 1 u. 2. Jena 1911.

Metzner, M., Die soziale Fürsorge im Bergbau. Jena 1911.

Müller, O., Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands. Karlsruhe 1905.

Münz, H., Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Essen 1909.

Pieper, L., Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. München 1903.

Schulze, F., Die polnische Einwanderung im Ruhrrevier und ihre Wirkungen. München 1909.

Szołdrski, Graf J. v., Die landwirtschaftliche Entwicklung der Provinz „Großherzogtum Posen". Posen 1903.

Trzciński, J. v., Russisch-polnische und galizische Wanderarbeiter im Großherzogtum Posen. Stuttgart 1906.

Weber, P., Die Polen in Oberschlesien. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Ludwig Bernhard: Die Fehlerquellen in der Statistik der Nationalitäten. Berlin 1914.

Weber, Max, Die Verhältnisse der Landarbeiter in Ostelbien. 1892.

Sammelwerke:

Bergpolizeiverordnungen.

Erhebungen, die amtlichen, statistischen in der Provinz Westfalen 1902, 1904, 1906.

Festgabe für G. v. Mayr: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Hrsg. von Zahn.

Festschrift des Bergbaulichen Vereins. Essen 1908.

Geschäftsbericht des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Bochum 1913.

Heimat- und Wirtschaftskunde für Rheinland und Westfalen. 2 Bde. Essen 1914.

Jahresberichte des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum seit 1905.
Jahresberichte der Handelskammern zu Bochum, Dortmund und Münster.
Preußische Jahrbücher, hrsg. von Delbrück.
Preußische Statistik.
Protokolle des Internationalen Bergarbeiterverbandes.
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei. Berlin 1913.
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.
Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat.
Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statistischen Landesamtes.

Zeitungen:

Bergarbeiterzeitung. Bergknappe. Rheinisch-Westfälische Zeitung.

B. Polnische Quellen:

Grabiec, Rok 1863.
Kalendarz Górniczy. Bochum 1913 und 1914.
Pamiętnik wystawy przemysłowej w Bochum, Oberhausen 1913.
Protokuły z walnych zebrań ZZP. Alle Jahrgänge.
Pogląd na rozwój Banku Przemysłowców w Poznaniu. Poznań 1914.
Przewodnik po Westfalii i Nadrenii. Oberhausen 1913.
Sosiński, Odczyt na 10-letni jubileusz założenia Zjednoczenia Zawodowego Polskiego.
Sprawozdania z czynności Zarządu Oddziału Górników Zjednoczenia Zaw. Pol. Alle Jahrgänge.
Umiński, M., Dzieciom ludu polskiego na zachodzie Niemiec. Poznań 1911.

Zeitungen:

Dziennik Poznański. Gazeta Górnicza. Głos Górnika. Wiarus Polski.

Außerdem stützen sich die Ausführungen auf viele persönliche, meist briefliche Anfragen.

An sonstigen Quellen hat der Verfasser vor allem private Mitteilungen benutzt, die ihm reichlich zur Verfügung standen. Besonderes Entgegenkommen zeigten der Allgemeine Knappschaftsverein zu Bochum, die Handelskammern zu Dortmund, Essen und Münster i. W., weiter die Kartelle der verschiedenen Vereine, die polnische Berufsvereinigung, der Alte Verband usw., wofür der Verfasser an dieser Stelle herzlich dankt.

I. Die Binnenwanderung der Polen.

Einleitung.

Bis zum Jahre 1880 kannte man eine polnische Frage nur im Osten des Deutschen Reiches. Sie machte vor dem französischen Kriege wenig von sich zu sprechen. Das polnische Volk mit seinem Großgrundbesitz vegetierte damals noch in seiner breiten Masse dahin. Ab und zu wurde diese behagliche Ruhe durch eine neue Regierungsverordnung etwas unterbrochen. Aber lebendig wurden dadurch eigentlich nur der adelige Gutsbesitzer, dann der Geistliche, Arzt, oder ein anderer Angehöriger des gebildeten Mittelstandes, sonst niemand.

Nach dem französischen Kriege war es zunächst Bismarck[1]) mit seinem Kulturkampf, der etwas Leben in die östlichen Provinzen brachte. Der gleichgültige Bauer, Häusler und Arbeiter kam aus seiner Ruhe, als sein Pfarrer fliehen mußte oder verkappt in später Abendstunde in einem entlegenen Bauernhause seine Leute zu einer Andacht versammelte. Allmählich änderte sich die Gelassenheit der polnischen Masse. Der Schulzwang, die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege und vor allem die unermüdliche Tätigkeit der Geistlichkeit lenkten das öffentliche Leben in neue Bahnen. Der Adel mußte bald mittun. Die Besten unter ihm hatten eingesehen, daß alle Hoffnungen, die man auf die diplomatische Hilfe des Auslandes, so besonders Frankreichs und Englands gebaut hatte, trügerisch waren. Der letzte, so unglücklich verlaufene Aufstand, der in Strömen von Blut erstickt worden war, hatte den Einsichtigen den Beweis erbracht, daß auf diese Weise kein Erfolg mehr zu erzielen war. Die polnische Frage, die bis zum Jahre 1863 eine europäische war, wurde nach dem letzten Aufstand eine rein innerpolitische der drei Teilungsstaaten. Alexander II.[2]) von Rußland, auf den die gemäßigten Elemente der Polen noch einige Hoffnung setzten, hat die Erwartungen ebenso getäuscht wie

---

[1]) vgl. auch Brentano, Gesammelte Aufsätze Bd. 1 (Stuttgart 1899) S. 327.
[2]) vgl. auch Grabiec, „Rok 1863“ (Poznań 1913).

seine Vorgänger. „Messieurs, pas de reveries", hatte er bei einem Empfange zu den Polen gesagt und so die letzten Hoffnungen der Utopisten zerstört. Auf diplomatischem oder gar auf dem Wege eines Aufstandes — das sahen sogar die radikalsten Elemente ein — war nichts zu erreichen. Dieses Bewußtsein hatten vor allem die preußischen Polen. Hier waren in den 40 er und 50 er Jahren Männer wie Marcinkowski tätig. Marcinkowski war der erste, der seinen Landsleuten eindringlich zu Gemüte führte, was vor allem not tat: nüchterne planmäßige Alltagsarbeit, um sich wirtschaftlich und dadurch auch geistig zu heben; nur so könnte das Volk fortleben, nur so brauchte man nicht zu unterliegen.

Dann kam der geniale Bauernorganisator mit seinem diktatorischen Einfluß — Jackowski.

Diese beiden Männer wandten ihr Augenmerk auf die polnische Demokratie, auf die breite Masse; ihrer unermüdlichen Arbeit haben die preußischen Polen alles zu verdanken.

Die Ansätze zu einer wirtschaftlichen Hebung der preußischen Polen finden wir in den 50 er Jahren. Aber das Werk Marcinkowskis kam erst später zu seiner vollen Entfaltung. Der Deutsch-französische Krieg hatte die Polen mit andern Leuten und Ländern bekannt gemacht. Die Bahnen, die überall gebaut wurden, brachten sie in Verbindung mit andern Menschen und Verhältnissen. Der polnische Bauer lernte von seinen Führern eine andere Wirtschaft, er wurde nicht mehr ausgewuchert und kam so allmählich zu Wohlstand. Aber nur der kleinste Teil der Polen war in der glücklichen Lage, Land zu besitzen. War doch der Osten das typische Land des Großgrundbesitzes, in einem noch viel stärkeren Maße als heute. Wie wirkten die allgemeinen Besserungen auf den besitzlosen Landarbeiter, der in den gedrücktesten Verhältnissen auf den kärglichen Verdienst bei seinem Gutsherrn angewiesen war? Auch er genoß den Schulunterricht, auch er wurde mit den neuen Strömungen in seinem Volke bekannt. Er war sich dessen bewußt, daß ihm das Recht der Freizügigkeit ebenso zustand wie jedem andern. Warum also sollte er sich nicht umsehen, um irgendwo in der Welt seine Lage zu verbessern? Denn diese war so ungünstig wie sie nur sein konnte. J. Buchholz[1]) berechnet, daß in den 80 er Jahren der volle Lohn eines Deputatisten nach Abzug des Lohnes, den er seinem Dienstgänger zahlen mußte, etwa 200—400 Mk. jährlich betrug. Dabei war die Zeit der Arbeitsdauer 12—15

[1]) J. Buchholz, Großgrundbesitzer, Bauer und Landarbeiter (Berlin 1893) S. 9.

Stunden täglich, die Behandlung schlecht, die Lage in jeder Hinsicht gedrückt.[1])

Aber nicht nur die Insten fühlten ihr schlechtes Los. Nicht minder kam es den freien Taglöhnern und Häuslern zum Bewußtsein. Auch sie waren ganz auf die Mithilfe in der Landwirtschaft angewiesen, da der Osten nicht einmal Ansätze zu einer Industrie zeigte. Selbst die bäuerliche Bevölkerung[2]) war trotz der veränderten Wirtschaft, trotz der guten Kreditorganisation usw. nicht auf Rosen gebettet. Die Bauernsöhne der gewöhnlich sehr zahlreichen Familien fanden keine lohnende und befriedigende Beschäftigung. Auch sie suchten ihre Lage zu bessern.

Zwei Möglichkeiten kamen hier besonders in Betracht. Der Arbeiter zog entweder nach Amerika oder in die deutschen Industriegebiete des Westens. Das amerikanische Auswanderungsfieber herrschte ungefähr bis zum Jahre 1890. Von 1871 bis 1887 wanderten nach den Statistiken[3]) durchschnittlich 200 000 Personen jährlich aus Deutschland nach Amerika aus. Dann nahm diese Auswanderung plötzlich ab, und der ganze Strom floß dem industriellen Westen Deutschlands zu.

Das Hauptkontingent dieser Abwanderung stellten die agrarischen östlichen Provinzen mit ihrer überwiegenden polnischen Bevölkerung.

Die Polen bildeten im Westen inmitten der alteingesessenen deutschen Bevölkerung feste Kolonien, die mit der Zeit immer größer wurden und förmliche Enklaven bildeten. Ganzen Gemeinden gaben diese Zuwanderer ein anderes Gepräge, anders war ihre Sprache, anders ihre Sitten und Gewohnheiten, anders sogar ihre Kleidung.

Anfänglich sah man in den Polen ein willkommenes Arbeitermaterial, als der Zustrom aber immer größer wurde und mitunter über den Bedarf hinausging, da nahm man den Zuwanderern gegenüber eine feindliche Stellung ein, die sich verschärfte, als die Fremdlinge mit der Zunahme ihres Wohlstandes und ihrer Bildung Rechte für sich in Anspruch nahmen, die nach Ansicht der eingesessenen Bevölkerung ihnen nicht zukamen.

---

[1]) Über die Verhältnisse der Landarbeiter in Posen vgl. die Schriften Jul. v. Trzciński, Russisch-polnische und galizische Wanderarbeiter im „Großherzogtum Posen“ (Stuttgart 1906) S. 1—8; ebenso J. Graf v. Szołdrski, Die landwirtschaftliche Entwicklung der Provinz „Großherzogtum Posen“ (Posen 1903) S. 86 ff.

[2]) Brentano, Gesammelte Aufsätze S. 345.

[3]) Zach, Die Statistik (Kempten 1913) S. 80.

Die außerordentlichen wirtschaftlichen Erfolge der Fremden waren es vor allem, welche die alteingesessene Bevölkerung um ihren Besitzstand fürchten ließen. So kam es zu Reibereien und Kämpfen, die auf den verschiedensten Gebieten mit verschiedenem Erfolg von beiden Parteien ausgefochten wurden, ohne daß dadurch die gegenseitige Erbitterung abgenommen hätte. Man war sich klar: es gab fortan nicht eine, sondern eigentlich zwei Polenfragen innerhalb der Grenzen Preußens.

Über die erste, die östliche, ist hüben und drüben schon so viel geschrieben worden, daß es wohl besser gewesen wäre, wenn einige Fässer Tinte und Druckerschwärze weniger verschrieben worden wären.

Die zweite hat naturgemäß weniger Liebhaber angelockt, einmal deswegen, weil die Nationalitätenfrage im Westen nicht den Umfang hatte wie im Osten, dann auch deshalb, weil die polnische Frage im Westen erst in der allerneuesten Zeit weitere Kreise zu interessieren anfing.

Die polnische Zuwanderung.

a) Die Gründe.

Es ist nicht so leicht, mit ein paar Worten die Ursachen zu erschöpfen, welche die Polen zu einer Massenwanderung veranlaßt haben. Die Hauptgründe haben wir in der Einleitung schon kurz gestreift. Die Zuwanderer entstammen, wie Brösike [1]) nachgewiesen hat, meist den agrarischen Bezirken des Ostens. Über die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens ist schon so viel geschrieben worden, daß sich hier eine genauere Schilderung erübrigt. Die Zuwanderer sind gewöhnlich Häusler, d. h. landwirtschaftliche Arbeiter, die etwas Land ihr eigen nennen, dabei aber auf Nebenverdienst auf den Gütern angewiesen sind, oder die Insten, d. h. die landwirtschaftlichen Taglöhner. Meist ist es ihre prekäre Lage, die sie zur Auswanderung bewegt. Der Pole hängt bekanntlich mit jeder Faser seines Herzens an seinem Lande. Deshalb konnte er sich anfänglich, in den 70er und 80er Jahren, als die Auswanderung begann, nur schwer entschließen, weit in die Fremde, „in die Welt“ zu wandern, wie er sagt. Nur einige Mutige entschlossen sich anfänglich zur Auswanderung. Es waren meist jüngere Leute, die Verheirateten ließen gewöhnlich Weib und Kind daheim, wie es noch heute, speziell bei den Häuslern, oft der Fall ist, aber immer seltener

[1]) Brösike in Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statist. Landesamtes 1908.

wird. Kam ein solcher „Westfale“ nach einem Jahre nach Hause, so erregte er gewöhnlich die Aufmerksamkeit des ganzen Dorfes. Er war eleganter gekleidet, mit einem Wort, die Dorfinsassen sahen in ihm etwas Besseres. Das weckte Interesse für die Fremde, die so immer mehr anlockte.

Daß diese rein persönlichen Beziehungen der Auswanderer wirklich eine Hauptursache zur Auswanderung waren, dafür liefert der Umstand den besten Beweis, daß die Zuwanderer bestimmter Bezirke sich in der Fremde immer in bestimmten Gegenden konzentrieren. So sitzen z. B. die Zuwanderer aus dem Kreise Gostyn fast immer in Oberhausen oder Wanne, die aus dem Kreise Kosten in Herne, die aus den schlesischen Kreisen fast ausschließlich in Bottrop, die Masuren dann wieder fast regelmäßig in Gelsenkirchen, die Westpreußen in Wattenscheid. Überhaupt hat es mit diesem unerhört stark ausgeprägten Gemeinschaftsgefühl der Polen eine eigene Bewandtnis. Diese Tatsache bildet den gewaltigsten Damm gegen die Germanisierung, ja sie ist die Hauptstärke der westfälischen Polen.

Wie bei jeder Auswanderung die wirtschaftlichen Momente fast ausschließlich die Triebkräfte sind — so auch hier bei der Auswanderung der Polen. Sie waren es vor allem unbestritten zu Anfang der polnischen Binnenwanderung. Die Ursachen der Auswanderung in der neuesten Zeit sind nicht zuletzt in der Polenpolitik des preußischen Staates zu suchen. Der Pole ist, wie Bernhard ganz richtig bemerkt, landhungrig. Man wird sicher nicht fehlgehen, wenn man behauptet, daß überhaupt kein anderes Volk so fanatisch an seinem Lande hängt wie gerade der Pole. Nun machen aber die zahllosen Ausnahmegesetze einem Polen im Osten den Landkauf fast unmöglich. Da war es zunächst die Ansiedlungskommission, die den Landerwerb erschwerte, indem ihre Konkurrenz die Preise auf dem Bodenmarkte ganz fabelhaft in die Höhe schnellen ließ. So stieg der Preis für den Hektar Boden, den die Ansiedlungskommission kaufte, von 568 Mk. im Jahre 1888 auf 1383 Mk. im Jahre 1906.[1]) Aber bekanntlich ist dem Polen für sein Land kein Opfer zu groß. Er zahlt jeden Preis, den er eben erschwingen kann. Die vorzüglichen Parzellierungsinstitute taten hier gute Dienste. Aber die enormen Preise hielten manchen ab. Zudem kam noch eine zweite Wirkung der Ansiedlungskommission, die die Auswanderung begünstigte. Auf allen von der Kommission angekauften Gütern wurden die polnischen Arbeiter sofort entlassen. Viele fanden Beschäftigung in den Städten und Städtchen, die sich so immer

[1]) Chłapowski l. c.

mehr polonisierten. Die meisten aber wanderten aus. Allein im großen und ganzen stehen die Erfolge der Ansiedlungskommission in keinem Verhältnis zu den Hunderten von Millionen, welche man bis jetzt aufgewendet hat. Ob die Tatsache, daß infolge der Tätigkeit der Kommission einige Tausende Polen zum Westen ausgewandert sind und in der dortigen Industrie Beschäftigung gefunden haben, was für sie zugleich eine Erhöhung der Lebenshaltung und vor allem des geistigen Niveaus bedeutete, zu den Erfolgen dieser Institution gezählt werden soll, wollen wir hier nicht entscheiden. Viel weitgehender war das Ansiedlungsgesetz, das in den Provinzen Posen und Westpreußen gilt, also ein Ausnahmegesetz par excellence ist. Es schreibt vor, daß zu einer Ansiedlung, d. h. nach preußischem Gesetz zur Errichtung einer Wohnstätte, die Erlaubnis von der Regierung einzuholen ist. Nun wird eine solche Genehmigung dem Polen kaum erteilt. Die Novelle v. 10. 8. 1904 sagt in dem berühmten § 13 b: „Die Ansiedlungsgenehmigung ist im Geltungsbereiche des Gesetzes betr. die Förderung deutscher Ansiedlung in den Provinzen Westpreußen und Posen v. 26. 4. 1886 zu versagen, solange nicht eine Bescheinigung des Regierungspräsidenten vorliegt, daß die Ansiedlung mit den Zielen des bezeichneten Gesetzes nicht in Widerspruch steht". In den Provinzen Ostpreußen und Schlesien, in den Regierungsbezirken Frankfurt, Stettin und Köslin findet diese Vorschrift sinngemäße Anwendung. Wird die Bescheinigung versagt, so findet nur die Beschwerde an den Oberpräsidenten statt, der endgültig entscheidet. In etwa haben die Polen dieses Gesetz zu umgehen verstanden. Denn von diesen Beschränkungen werden die Parzellierungen ohne Neubau nicht betroffen. Bernhard sagt darüber[1]): „Und nicht etwa haben die Polen erst seit dem scharfen Ansiedlungsverbot von 1904 ihre Zuflucht zur Parzellierung ohne Neubau genommen, sondern während des ganzen Kampfes um den Boden war diese Parzellierungform ihr Hauptmittel. Sie haben die Adjazenten- und Ausbauparzellierung in raffinierter Weise ausgebildet und angewendet und haben sich immer mit Erfolg zur Wehr gesetzt, wenn irgend jemand Miene machte, ihnen dieses Mittel zu entreißen". Doch gibt Bernhard zu,[2]) daß in manchen Fällen die Aufteilung unmöglich gemacht wurde und infolgedessen das Vordringen der Polen stockte. Tatsächlich hat das Gesetz gerade in den polnischen Arbeiterkreisen große Erbitterung hervorgerufen, besonders bei den westfälischen Zuwanderern, die jeden

---

[1]) Bernhard l. c. S. 634.
[2]) Ebenda S. 667.

Pfennig sparten, um sich nach einigen Jahren in ihrer Heimat anzusiedeln. Das Gesetz machte alle Hoffnungen nichtig, dazu kamen Fälle, die in der polnischen Öffentlichkeit ganz enormes Aufsehen erregten. Man denke nur an den Fall des polnischen Bauern Drzymała, der, als ihm die Regierung den Bau eines Wohnhauses versagte, zu einem wirklich originellen Mittel seine Zuflucht nahm. Er kaufte sich einen Zigeunerwagen und bezog ihn mit seiner Familie. Dagegen gab es noch keine Gesetze. Wie gewaltig damals das Interesse der Polen war, geht daraus hervor, daß man binnen ein paar Wochen mehrere tausend Mark aufbrachte und Drzymała, der eine sehr zahlreiche Familie hatte, einen neuen, mit allem Komfort eingerichteten Wagen kaufte. Das alles war der Regierung aus begreiflichen Gründen sehr peinlich. Wer sich der Zeit errinnert, weiß, daß die größten Zeitungen und Zeitschriften des Auslandes Abbildungen des pfiffigen Bauern und seiner Wagenburg brachten, kurz das Interesse war allgemein. Die Regierung entschloß sich endlich, dem Drzymała aus freien Stücken unter sehr günstigen Bedingungen die Ansiedlungsgenehmigung zu erteilen. Solche Fälle kamen zahlreich vor, es würde zu weit führen, sie alle zu schildern. Wir führen diesen charakteristischen Fall nur deshalb an, um zu zeigen, welche Stimmung er bei den Polen hervorrief; selten war die Erbitterung so groß wie damals. Das hatte seine Folgen. Für den polnischen Arbeiter war eines Gewißheit: die Ansiedlung war erschwert, es war kein Platz für ihn da. Was nützte es ihm, daß er Land erwerben konnte, daß er eine Scheune bauen konnte, wenn er kein Wohnhaus hatte. So kam es, daß in dieser Zeit das allgemeine Sentiment zur Auswanderung trieb. Als endlich im Jahre 1908 das Enteignungsgesetz kam, war anfänglich die Konsternation groß. Das ganze polnische Volk wurde aufgerüttelt wie nie zuvor. Wenn man die polnische Presse von damals verfolgt, kann man sich ein Bild davon machen. Aber schon bald trat Ernüchterung ein. Die Parole war: Weiter arbeiten, weiter meliorieren, unbekümmert um das neue Gesetz. Tatsächlich war das eine große Klugheit. Denn die Regierung, die sich die Enteignung als eine Art Damoklesschwert vorgestellt hatte, machte gerade mit diesem Gesetz das größte Fiasko. Die Polen erholten sich von dem anfänglichen Schrecken, und man kann wohl behaupten, daß sie moralisch im Kampfe nur gewonnen hatten. Die Enteignung ist, wie bekannt, erst 1913, also 5 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes, angewendet worden, und zwar nur in vier Fällen, von weiteren Fällen hat die Regierung abgesehen. Sicher ist, daß in den breiten Massen auch das schwebende Enteignungsgesetz und der

Mißmut, der ihm folgte, viel zur Abwanderung beigetragen hatten. Viel mehr als alle diese Gesetze wird auf die Abwanderung voraussichtlich das in Aussicht genommene neue Grundteilungsgesetz [1]) einwirken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei allen lobenswerten Tendenzen, welche diese Vorlage an und für sich hat, Nebenabsichten sicherlich nicht fernliegen. Zu einer Parzellierung muß bekanntlich nach der neuen Vorlage die behördliche Erlaubnis eingeholt werden, vor allem wird das Gesetz die Tätigkeit der Parzellierungsinstitute lahmlegen. Für die Polen wird sich die Wirkung also in doppelter Weise zeigen. Erstens werden ihre vorzüglichen Parzellierungsinstitute zum größten Teil die Tätigkeit einstellen müssen, dann aber zweitens wird dem Polen eine Parzellierung an Polen unmöglich gemacht, denn dazu ist die behördliche Erlaubnis erforderlich, und der Staat hat eo ipso Vorkaufsrecht. Erschwerten also die bisherigen Gesetze die Ansiedlung von Polen, so wird sie das neue fast unmöglich machen. Also wird folgendes eintreten: Die Rückwanderung der Polen aus Westfalen wird immer geringer werden. Schon jetzt ist ja der Pole im Westen ziemlich seßhaft. Die polnischen Kapitalien werden im Westen einen starken Mittelstand schaffen. Zudem werden die Reihen der Polen durch die neuen Ausnahmegesetze mächtig gestärkt. Das polnische Element im Osten wird aber kaum abnehmen, wie es ja trotz der großen, jetzt vorhandenen Auswanderung nicht abgenommen hat. Die Polenfrage wird also nicht nur brennender im Osten, sondern ebenso akut im Westen. Man kann im allgemeinen sagen, daß alle Ausnahmegesetze direkt oder indirekt die Auswanderung gefördert haben. Das heißt nicht, sie haben das polnische Element im Osten verdrängt oder auch nur beträchtlich geschwächt, das Gegenteil ist der Fall. Die Abwanderung wiederum ist in Polen sehr von statten gekommen. Es ist ja bekannt, daß der Pole gerade im Westen stark zu seinem Volke hält und infolge seiner besseren wirtschaftlichen Lage intelligenter und reicher wird, worüber wir in einem andern Kapitel sprechen werden. Nun könnte man aber mit Recht einwenden: Warum hat der Pole den weiten Westen aufgesucht, wo doch so nahe das industrielle Schlesien liegt, das den Polen ganz anders anziehen konnte als die Fremde? Dafür sind folgende Gründe maßgebend gewesen:

1. war die schlesische Industrie nicht so sehr entwickelt wie die westfälische. Der Bedarf an Arbeitern war im Verhältnis zum Westen ein minimaler.

---

[1]) vgl. G. W. Schiele, Bedenken gegen das Grundteilungsrecht, in den Preuß. Jahrb. Bd. 156, 1914.

2. Auch sind bekanntlich die Löhne in Schlesien bei weitem geringer. Aus der Tatsache, daß der Pole dorthin zieht, wo die besten Arbeitsbedingungen sind, haben die Führer der Polen des öftern den nicht ganz falschen Schluß gezogen, daß der Pole aus Posen und Westpreußen hohe Ansprüche macht, also gewissermaßen als kulturell hochstehender Arbeiter anzusprechen ist.

3. Die Wohn- und Lebensverhältnisse sind im Westen weit besser. Im Westen hat der Arbeiter neben seinem Haus meist auch ein Gärtchen oder ein Stück Land. Wie das der Pole schätzt, kann nur der begreifen, der weiß, wie er am Boden hängt.

Unter den genannten Gründen ist der erste bei weitem am wichtigsten. Der Bergbau im Ruhrgebiet hat einen solchen Umfang angenommen, daß der Arbeiterbedarf mit einheimischen Leuten nicht mehr gedeckt werden konnte. Während die Kohlenförderung im ObA. Dortmund im Jahre 1800 etwas über 200 000 t betrug, zeigen die folgenden Jahrzehnte diese Entwicklung:

Jahr	t	Jahr	t
1810	368 679	1900	59 618 900
1820	425 364	1905	65 373 531
1830	571 434	1906	76 811 054
1840	990 352	1907	80 182 647
1850	1 665 662	1908	82 664 647
1860	4 365 834	1909	82 803 676
1870	11 812 528	1910	86 864 504
1880	22 495 204	1911	91 260 197
1890	35 469 290		

Während der Wert der Produktion im Jahre 1800 1 039 015 Mk. betrug, belief er sich im Jahre 1900 auf 508 000 000, 1907 auf 763 000 000, 1910 auf 849 000 000 und 1911 auf 888 000 000 Mk.[1]) Dementsprechend stieg auch die Zahl der Belegschaft. Folgende Tabelle zeigt ihre Entwicklung.

Tabelle I.

Zahl der Belegschaft auf den im Oberbergamt Dortmund gelegenen Werken.[2])

Jahr	t	Jahr	t
1800	1 564	1830	4 457
1810	3 117	1840	8 945
1820	3 556	1850	12 741

[1]) Näheres siehe in „Heimat- und Wirtschaftskunde für Rheinland und Westfalen“ 2 Bde. (Essen 1914).

[2]) Zusammengestellt aus dem Jahrbuch für das Oberbergamt Dortmund sowie aus den Jahresberichten des Allgem. Knappschaftsvereins Bochum.

Jahr	t	Jahr	t
1860	29 320	1907	303 089
1870	51 391	1908	334 733
1880	80 152	1909	340 567
1890	127 749	1910	345 136
1900	226 902	1911	349 900
1905	267 798	1912	376 710
1906	278 719	1913	409 944

Hand in Hand mit der riesigen Zunahme der Kohlenproduktion ging die Gewinnung von Nebenprodukten. So belief sich die Koksgewinnung im ObA. Dortmund [1]) im Jahre 1907 auf 15 000 000 t, von Briketts auf 2 838 000 t, von Leuchtgas auf 2 292 000 cbm. Ganz enorm stieg auch die Roheisenfabrikation. Sie betrug im Ruhrbezirk z. B. im Jahre 1907 6 830 945 t.

Auch die Zink-, Blei- und Kupferproduktion stellt heute in Westfalen einen ganz bedeutenden Wert dar.

Aus alledem geht hervor, wie schnell, ja geradezu sprunghaft die Entwicklung im Ruhrgebiet vor sich ging. Unter solchen Umständen ist es klar, daß der ansässige Arbeiterstand bei weitem nicht genügen konnte. Zudem kommt die merkwürdige Tatsache, daß der Nachwuchs der einheimischen Arbeiter nur ganz selten dem Berufe des Vaters folgte. Nach der im Jahre 1893 erfolgten Zählung der Arbeiterschaft im ObA. Dortmund ergab sich, daß schon damals nur 37,42 % der Bergleute dem Berufe ihres Vaters gefolgt waren. Bredt [2]) schreibt, daß nach der Angabe Köhnes in der Festschrift zum 8. Bergmannstage Abschn. 11 S. 188, die Zahl der im Bergbau beschäftigten jugendlichen Arbeiter nur etwa 40 % aller Bergmannssöhne dieses Alters umfaßt habe. Er bemerkt dazu: „Mag dieser Prozentsatz auch im Vergleich mit anderen Gewerben ein hoher sein, für eine Industrie, welche ganze Gegenden in der Weise beherrscht wie der Kohlenbergbau, ist er gering. Für die neueste Zeit liegen keine solchen Angaben mehr vor. Man kann aber mit Bestimmtheit sagen, daß sich das Verhältnis noch weiter zuungunsten der Vererbung des Bergmannsberufes verschoben hat". Viele der im Bergbau beschäftigten jugendlichen Arbeiter gehen später zu anderen Berufen über. Es ist ganz charakteristisch, daß die alten Bergleute es sich für eine Ehre anrechnen, wenn sie ihre Kinder etwas anderes werden lassen. Man hört

---

[1]) Jahresbericht des Vereines für bergbauliche Interessen im Oberbergamt Dortmund (Dortmund 1911).

[2]) Bredt l. c. S. 17.

oft genug von ihnen, daß der Bergmannsberuf heute nicht im Ansehen stehe, ja sogar von vielen verachtet werde. Alles das machte den fremden Arbeiter unentbehrlich. Ohne ihn wäre eine Weiterentwicklung des Bergbaues unmöglich gewesen. Als der unabwendbare Arbeitermangel eintrat, schickte man Agenten [1]) vor allem nach den östlichen agrarischen Provinzen Deutschlands, und so begann die Massenauswanderung insbesondere der Polen, eine Erscheinung, die nicht ihresgleichen aufzuweisen hat. Einmal deswegen, weil sie einen geradezu riesigen Umfang angenommen hat, dann auch darum, weil hier ein massenhafter Übergang eines seit Jahrhunderten agrarischen Volkes zur Industrie stattgefunden hat. Die ganze polnische Zuwanderung setzt sich bekanntlich aus drei Stämmen der Polen zusammen, aus den sogen. Großpolen, den Masuren und den Kassuben. Die ersteren haben ihren Namen von der ehemaligen geographischen Benennung der polnischen Landesteile, aus denen sie stammen.

---

[1]) Es ist unglaublich, mit welchen Mitteln gerade diese Agenten im Osten gearbeitet haben. Wie geschickt sie ans Werk gingen, zeigt folgender seinerzeit in Ostpreußen verbreiteter Aufruf, der so typisch und interessant ist, daß wir es uns nicht versagen können, dieses eigentümliche Dokument hier ganz wiederzugeben:

„Masuren! In rheinländischer (!) Gegend, umgeben von Feldern, Wiesen und Wäldern, den Vorbedingungen guter Luft, liegt, ganz wie ein masurisches Dorf, abseits vom großen Getriebe des westfälischen Industriebezirkes, eine reizende, ganz neu erbaute Kolonie der Zeche „Viktor“ bei Rauxel. Diese Kolonie besteht vorläufig aus über 40 Häusern und wird später auf etwa 65 Häuser erweitert werden. In jedem Hause sind nur vier Wohnungen, zwei oben, zwei unten. In jede Wohnung gehören etwa drei bis vier Zimmer. Die Decken sind 3 m hoch. die Länge bezw. die Breite des Fußbodens beträgt über 3 m. Jedes Zimmer, sowohl oben als auch unten, ist also schön groß, hoch und luftig, wie man sie in den Städten des Industriebezirkes kaum findet.

Zu jeder Wohnung gehört ein sehr guter und trockener Keller, sodaß sich die eingelagerten Früchte, Kartoffeln usw., dort sehr gut erhalten werden.

Ferner gehört dazu ein geräumiger Stall, wo sich jeder sein Schwein, seine Ziege oder seine Hühner halten kann. So braucht der Arbeiter nicht das Pfund Fleisch oder seinen Liter Milch zu kaufen. Endlich gehört zu jeder Wohnung auch ein Garten von etwa 23—24 Quadratruten. So kann sich jeder sein Gemüse, sein Kumpst (?) und seine Kartoffeln, die er für den Sommer braucht, selbst ziehen. Wer noch mehr Land braucht, kann es in der Nähe von Bauern billig pachten. Außerdem liefert die Zeche für den Winter Kartoffeln zu billigen Preisen. Dabei beträgt die Miete für ein Zimmer (mit Stall und Garten) nur 4 Mk. monatlich, für die westfälischen Verhältnisse jedenfalls ein sehr billiger Preis. Außerdem vergütet die Zeche für jeden Kostgänger monatlich 1 Mk. Da in einem Zimmer vier Kostgänger gehalten werden können, wird die Miete also in jedem Monat um 4 Mk. geringer, ganz abgesehen davon, was die Familie an den Kostgängern selbst verdient.

Zu den Großpolen, schlechtweg Polen genannt, rechnet die Statistik alle Zuwanderer, die den Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien entstammen. Sie machen die Hauptmassen der Zuwanderer aus. Neben ihnen sind die Masuren am stärksten vertreten. Sie unterscheiden sich von den Großpolen durch ihren masurischen Dialekt und ihr Glaubensbekenntnis. Die Großpolen sind fast ausnahmslos Katholiken, die Masuren durchweg protestantisch. Bekanntlich rührt das aus dem 16. Jahrhundert her, wo die preußischen Fürsten, die das heutige Ostpreußen von den polnischen Königen zum Lehen hatten, zum Protestantismus übergingen. Die Masuren sind also protestantisch geworden, doch sind gerade bei ihnen sehr viele Überreste des Katholizismus geblieben, so z. B. die Marienverehrung usw. Ja, der Konservatismus hat sich so gehalten, daß sie gewisse

---

Wenn also eine Familie vier Kostgänger hat, würde sie monatlich 4×4 gleich 16 Mk. zu bezahlen haben. Hält sie nun vier Kostgänger, so würde die Miete nur 12 Mk. betragen.

Die ganze Kolonie ist von schönen breiten Straßen durchzogen, Wasserleitung und Kanalisation sind vorhanden. Abends werden die Straßen elektrisch beleuchtet. Vor jedem zweiten Hause liegt auch ein Vorgärtchen, in dem man Blumen oder noch Gemüse ziehen kann.

Wer es am schönsten hält, bekommt eine Prämie.

In der Kolonie wird sich in nächster Zeit auch ein Konsum befinden, wo allerlei Kaufmannsware wie Salz, Kaffee, Heringe usw. zu einem sehr billigen Preise von der Zeche geliefert werden, auch wird dort ein Fleischkonsum eingerichtet werden. Für größere Einkäufe liegen Kastrop, Herne und Dortmund ganz in der Nähe. Ledige Leute, die nicht in Privatkost gehen wollen, können in einer Menage zu sehr billigen Preisen wohnen und essen. Den Ankommenden wird in der ersten Zeit ein Barvorschuß, je nach Bedarf bis zu 50 Mk. gegeben.

Für die Kinder sind dort Schulen erbaut worden, sodaß sie nicht zu weit zu laufen brauchen, auch die Arbeiter haben bis zur Arbeitsstelle höchstens 10 Minuten zu gehen. Bis zur nächsten Bahnstation braucht man etwa $^1/_2$ Stunde. Die Löhne stellen sich durchschnittlich im Juni 1908 so:

Tagesarbeiter,	8 Stunden Schicht	3,80—4,00 Mk.
Platzarbeiter,	12 Stunden Schicht	3,60—4,50 „
Kokslader		7,82 „
Koksfüller		4,46 „
Ziegeleiarbeiter		4,00—4,50 „
Schlepper bei Kokereien		3,80 „
Schlepper in der Grube		3,00—4,10 „
Lehrhauer im 1. Jahr		5,50 „
Hauer im Gedinge etwa		6,35 „
Gesteinshauer etwa		6,40 „
Zimmerhauer etwa		5,35 „

Man sieht also, daß jeder Arbeiter gut auskommen kann. Wer sparsam ist, kann noch Geld auf die Sparkasse bringen. Es haben sich in Westfalen viele Ostpreußen mehrere tausend Mark gespart. Das Geld ist dann wieder in die Heimat gekommen, und so hat die Heimat auch etwas davon gehabt. Überhaupt zahlt die Zeche wohl die höchsten Löhne. Feierschichten

katholische Feiertage zu den ihrigen gemacht haben. Der masurische Dialekt, dessentwegen die Masuren von der Statistik fälschlich gesondert behandelt werden, ist natürlich das reinste Polnisch mit kleinen Dialektunterschieden. Die ärmlichen Verhältnisse, in denen die ostpreußischen Masuren leben, haben von jeher die Auswanderung sehr begünstigt. So erklärt es sich, daß gerade die masurische Auswanderung einen so massenhaften Charakter angenommen hat. Die Kassuben stammen aus den Kreisen der Regierungsbezirke Danzig und Köslin. Sie sind ebenso wie die Großpolen Katholiken und unterscheiden sich von ihnen ebenso wie die Masuren durch ihren Dialekt. Sie sind ziemlich seßhaft und ihre Auswanderung klein. Sie kommen deshalb weiter nicht in Betracht. Man wird von der polnischen Zuwanderung nie ein richtiges Bild haben, wenn man die beiden

---

kommen dort nicht vor, vielmehr Überschichten, sodaß die Arbeiter immer Verdienst haben werden. Entlassung masurischer Arbeiter wird außer dem Falle grober Selbstverschuldung nicht vorkommen.

Masuren, es kommt der Zeche vor allem darauf an, ordentliche Familien in diese ganz neue Kolonie hineinzubekommen. Ja, wenn es möglich ist, soll diese Kolonie nur mit masurischen Familien besetzt werden.

So bleiben die Masuren ganz unter sich und haben mit Polen, Westpreußen usw. nichts zu tun.

Jeder kann denken, daß er in seiner östlichen Heimat wäre. Es gibt Masuren, die bei der Zeche schon lange tätig sind und sich bei der anständigen Behandlung wohl fühlen. Als Beweis wird in Masuren bald ein solcher Arbeiter als Zeuge erscheinen.

Jede Familie erhält vollständig freien Umzug, ebenso jeder Ledige freie Fahrt. Sobald eine genügende Zahl vorhanden ist, wird ein Beamter der Zeche Sie abholen. Die Zeche verlangt für den freien Umzug keine Bindung, eine bestimmte Zeit dort zu bleiben, wie andere Zechen. Sie vertraut ganz und gar der Ehrlichkeit der Masuren. (!) Wem es nicht gefällt, kann von dort aus weiterziehen. Die Verwaltung der Zechen hofft aber, daß es den masurischen Familien so gut gefallen wird, daß sie ans Weiterziehen gar nicht denken werden. Auch weiß sie, daß sehr viele Familien später freiwillig nachziehen werden, wenn erst die Briefe der Zugezogenen angekommen sind. Überlege sich also ein jeder die ernste Sache reiflich! Die Zeche will keinen aus der Heimat weglocken, auch keinen seinen jetzigen Verhältnissen entreißen; sie will nur solchen ordentlichen Menschen, die in der Heimat keine Arbeit oder nur ganz geringen Verdienst haben, helfen, mehr zu verdienen und noch extra zu ersparen, damit sie im Alter nicht zu hungern brauchen. Vorgetäuscht wird durch dieses Plakat nichts, es beruht alles auf Wahrheit.

Wer sich die Angelegenheit reiflich überlegt hat, sage dies seinem Wirt, bei dem das Plakat aushängt. Dieser schreibt dann an Herrn Wilhelm Royek in Harpen bei Bochum. Es werden dann in kurzer Zeit zwei Herren erscheinen, die das Nähere bekanntgeben werden. Jeder besorge sich gleich seine Papiere, Arbeitsbuch und Geburtsschein (Militärbuch genügt nicht). Diese Papiere werden von den beiden Herren gleich mitgenommen. Später kommt dann ein Beamter der Zeche, um die sich Meldenden abzuholen, da die Wohnungen erst Ende September bezogen werden können."

Hauptstämme, die Polen und Masuren, nicht etwas näher betrachtet und vergleicht. Man sollte annehmen, daß unter normalen Verhältnissen die Ungleichheit der Religion bei gleicher Sprache nicht so sehr ins Gewicht fällt. Und doch ist es hier ganz anders. Die Unterschiede zwischen Polen und Masuren sind trotz gleicher Abstammung und gleicher Sprache ganz enorm. Deshalb haben sich beide Teile trotz immer von neuem unternommener Annäherungsversuche nicht die Hand reichen können. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, wird das auch wohl in der Zukunft aussichtslos sein. Wo sind die Gründe dieser an und für sich merkwürdigen Erscheinung zu suchen? Vor allem, wie schon gesagt, in den religiösen Unterschieden. Polen und Masuren hängen, wie die Slaven überhaupt, alle zäh an dem überkommenen Glauben. Besonders zu Anfang der Binnenwanderung war es die Religion, die eine unüberbrückbare Kluft zwischen den beiden Bruderstämmen schuf. Später, als das geistige Niveau besonders der polnischen Zuwanderer infolge der mannigfaltigen Bildungsgelegenheiten und veränderten Lebensumstände sich hob, wurde diese religiöse Seite besonders von den Polen nicht mehr so schroff betont. Man machte Annäherungsversuche. Die 1902 gegründete polnische Berufsvereinigung gab für die masurischen Mitglieder ein eigenes Organ heraus, doch scheint das alles auf die Masuren keinen großen Eindruck zu machen. Ihre Masse ist äußerst konservativ, dabei liegt Mißtrauen im Volkscharakter der Masuren. Der Masure sieht in dem Großpolen vor allem den Feind seines Glaubens. Dazu kommen kulturelle Unterschiede. Der polnische Zuwanderer ist dem Masuren weit überlegen. Das liegt in der geographischen wie wirtschaftlichen Beschaffenheit der Herkunftsländer begründet. Seine kulturelle Überlegenheit hat der Großpole den Masuren äußerlich immer zur Schau getragen. Hier ist der größte Fehler zu suchen, den die Großpolen gemacht haben, gerade dieser Umstand hat ihnen die Masuren so entfremdet. Ein weiterer Grund liegt in den politischen Unterschieden. Der Masure hält zäh zu Preußen und dessen Königshause. Das erklärt sich vor allem historisch durch die jahrhundertelange Zugehörigkeit zu Preußen, dann aber last not least speziell bei den Masuren durch den Protestantismus. Daher auch die Erscheinung der massenhaften Germanisierung der Masuren. Schon die erste Generation der masurischen Zuwanderer spricht noch sehr selten den masurischen Dialekt. Die Masuren sind also ein absterbendes Volk. Wohl halten die Alten noch fest an dem polnischen Gottesdienst, aber das sind Äußerlichkeiten. Allgemein kann man sagen, daß der Germanisierungsprozeß der Masuren sich überaus

und beispiellos schnell vollzieht. Der Masure neigt viel stärker als der Pole zum Sozialismus. Während letzterer nur in den allerseltensten Fällen Sozialdemokrat wird, ist bei den Masuren das Gegenteil der Fall. Die Masse der Masuren vegetiert im Westen dahin. Ihr Vereinsleben ist schwach entwickelt und mit dem der Polen nicht im entferntesten zu vergleichen. Auch wirtschaftlich haben sie sich nicht viel zu heben vermocht. Das merkwürdigste ist, daß die Masuren aus ihren Reihen keine Intelligenz haben hervorbringen können. Selbst ihre Pastoren sind nur selten geborene Masuren. Meist sind es Deutsche, die vom Polnischen so viel gelernt haben, daß sie eben in schlechtem Polnisch predigen können. Der Mangel an geeigneten Führern hat die Entwicklung der Masuren gehemmt. Eine masurische Presse hat sich selbstverständlich nicht entwickelt. In einzelnen masurischen Familien trifft man, wenn auch selten, den „Mazur", der in Ortelsburg, nicht, wie Bredt irrig angibt, im Ruhrgebiet erscheint, und mehr noch den „Pruski Przyjaciel Ludu", d. h. „Preußischer Volksfreund". Ersterer wird im nationalpolnischen, letzterer im nationalpreußischem Sinne redigiert. Doch ist die Verbreitung beider Blätter sehr gering. Die alten Masuren, in denen noch das Andenken an Heimat und Sprache lebendig ist, gründen fast überall religiöse Sekten, die in jedem Ort, wo Masuren in größerer Zahl wohnen, vorhanden sind. Die Angehörigen einer solchen Sekte heißen „Gromadkarze". Sie leben abgeschlossen in ihren Kreisen und halten ihren Gottesdienst in Privathäusern ab. Die Masuren sind zumeist, besonders anfänglich, willige Objekte der Unternehmer, später gehen sie gewöhnlich zum Sozialismus über. Im Gegensatze zu den Polen werden sie von den preußischen Behörden protegiert. Konzessionen werden allerdings auch den Masuren nicht gemacht, so besteht für sie z. B. der Sprachenparagraph des Vereinsgesetzes ebenso wie für die Polen.

b) Der Umfang der Zuwanderung.

Bevor wir an eine zahlenmäßige Darstellung der Zuwanderung herantreten, können wir nicht unterlassen, einige allgemeine Bemerkungen über das uns zur Verfügung stehende statistische Material zu machen. Genaue statistische Angaben über die Polen haben wir in der preußischen Statistik überhaupt erst seit dem Jahre 1890. Eine Statistik aus dem Jahre 1861 gibt die Zahl der Polen im Westen auf 16 an. Man kann also sagen, daß vor dem Jahre 1861 fast gar keine Polen im Westen lebten.

Für die Zeit, wo sich der große Zuwanderungsprozeß vom Osten nach Westen vollzog, also für den Zeitraum von 1861—1890, fehlen uns jegliche statistische Angaben. Die Statistik nach 1890 ist als durchaus einwandfrei nicht anzusprechen. Vor allem ist in ihr der Begriff „Polen“ nicht klar definiert. Die Polen setzen sich, wie wir gezeigt haben, aus verschiedenen Stämmen zusammen. Den Hauptbestandteil bilden die Polen aus dem Großherzogtum Posen, dem früheren Großpolen. Die beiden anderen Stämme, die in Preußen ansässig sind, sind, wie gesagt, die Masuren und die Kassuben. Masuren und Kassuben unterscheiden sich von den Großpolen ungefähr so wie die norddeutschen Bauern mit ihrem plattdeutschen Dialekt von den süddeutschen. Eine Abstammung und eine historische Vergangenheit verbindet die Stämme. Folglich ist es unverständlich, wie Masuren und Kassuben in der Sprachenstatistik überhaupt getrennt behandelt werden können. Daß in der offiziellen Statistik dadurch eine große Verwirrung entsteht, ist selbstverständlich. Die einen behandeln Polen, Masuren und Kassuben getrennt, andere vereint. Viele Autoren rechnen zu den Polen auch noch die Lithauer hinzu, Bredt hält sie sogar den Polen für stammverwandt. Das zeugt davon, wie wenig man über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet ist. Die Lithauer als solche haben mit den Polen nichts zu tun, wohl verbindet sie eine gemeinsame historische Vergangenheit, bekanntlich war Lithauen mit Polen durch die Lubliner Union „auf ewige Zeiten“ vereint. Aber ihre Sprache ist auch nicht im geringsten mit der polnischen verwandt. Sie sind also als ein den Polen fremder Volksstamm anzusprechen.

Noch aus andern Gründen ist die preußische Statistik nicht genau. Prof. Brösike[1]) sagt darüber: „Die Zusammenfassung der Polen mit den Masuren und Kassuben ist seit längerer Zeit üblich und aus sprachlichen Gründen gerechtfertigt. Politisch dagegen vielleicht anfechtbar. Die Zahl der Angehörigen der den Polen sprachverwandten Masuren und Kassuben schwankt von Volkszählung zu Volkszählung, und zwar so erheblich, daß natürliche Einflüsse wie Abwanderungen und anderes diese Änderungen nicht allein bewirkt haben können. Bekanntlich sind für die Volkszählung die Eintragungen der Bevölkerung selbst in den Zählkarten maßgebend. Um Beeinflussungen dieser Eintragungen möglichst zu vermeiden, war in den Bestimmungen über die Ausführung der beiden letzten Volkszählungen einmal

[1]) Brösike in Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statist. Landesamtes 48. Jahrg. (Berlin 1908) S. 251—274.

den Ortsbehörden aufgegeben worden, lediglich hinreichend befähigte und unbedingt zuverlässige Zähler beim Zählgeschäfte zu verwenden; sodann war den Zählern selbst vorgeschrieben, die Beantwortung der Frage nach der Muttersprache besonders zu prüfen, offenbar unrichtige Angaben ohne weiteres zu berichtigen und bei zweifelhaften Angaben besondere Ermittelungen, nötigenfalls unter Hinzuziehung der Polizeibehörden anzustellen. Außerdem war das gesamte Zahlenmaterial auf dem Landratsamte einer Nachprüfung zu unterziehen. Wenn trotz dieser eingehenden Vorschriften anscheinend Beeinflussung der Sprachenangaben vorgekommen sind, so ist das einmal in den politischen Gegensätzen des Ostens begründet, sodann auch darin, daß geeignete Zähler in den gemischten Landesteilen nicht immer aufzufinden sind". Im weiteren gibt Prof. Brösike zu, daß wir hier „offenbar vor Beeinflussungen stehen". Das gilt nicht nur für den Osten, wo sich, solange die heftigen politischen Kämpfe bestehen, solche Beeinflussungen eben nicht aus der Welt schaffen lassen, sondern ebenso auch für den Westen. Auch hier gibt es viele, die sich aus wirtschaftlichen, politischen und anderen Gründen scheuen, ihre Nationalität richtig anzugeben. Wer den Zählbetrieb in diesen Gegenden aus eigener Anschauung kennt, wird uns vollkommen recht geben müssen. Eins ist sicher, alle Zählungen fallen zuungunsten der Polen aus. Die erste Zählung, in der die Nationalität ermittelt wurde, fand, wie bereits bemerkt, im Jahre 1861 statt. Nach dem 5. Band der Preußischen Statistik waren im Jahre 1861 im ganzen Westen zusammen vier polnische Familien vorhanden, bestehend aus 16 Personen. Wie schon erwähnt, fanden in den nachfolgenden 30 Jahren keine statistischen Erhebungen über die Nationalität statt. Bernhard[1]) gibt in der 2. Auflage seiner „Polenfrage" die Zahl der Polen im Westen auf etwa 200 000 an, unter denen sich meist Leute aus Posen, Westpreußen (51 %) und Ostpreußen (24 %) befinden. Die Zahl der Oberschlesier ist gering (9 %), hingegen sind etwa 16 % im Rheinland und Westfalen geboren, also zweite Generation (2. Aufl. 1910 S. 187). Diese Zahlen sind ganz entschieden zu niedrig. Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1910[2]) betrug die Zahl der Polen in Rheinland und Westfalen:

---

[1]) Bernhard l. c. 2. Aufl. 1910 S. 187.
[2]) Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statist. Landesamtes 1912.

Tabelle II.[1])

Die Zahl der Polen in Westfalen und Rheinland.

	1890	1900	1905	1910
Provinz Westfalen . . .	24 207	91 497	125 859	182 507
Reg.-Bez. Münster	5 415	26 521	38 657	62 624
Davon entfällt auf die Kreise:				
Recklinghausen, Stadt . .	716	6 389	9 250	12 404
„ Land . .	3 988	15 495	23 777	40 847
Buer, Stadt	553	4 115	4 895	7 259
Reg.-Bez. Arnsberg . . .	18 478	64 283	86 369	119 130
Davon entfällt auf die Kreise:				
Hamm, Stadt	11	66	145	199
„ Land	183	737	1 105	1 982
Dortmund, Stadt	626	3 803	5 701	9 722
„ Land	1 699	10 787	18 423	26 024
Hörde, Stadt	177	703	1 052	1 466
„ Land	338	1 355	1 571	2 268
Bochum, Stadt	1 120	1 841	4 673	6 269
„ Land	2 038	11 095	13 054	10 834
Witten, Stadt	195	1 098	1 253	1 693
Herne, Stadt	2 121	3 452	4 521	12 364
Gelsenkirchen, Stadt . . .	1 930	1 880	13 889	15 065
„ Land . . .	7 046	14 542	16 923	25 383
Hattingen	492	1 784	2 418	3 238
Rheinprovinz	5 635	25 455	46 936	71 695
Reg.-Bez. Düsseldorf . . .	4 528	23 220	43 435	71 695

Was lehren die Tabellen? Vor allem geben sie Aufschluß über die örtliche Verteilung der Polen. Der Auswanderungsstrom bevorzugt im allgemeinen die westfälischen Bezirke, weniger die rheinischen. Weiter: die Polen sind am zahlreichsten in den Landkreisen Recklinghausen, Dortmund, Gelsenkirchen sowie in den Stadtkreisen Hamborn, Gelsenkirchen, Recklinghausen und Herne. In allen angeführten Kreisen ist der Bergbau verhältnismäßig jung, woraus wieder hervorgeht, daß die Polen besonders neuentstehenden Anlagen sich zuwenden. Das ist noch heute der Fall. Wie weiter unten auszuführen sein wird, ist auf den jüngsten Werken die Zahl der Polen am größten. Gemeinden, in denen die Polen das Übergewicht hatten, gab es bis 1910 nicht. Den größten Prozentsatz hatte die im Land-

[1]) Entnommen der Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statist. Landesamtes (Berlin 1912).

kreis Dortmund gelegene Gemeinde Habinghorst, nämlich 43,8 vom Hundert. Dann folgte die in demselben Landkreise gelegene Gemeinde Sodingen mit 32,10 %. Absolut am geschlossensten wohnen die Polen im Stadtkreis Hamborn (1910: 17432), in der Landgemeinde Bottrop (1910: 13530), im Stadtkreis Recklinghausen (1910: 12404), im Stadtkreis Herne (1910: 12364) und in der Landgemeinde Wanne (1910: 10436). Eines geht vor allem aus den Ziffern hervor: Die Polen meiden die Städte und ziehen das Land vor. Der Pole gewöhnt sich nur schlecht an die Stadt. Der Hang zum Lande steckt in seinem Blut. Selbst als Industriearbeiter pachtet er fast immer ein Stückchen Land, das er mit Fleiß bearbeitet.

Während es im Jahre 1905 29 Gemeinden gab, die 10 bis 25 % Polen aufwiesen, ist diese Zahl im Jahre 1910 auf 47 gestiegen. Die Zahl der Gemeinden mit über 25 % Polen ist sich gleich geblieben. Sie betrug sowohl 1905 wie 1910 zusammen 6.

Die Ergebnisse der Bevölkerungszählung sind für die mit starkem polnischen Bevölkerungsanteil durchsetzten östlichen Landesteile in einem besonderen Gemeindelexikon auf Grund der Zählung für 1910 verarbeitet worden. Es sind dies die Regierungsbezirke Allenstein, Danzig, Marienwerder, Posen, Bromberg und Oppeln. Für die anderen Bezirke soll nach der Zählung von 1915 ein Gemeindelexikon veröffentlicht werden. Die Verarbeitung ist für die rheinisch-westfälischen Bezirke nicht erfolgt, obwohl gerade hier das Interesse dafür sehr groß sein müßte. Wir stellen im folgenden eine Tabelle aus dem Gemeindelexikon, Heft 10 u. 12 (Berlin 1909), sowie aus der Zeitschr. des Kgl. Preuß. Stat. Landesamtes 52. Jahrg. zusammen. Es gab 1905 im Industriebezirke 21 Gemeinden mit mehr als 20 % fremdsprachlicher Bevölkerung. Es waren das folgende:

Tabelle III.[1])

	Einwohner		Fremdsprachliche		Proz. Zunahme bei den	
	1905	1910	1905	1910	Deutsch.	Fremd.
1. Habinghorst	5535	6873	2538	3418	14,95	34,67
2. Gisenberg-Sodingen	4513	6150	1773	2573	30,55	45,12
3. Bottrop . .	34284	47162	11761	16600	35,69	41,14
4. Bergen . .	406	520	129	175	24,55	35,66

[1]) Zusammengestellt und berechnet aus dem Gemeindelexikon Heft 10 und 12 (Berlin 1909) und aus der Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statist. Landesamtes 52. Jahrg. (Berlin 1912).

	Einwohner		Fremdsprachliche		Proz. Zunahme bei den	
	1905	1910	1905	1190	Deutsch.	Fremd.
5. Wanne . .	31 431	38 884	8 905	12 923	15,25	45,12
6. Holthausen .	5 029	5 664	1 215	1 879	0,76	54,65
7. Nette . . .	2 603	4 038	607	1 333	35,52	119,60
8. Herten . .	15 475	17 673	5 029	5 528	16,26	9,92
9. Röhlinghausen	11 296	13 275	3 223	4 020	14,64	24,73
10. Hamborn .	67 453	101 703	19 577	30 323	49,09	54,88
11. Bladenhorst	1 210	1 453	308	418	14,75	35,71
12. Reckling-hausen, Stadt	44 396	53 701	11 861	15 301	18,03	29,00
13. Gerthe . .	5 507	7 909	1 187	2 185	32,50	84,08
14. Reckling-hausen, Land	27 016	41 087	5 754	11 255	14,03	95,60
15. Castrop . .	16 422	18 516	3 916	5 011	7,99	27,96
16. Rauxel . .	5 635	6 737	1 484	1 812	18,65	22,10
17. Horst . . .	14 889	20 978	3 341	5 602	33,15	67,67
18. Herne . . .	48 405	57 147	11 378	15 233	13,20	33,88
19. Schonnebeck	7 268	8 898	1 795	2 260	21,29	25,91
20. Lindenhorst	2 346	2 541	519	604	6,02	16,38
21. Somborn . .	2 764	2 997	580	675	6,32	16,38
22. Suderwich .	4 155	5 932	720	1 443	30,68	100,42
23. Börning . .	2 385	3 895	385	942	47,65	144,08
24. Brambauer .	6 316	9 152	1 043	116	33,55	102,30
25. Husen . .	1 907	2 371	317	527	15,97	66,25
26. Düren . .	569	573	106	120	2,16	13,21
27. Osterfeld .	20 039	26 527	2 751	5 417	22,11	96,91
28. Rotthausen .	21 130	25 757	3 199	5 240	14,42	63,80
Alle Gemeinden	410 384	538 113	105 401	154 927	25,64	46,99

16 von diesen Gemeinden bilden ein zusammenhängendes Gebiet. Bemerkenswert ist die Entwickelung vor allem der jüngsten Großstadt Deutschlands: Hamborn.[1]) Was uns hier interessiert: die Zahl der Polen, so kommt dieselbe hier nicht voll und ganz zur Geltung. Die deutsche Bevölkerung hat in Hamborn ebenso schnell zugenommen wie die fremdsprachige Bevölkerung. Geographisch liegen die Gemeinden mit größeren Prozentsätzen der Polen ziemlich zusammen (wir verweisen auf eine sehr gut bearbeitete Karte von Karl Klosterhalfen in

[1]) vgl. darüber Dr. Fischer-Eckert, Die wirtschaftliche Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland (Hagen 1913).

„Deutsche Erde“ 1911 Tafel 16). Das Hauptansiedlungsgebiet der rheinisch-westfälischen Polen ist die Gegend links und rechts der Emscher. Hier sind die Polen am dichtesten und am geschlossensten. Es ist das die Bahnlinie Hamm—Dortmund—Wanne—Gelsenkirchen oder Bochum—Oberhausen—Duisburg. Die Ruhr bildet im Süden die Grenze. Die Zahl der „reinen Polen“ betrug also nach der Statistik in den beiden Provinzen im Jahre 1910

Westfalen	182 507
Rheinland	71 695
Sa.	254 202

Diese Zahl ist absolut unzuverlässig. Sicher scheint zu sein, daß sie bedeutend höher ist. Angenommen, sie wäre richtig, dann würde die Zahl der reinen Polen heute im Jahre 1914 auf mindestens 300 000 zu schätzen sein, da der Auswanderungsstrom eher zu- als abgenommen hat. Die Zunahme der Polen betrug vom 1000 der Polen in den Regierungsbezirken

	1900—1905	1905—1910
Münster . .	372,4	473,3
Arnsberg . .	293,2	318,8
Düsseldorf . .	606,6	429,8
in den Provinzen:		
Westfalen . .	316,3	367,3
Rheinland . .	593,5	417,4

Wenn wir die Zunahme vom Jahre 1910 bis heute auf mindestens 300 pro Mille schätzen, dann ergibt sich allein für Westfalen ein Zuwachs von über 50 000. Es wäre nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß im Jahrfünft 1905—1910 die Zahl der Polen in Westfalen von 125 869 auf 182 507 gestiegen ist, also um 56 638 zugenommen hat. Noch größer war die Zunahme von 1890 bis 1900, denn sie betrug 67 290, etwas geringer dagegen war der Zuwachs von 1900 bis 1905, denn er betrug 34 372. Das lag aber in den allgemeinen Konjunkturverhältnissen begründet. Ganz enorm war auch die Zunahme in der Rheinprovinz, wie schon aus den angegebenen Promillezahlen hervorgeht. Kehren wir aber zu der amtlichen Statistik des Jahres 1910 zurück. Die als bedingt richtig angenommene Gesamtzahl der Polen im Rheinland und Westfalen, also 254 202, gilt nur für die reinen Polen. Nun haben aber viele Tausende Polen als Muttersprache die polnische und deutsche Sprache angegeben. Es ist selbstverständlich, daß unter den zweisprachigen keine Deutschen sind, denn selbst angenommen, daß

in seltenen vereinzelten Fällen Deutsche im Rheinland und Westfalen der polnischen Sprache mächtig sein sollten, so werden sie doch nicht das Polnische als ihre Muttersprache angeben. Brösicke sagt: „Im allgemeinen hat jeder Mensch nur eine Muttersprache, und zwar ist das diejenige, welche ihm von Jugend auf am geläufigsten ist, in welcher er denkt und auch betet. Es kommen jedoch in den gemischtsprachlichen Landesteilen Ausnahmen vor". Wohl ist es richtig, daß die Gemischtsprachlichen von einem Germanisierungsprozeß zeugen, der in Rheinland und Westfalen, wenn auch ziemlich unbedeutend, vor sich geht. Es wäre aber falsch, die Gemischtsprachlichen nicht den Polen beizuzählen, stammen sie doch alle von Polen ab und sind der polnischen Sprache vollkommen mächtig. Die Zahl der Gemischtsprachlichen betrug nach der preußischen Statistik im Regierungsbezirk:

	1890	1900	1905	1910
Münster	588	1679	2552	5408
Arnsberg	2005	7209	6805	12924
Düsseldorf	615	3885	4229	7081
in den Provinzen:				
Westfalen	2659	9117	9466	18503
Rheinprovinz	940	4570	4900	8406

Zählen wir diese zweisprachigen den 254202 Polen bei, dann erhalten wir für das Jahr 1910

254202
+ 18503
+ 8406
281111

Jetzt haben wir also die Zahl der reinen Polen und der gemischtsprachigen. Nun haben wir aber auch noch die Masuren und Kassuben, die, wie wir gezeigt haben, selbstverständlich den Polen beizuzählen sind. Das ist denn auch in vielen Statistiken geschehen. Im allgemeinen herrscht aber gerade hier eine geradezu schreckliche Verwirrung, die das Studium der Polenfrage unendlich erschwert. Die preußische Statistik behandelt heute bekanntlich Polen, Masuren und Kassuben getrennt, obwohl sie anerkennt, daß diese drei Volksstämme ein Ganzes bilden. Brösike behandelt in seiner Arbeit „Die Polen im westlichen Preußen (1905)" die Polen, Masuren und Kassuben zusammen und bemerkt darüber, wie schon gesagt: Die Zusammenfassung der Polen mit den Masuren und Kassuben sei seit längerer Zeit

üblich und aus sprachlichen Gründen gerechtfertigt, politisch dagegen vielleicht anfechtbar. Die Bemerkung ist ganz zutreffend. Aber die Statistik hat doch nicht die politischen Gesinnungen zu untersuchen. Gewiß sind die Masuren politisch anders gesinnt als die Polen. Das rechtfertigt aber nicht den Schluß, sie von den Polen getrennt zu behandeln. Einmal aus den schon besprochenen Gründen, dann aber aus dem rein äußerlichen Umstande, daß die Übersichtlichkeit der Statistik dadurch sehr erschwert und ihr Wert in mancher Beziehung recht problematisch wird. Neuerdings werden die Polen wieder allein behandelt, und Brösike erwähnt in seiner Arbeit „Einiges über Deutsche und Polen nach der Volkszählung von 1910“ die Kassuben und Masuren überhaupt nicht. Brösike hat in dieser Hinsicht seine Meinung überhaupt gründlich geändert. In der Festgabe für G. v. Mayr versteigt er sich sogar zu folgender Bemerkung[1]: „Endlich wäre auch der Hinweis am Platze, daß das Kassubische und das Masurische nicht als Dialekte des Polnischen[2]) anzusehen sind, da hierüber in der Bevölkerung vielfach Zweifel bestehen. Diese Gesichtspunkte sind auch in Preußen für die Volkszählung von 1910 berücksichtigt worden“. Weiter spricht er von einer zunehmenden Polonisierung der Kassuben, eine contradictio in adjecto, denn der Pole, und das ist doch der Kassube, kann sich nicht mehr polonisieren. Es ist unbegreiflich, warum man amtlicherseits einmal eine Zusammenfassung der drei polnischen Stämme für gerechtfertigt hält und sie ein anderesmal als vollkommen fremde Stämme behandelt. Wenn man auf den Zählkarten ausdrücklich bemerkt, daß Dialekte wie z. B. das Plattdeutsche nicht als besondere Sprache gelten, dann sollte man doch dieselbe Konsequenz für die drei polnischen Sprachstämme ziehen. Denn sicher ist, daß ein Masure sich mit einem Posener vollkommen verständigen wird, weil die Dialektunterschiede verschwindend gering sind, fraglich ist aber, ob ein norddeutscher Bauer sich ohne weiteres mit einem süddeutschen verständigen kann, und doch wird jeder vernünftige Mensch beide der deutschen Muttersprache zuzählen. Die gesonderte Behandlung der drei polnischen Sprachstämme ist, wie wir nicht genug betonen können, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus falsch. Wir werden also die Zahl der Kassuben und Masuren den Polen auch für das Jahr 1910 beizählen. Nach der letzten Statistik betrug die Zahl der Kassuben und Masuren

---

[1]) „Die Statistik in Deutschland“ l. c. Bd. 1 S. 285.

[2]) Diese Behauptung ist nach übereinstimmendem Urteil der Slavisten falsch (Nitsch, Kętrzyński, Nehring, Brückner etc.).

in Rheinland und Westfalen 19 134 + 238, also zusammen 20 120. Dazu haben als Muttersprache das Masurisch- und Kassubisch-Deutsche angegeben 2539 + 54 = 2593. Also würde die Zahl sämtlicher Polen demnach betragen 281 111 + 20 172 + 2593, Summa 303 876. Daß die amtlichen Statistiken sehr große Fehler enthalten müssen, geht daraus hervor, daß die Unterschiede zwischen den Volkszählungen und der im Jahre 1906 stattgefundenen amtlichen Erhebung über das Polentum der Provinz Westfalen ganz enorme sind. Nach den erwähnten Erhebungen betrug im Jahre 1906 allein in der Provinz Westfalen die Zahl der Polen 228 766. Um die Unterschiede deutlich zu machen, geben wir die absolute Zahl sowie das Promilleverhältnis der Polen zur Gesamtbevölkerung wieder, das sich nach den genannten amtlichen Erhebungen folgendermaßen darstellte:

Tabelle IV.

Die Ergebnisse der amtlichen Erhebungen über das Polentum in der Provinz Westfalen für das Jahr 1906.

Kreis	Zahl der Polen	vom 1000 der Bevölkerung
Recklinghausen, Stadt . .	13 070	294,4
„ Land . .	50 831	232,3
Bochum, Stadt	8 521	73,6
„ Land	24 772	215,2
Dortmund, Stadt	14 213	81,0
„ Land	26 302	145,1
Gelsenkirchen, Stadt . . .	43 338	294,8
„ Land . . .	28 678	238,9
Hagen, Stadt	184	2,4
„ Land	998	14,5
Hamm, Stadt	96	2,5
„ Land	1 009	11,6
Hattingen	4 559	51,7
Herne, Stadt	6 721	202,0
Witten, Stadt	1 795	50,1
Hörde	3 679	28,7
Insgesamt in Westfalen	228 766	

Die Unterschiede zwischen den Zahlen der letzten Tabelle und den Volkszählungsergebnissen sind ganz kolossale. So gibt die amtliche Erhebung die Zahl der Polen im Landkreis Recklinghausen beispielsweise auf 50 831 im Jahre 1906 an, während die Volkszählung ein Jahr vorher nur 23 777 Polen aufweist,

und im Jahre 1910 nicht ganz 41 000 angibt. Gelsenkirchen Stadt und Land hatte nach der Volkszählung 1905 zusammen 30 812 Polen, während ein Jahr später die amtliche Erhebung schon 72 016 angibt. Nach der Volkszählung waren im Jahre 1910 157,48 vom Tausend der Einwohner des Landkreises Recklinghausen Polen, nach der Provinzialzählung von 1906 dagegen schon damals 232,3 pro Mille. So könnte man die Beispiele beliebig häufen, selbst angenommen, daß der amtlichen Erhebung Fehler anhaften sollten, könnten die Unterschiede mit den Volkszählungsergebnissen nicht so bedeutend sein. Die Unzulänglichkeit der amtlichen Zählungen geht auch aus folgendem hervor:

Wir haben Statistiken des Allgem. Knappschafts-Vereins (AKV.) zu Bochum, in denen die Zahl der östlichen Zuzügler genau angegeben ist. Nun geben wir wohl zu, daß nicht unbedingt jeder östliche Zuzügler als Pole anzusprechen ist. Doch wird der Prozentsatz der aus dem Osten zugewanderten Deutschen selbstredend sehr verschwindend sein. Dann dürfen wir aber auch nicht übersehen, daß die Knappschaftsstatistik die Zahl der Polen nicht erschöpfen kann, weil sie die bereits in Rheinland und Westfalen geborenen Polen zu den Deutschen rechnet. Der Prozentsatz dieser Polen ist aber sicher recht bedeutend, wenn man bedenkt, daß heute die meisten Polen ihre Familien in Rheinland und Westfalen haben. Das geht auch aus den geradezu mathematisch mustergültigen Berechnungen Umińskis über die Zahl der polnischen Schulkinder im Westen hervor. Die Gebürtigkeitsstatistik des Preuß. Statist. Landesamtes, die nebenbei bemerkt erst vor ein paar Wochen veröffentlicht wurde, gibt die Zahl der bereits im Westen geborenen Polen auf 79 000 an. Das ist also ein ziemlich beträchtlicher Prozentsatz. Im Kreise Gelsenkirchen sind unter 25 000 Polen bereits 10 000 im Westen geboren, im Kreise Recklinghausen unter 41 000 Polen 16 000. Wieviele nun von diesen im Westen geborenen Polen im Bergbau beschäftigt sind, steht natürlich nicht fest und geht auch aus keiner Statistik hervor. Da nun, wie gesagt, die erwähnte Statistik des AKV. diese Polen den Deutschen zurechnet, anderseits wieder unter den östlichen Zuwanderern im Sinne der Knappschaft ein wenn auch kleiner Prozentsatz Deutscher ist, heben sich die Unterschiede in etwa auf, und wir können zu weiteren Berechnungen die Knappschaftsstatistik als Grundlage annehmen.

Schulze hat, auf die Ergebnisse der Nachforschungen Pipers gestützt, welcher die Zahl der Angehörigen der Polen auf 2,9 angibt, berechnet, daß die Zahl der allein im Bergbau beschäftigten Polen 284 600 Köpfe im Jahre 1905 betragen hat. Dabei

nahm er 2 als die Durchschnittszahl der Angehörigen an. Wenn wir von denselben Voraussetzungen ausgehen, beläuft sich diese Zahl für das Jahr 1913 auf 417 609. Dabei sei bemerkt, daß die Grundzahl dieser Berechnung, d. h. die Zahl der im Bergbau beschäftigten ostelbischen Arbeiter wohl den Hauptbestand aber durchaus nicht die Gesamtzahl der Zuzügler bildet. Wenn wir das alles berücksichtigen, sehen wir leicht ein, daß die offiziellen Zahlen der Volkszählung viel zu klein sein müssen. Über unser Resultat können wir dasselbe sagen, was Schulze in seiner Arbeit sagt: „Wenn die Zahl auch auf Schätzung beruht und infolgedessen auf Genauigkeit keinen Anspruch machen kann, so scheint sie doch von der Wirklichkeit nicht weit abzuweichen, da bei den amtlichen Erhebungen in der Provinz Westfalen im Jahre 1906 allein 228 766 Polen gezählt wurden". Die Zahl der Polen im Rheinland eingerechnet, würde sich also sicher eine noch höhere Gesamtzahl allein schon für die Polen ergeben. Schulze geht dabei von den Aufstellungen des AKV. für das Jahr 1905 aus. Es ist nicht unsere Aufgabe, im einzelnen auf die Fehlerquellen der offiziellen Statistik einzugehen. Wir betonen hier nur noch einmal, daß man streng wissenschaftliche Schlüsse auf ihr nicht aufbauen kann. Dafür zum Schluß noch ein Beweis. Bekanntlich ist am 20. 6. 1906 eine Statistik der Schulkinder in den Elementarschulen aufgenommen worden. Wenn eine solche Statistik die Sprachenverhältnisse genau erfassen würde, hätte sie selbstredend große Wichtigkeit für etwaige Schlüsse über die Zahl und Verteilung der Polen im Westen. Nun zeigt aber ein flüchtiger Vergleich der Schulstatistik mit den Volkszählungsergebnissen von 1905, daß die Resultate bei der Zählung himmelweit voneinander verschieden sind. Tadeusz Umiński [1]) schreibt darüber in seinem vortrefflichen Buche „Über die Zahl der polnischen Kinder im Westen Deutschlands": „Während man am 1. 12. 1905 im ganzen westlichen Preußen 38 580 und in Rheinland-Westfalen 16 216 Gemischtsprachige feststellte, hat man am 20. 6. 1906 in den öffentlichen Volksschulen Preußens im Westen 23 945 deutsch-polnische, 283 kassubisch-deutsche und 2431 masurisch-deutsche Kinder festgestellt. In Rheinland und Westfalen 15 452 deutsch-polnische, 6 kassubisch- und 2428 masurisch-deutsche, also zusammen in ganz Rheinland-Westfalen 17 886 gemischtsprachige Kinder. Diese Zahl übersteigt also in nicht ganz sieben Monaten seit der Volkszählung die Zahl sämtlicher, polnisch-masurisch-kassubisch-deutschen Personen um 1670. Die Un-

[1]) Umiński l. c. S. 64 ff.

zulänglichkeit einer solchen Statistik liegt also auf der Hand". Umiński beweist, daß die Zahl der polnisch-deutschen Schulkinder nach der amtlichen Statistik die Zahl sämtlicher gemischtsprachlichen nach der Volkszählung 1905 um 5815 übersteigt. Daß diese Darlegungen ihrer Berechtigung nicht entbehren, geht aus den neuesten Veröffentlichungen Ludwig Bernhards[1]) — eines sicherlich maßgebenden Kritikers — hervor, der folgende Beweise führt:

1. Die Muttersprachen-Statistik dient politischen Zwecken.
2. Die Statistik unterliegt politischen Behörden; entsprechend den politischen Interessen dieser politischen Behörden gestaltet sich die Statistik.

Den Beweis für diese gewiß nicht leichten Vorwürfe hat Bernhard zahlenmäßig ziemlich genau erbracht. Der Begriff der Muttersprache ist nicht klar definiert und daran krankt vor allem die deutsche Sprachenstatistik. Die Zusätze auf der Zählkarte „ob der deutschen Sprache mächtig usw." vergrößern nur die Verwirrung. Im Jahre 1905 war die Zahl der Gemischtsprachigen in den östlichen Provinzen gesunken, in Rheinland-Westfalen die gleiche geblieben wie 1900. Dagegen hat sich die Zahl der zweisprachigen im Jahre 1910 in Rheinland-Westfalen verdoppelt. Das erklärt sich durch die merkwürdige Politik in der Fragestellung der Statistik auf den Zählkarten. Bei der Sprachenstatistik wurde 1905 der Zusatz gemacht: „Wenn nicht deutsch, ob der deutschen Sprache vollkommen mächtig"; 1910 wurde — die Gründe dafür sind schwer zu erraten — dieser Zusatz wieder abgeändert in „ob der deutschen Sprache mächtig". Alles das rückt die offizielle Sprachenstatistik in ein ziemlich merkwürdiges Licht. Je mehr man sich mit ihr kritisch befaßt, desto einleuchtender wird das. Dies sei nur deshalb in aller Kürze angeführt, um unsere Schlüsse über die Zahl der Polen im Westen zu rechtfertigen. Sicher steht fest, daß die Zahl der Polen nach der offiziellen Statistik viel zu klein ist.

II. Die Polen im Bergbau.

Wie schon an verschiedenen Stellen hervorgehoben ist, hat sich die Masse der polnischen Zuzügler dem Bergbau zugewandt. Das beispiellose Aufblühen der Industrie im Westen bedingte

[1]) Bernhard, Die Fehlerquellen der Statistik der Nationalitäten (Berlin 1914) S. 14 ff.

eine immer größere Heranziehung fremder Elemente, als die Einheimischen bei weitem nicht mehr genügten.

„Nur durch diese große Binnenwanderung war das gewaltige Aufblühen der Industriezentren möglich, teilweise allerdings auf Kosten derjenigen Landesteile, von denen die Binnenwanderung in der Hauptsache ausging. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß diese Landesteile bei ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Struktur gar nicht in der Lage wären, ihre große natürliche Volksvermehrung vollständig auf dem eigenen Boden unterzubringen und zu erhalten.“ [1]) Wie enorm dieser Arbeitermangel von Jahr zu Jahr war, geht aus den Ziffern hervor, die wir den Jahresberichten des AKV. entnehmen. Wir geben im nachfolgenden zum Vergleiche die Belegschaftszahlen der Jahre 1893, 1905, 1910 und die neuesten aus dem Jahre 1913 wieder.

Tabelle VI.[2])

Zahl der Belegschaft.

Bergrevier	1893	1905	1910	1913
Hamm	1 657	1 956	6 341	12 917
Dortmund I	11 909	17 039	18 549	19 499
„ II	8 854	20 422	25 150	29 527
„ III	10 120	19 721	23 857	27 969
Recklinghausen Ost	5 459	17 392	26 061	29 601
„ West	7 367	16 141	27 812	39 985
Witten	7 623	12 231	13 494	14 276
Hattingen	8 580	11 545	12 222	11 979
Bochum Süd	9 199	11 510	13 557	13 773
„ Nord	8 189	16 828	19 326	21 382
Herne	10 546	18 745	20 550	23 614
Gelsenkirchen	14 102	17 290	19 828	19 570
Wattenscheid	10 033	17 403	21 583	22 757
Essen Ost	9 527	14 884	17 693	20 421
„ West	12 915	19 307	24 104	25 892
„ Süd	6 889	14 956	19 430	19 006
Werden	1 882	2 320	3 164	10 465
Oberhausen	11 083	31 299	19 263	20 086
Duisburg[3])	—	—	25 807	27 111
Erzbergwerke	2 147	610	132	114
Summa	158 081	281 599	357 896	409 944

[1]) Dix l. c. S. 24.
[2]) Zusammengestellt aus den Verwaltungsberichten des AKV. zu Bochum.
[3]) Duisburg war bis 1906 an Oberhausen angegliedert.

Den Hauptbestandteil der enorm zunehmenden Belegschaftsziffer bilden die Arbeiter aus dem Osten, also zumeist Polen. Ihre Zunahme in den einzelnen Jahren geht aus Tabelle VII hervor.

Tabelle VII.[1])

Aus den östlichen Provinzen stammten in Prozenten.

Bergrevier	1893	1905	1910	1913
Hamm	0,36	10,68	23,35	21,13
Dortmund I	8,99	12,84	14,59	15,61
„ II	18,87	27,95	30,38	30,32
„ III	21,26	35,63	37,90	34,89
Recklinghausen Ost	36,95	41,94	44,66	40,83
„ West	44,92	43,76	43,27	41,09
Witten	14,42	19,84	20,91	20,40
Hattingen	8,95	13,23	14,53	15,06
Bochum Süd	23,05	31,17	31,15	26,58
„ Nord	21,76	34,27	37,77	30,87
Herne	37,27	39,38	52,65	48,80
Gelsenkirchen	45,69	50,18	54,56	50,01
Wattenscheid	36,15	43,71	44,75	40,98
Essen Ost	31,18	40,64	43,27	39,88
„ West	31,80	43,52	42,80	41,13
„ Süd	13,76	20,71	22,51	22,84
Werden	8,84	7,97	6,92	15,83
Oberhausen	11,18	28,01	33,28	32,10
Duisburg	—	—	32,47	30,69
Erzbergwerke	1,58	7,38	2,27	21,93
Durchschnitt	24,91	33,69	36,04	33,96

Tabelle VIII.[1])

Am 1. 1. 1913 betrug:

Bergrevier	Gesamtbelegschaft	Zahl der östlichen Zuwanderer	%
Hamm	12 917	2 729	21,13
Dortmund I	19 499	3 045	15,61
„ II	29 527	8 952	30,32
„ III	27 969	9 759	34,89
Recklinghausen Ost	29 601	12 085	40,83
„ West	39 985	16 430	41,09

[1]) Berechnet und zusammengestellt aus den Verwaltungsberichten des AKV. zu Bochum Teil 2.

Bergrevier	Gesamtbelegschaft	Zahl der östlichen Zuwanderer	%
Witten	14276	2913	20,40
Hattingen	11979	1804	15,06
Bochum Süd	13773	3661	26,58
„ Nord	21382	7602	30,87
Herne	23614	11526	48,80
Gelsenkirchen	19570	9786	50,01
Wattenscheid	22757	9326	40,98
Essen Ost	20421	8145	39,88
„ West	25892	10650	41,13
„ Süd	19006	4340	22,84
Werden	10465	1657	15,83
Oberhausen	20086	6447	32,10
Duisburg	27111	8321	30,69
Erzbergwerk	114	25	21,93
Summa	409944	139203	33,96

Wenn man die Zahl der im Bergbau beschäftigten Polen ganz erfassen will, muß man den östlichen Zuwanderern noch den größten Teil der Ausländer aus Rußland und Österreich-Ungarn zuzählen. In Ermanglung einer Sprachenstatistik kann man hier natürlich keine sichere Grenze ziehen. Doch ist unter den Ausländern aus Österreich auch ein großer Prozentsatz Tschechen und Deutscher. Unter den russischen Ausländern sind fast durchweg nur Polen. Obwohl wir uns der Ungenauigkeit der Rechnung bewußt sind, zählen wir im folgenden die russischen und österreichischen Bergleute den ostelbischen zu und erhalten so für das Jahr 1910:

östliche Zuwanderer	129011
österreichische Ausländer	18591
russische Ausländer	7042
Summa	148644

Das Verhältnis zur Gesamtbelegschaft war also 357896 : 148644. Östliche Zuwanderer + österreichische Ausländer + russische Ausländer machten also 41 % der Gesamtbelegschaft aus.

Die entsprechenden Zahlen für 1913 waren:

östliche Zuwanderer	139203
österreichische Ausländer	23587
russische Ausländer	1329
Summa	164119

Das Verhältnis zur Gesamtbelegschaft im Jahre 1913 war also 409944 zu 164119, also 40 %.

Wir haben schon wiederholt betont, daß die Zuzügler aus dem Osten nicht samt und sonders Polen sind. Wer die Verhältnisse aber kennt, weiß, daß nur ein geringer Prozentsatz der östlichen Zuwanderer Deutsche sind. In Ermanglung einer Sprachenstatistik, die hier allein ein einigermaßen richtiges Bild geben könnte, müssen wir uns eben an die sehr unzureichende Knappschaftstatistik halten, die auch insofern höchst unzuverlässig ist, weil sie alle Abkömmlinge der Zuwanderer, die im Westen geboren sind — und ihre Zahl dürfte bei der immer größeren Seßhaftigkeit der Polen im Westen eine nicht unbedeutende sein —, einfach zu den übrigen Reichsdeutschen, d. h. Deutschen schlechtweg rechnet.

Wir betonen hier ausdrücklich, daß nach den Ergebnissen der preußischen Statistik die Zahl der im Westen geborenen Polen bereits 80 000 [1]) erreichte. So kommt es, daß der Prozentsatz der polnischen bezw. der östlichen Zuwanderer auf manchen Werken besonders im Jahre 1913 abzunehmen scheint, obwohl das sicherlich den Verhältnissen nicht entspricht.

Wir greifen hier beispielsweise einige Zechen heraus, bei denen der Rückstand der östlichen Zuwanderer am auffallendsten und unerklärlichsten ist.

Es hatten östliche Zuwanderer in Prozenten

Zeche Ewald im Jahre	1899	85,0
	1913	57,8
	Abnahme	27,2
Zeche Pluto I im Jahre	1905	64,7
	1913	52,9
	Abnahme	11,8
Zeche Pluto II im Jahre . . .	1905	65,3
	1913	58,9
	Abnahme	6,4
Zeche Graf Bismarck II im Jahre	1905	75,4
	1913	58,9
	Abnahme	16,5

Es scheint ziemlich sicher zu sein, daß dieses rapide Abnehmen der östlichen Zuwanderer auf die mangelhafte Statistik zurückzuführen ist. Nach Schulze [2]) zählten im Jahre 1900 18 von 244, 1901 20 von 258, 1902 27 von 257 und 1905 36 von 258 Zechen und Schachtanlagen mehr östliche Elemente zu

[1]) vgl. darüber auch Rhein.-Westf. Ztg. 1914 Nr. 576.
[2]) Schulze l. c. S. 29.

ihrer Belegschaft als die übrigen Reichsdeutschen und die Ausländer zusammengenommen. Im Jahre 1913 zählten von 291 Anlagen 33 über 50 % Zuwanderer aus dem Osten.

Es waren das folgende Werke:

Tabelle IX.[1])

Der größte Prozentsatz der Zuwanderer entfällt auf:

Zeche	Mont-Cenis II	54,4	der Belegschaft
„	König Ludwig I—III	49,6	„ „
„	Ewald I—II	57,8	„ „
„	„ III—IV	62,9	„ „
„	Graf Bismarck I—IV	58,6	„ „
„	„ „ II—VI	58,9	„ „
„	„ „ IV—V	63,1	„ „
„	Hugo III	57,0	„ „
Kokerei	Constantin d. Gr. III	53,7	„ „
„	„ „ „ IV—V	52,7	„ „
„	„ „ „ I—II	62,2	„ „
„	„ „ „ VI—VII	65,4	„ „
„	„ „ „ VIII—IX	68,6	„ „
Zeche	Victor I—II	53,4	„ „
„	„ IV—V	54,5	„ „
„	Friedrich d. Gr. I—II	55,6	„ „
„	„ „ „ IV—V	54,0	„ „
„	Shamrok Behrensschächte	51,1	„ „
„	Recklinghausen I	50,3	„ „
„	Königsgrube	53,2	„ „
„	Pluto I	52,9	„ „
„	Pluto II	59,1	„ „
„	Unser Fritz II—III	50,5	„ „
„	Consolidation I—VI	52,1	„ „
„	„ II—VII	53,9	„ „
„	Rhein-Elbe I—II	51,8	„ „
„	„ III	51,9	„ „
„	Dahlbusch VI	57,3	„ „
Kokerei	Dahlbusch II—V	56,3	„ „
„	„ III—VI	53,3	„ „
Zeche	Zollverein III—VII	57,5	„ „
„	Prosper II	54,4	„ „
Kokerei	Carolus Magnus	51,2	„ „
„	Victoria Mathias	53,7	„ „

[1]) Berechnet und zusammengestellt aus dem Verwaltungsbericht des AKV. für das Jahr 1913, Teil 2.

Tabelle X.[1])

Die absolut stärkste Dichtigkeit der östlichen Zuwanderer weisen folgende Zechen auf:

Kreis	Zeche	Belegschaft	östliche Zuwanderer
Dortmund	Kaiserstuhl I—II	3149	1329
„	A. v. Hansemann	3604	1508
Recklinghausen	König Ludwig I—III . .	2893	1437
„	Gen. Blumenthal	2436	1138
„	Ewald I—II	2940	1701
„	„ III—IV	2116	1332
„	Auguste Viktoria	2971	1165
„	Emscher-Lippe I—II . .	3392	1394
„	Graf Bismarck II—VI . .	2808	1656
„	„ „ III—V . .	2192	1384
„	Nordstern I—II	2136	1057
„	Ver. Gladbeck (Möller-schächte)	3468	1160
„	Rheinbabenschächte . . .	3934	1514
„	Bergmannglück	4191	1685
Bochum	Viktor I—II	1872	1000
„	Lothringen	3778	1570
Dortmund	Viktor III—IV	1898	1036
Herne	Friedrich d. Gr. I—II . .	3050	1696
„	Shamrok I—II	3135	1284
Gelsenkirchen	Behrensschächte	3547	1815
„	Graf Bismarck III—IV .	2193	1256
„	Pluto I	2566	1359
„	„ II	2211	1318
„	Consolidation I—VI . . .	2845	1482
„	„ III—IV . . .	2345	1162
„	Rhein-Elbe I—II	2770	1437
„	Alma	3940	1683
„	Holland III—IV	2669	1122
Essen	Bonifazius	3763	1341
„	Zollverein III—IV . . .	1770	1018
„	Math. Stinnes I—II . . .	3447	1695
„	Prosper I	2569	1117
„	Prosper II	3563	1914

[1]) Zusammengestellt aus dem Verwaltungsbericht des AKV. zu Bochum für das Jahr 1913, Teil 2.

Kreis	Zeche	Belegschaft	östliche Zuwanderer
Recklinghausen	Math. Stinnes III—IV . .	2525	1084
„	Oberhausen SchachtVondern	1518	1135
„	Oberhausen Schacht Osterfeld	4568	1663
Oberhausen	Concordia I	2718	1023
Dinslaken	Neumühl I—II	4118	1329
„	Deutscher Kaiser II—V .	4567	1694
„	„ „ III—VII .	4732	1290

Aus dieser Berechnung geht hervor, daß der Prozentsatz der Polen vor allem auf den Kokereien am größten ist. Die Zahlen lassen auch erkennen, daß die Polen meistens auf jüngeren, neueren Werken beschäftigt sind; das erklärt sich dadurch, daß die alten Werke, die vor allem im Süden des Industriebezirks liegen, einen alteingesessenen deutschen Arbeiterstamm haben.

Die größte Zahl der östlichen Zuwanderer weist die Knappschaftsstatistik von 1910 auf, nämlich 36,04 % der Gesamtbelegschaft gegen 33,69 % im Jahre 1905. Das Jahr 1913 weist einen Prozentsatz der Zuzügler von 33,96 % auf. Doch lassen sich aus diesem Umstande, wie gesagt, keine sicheren Schlüsse ziehen. Daß die Verhältniszahl für 1913 gegen die von 1910 um 2,08 % gefallen ist, beweist noch nichts. Dieselbe Erscheinung ist im Jahre 1911 zu verzeichnen, wo im Verhältnis zu 1900 die Zahl der Zuzügler um 3,45 % fiel und sich dann in den nachfolgenden Jahren wieder hob.

An erster Stelle hat absolut die größte Zahl der östlichen Zuzügler von jeher das Bergrevier Recklinghausen.[1]) Sie betrug im Jahre 1900 10060, was einem Verhältnis von 48,22 % zur Gesamtbelegschaft des Reviers gleichkam. Im Jahre 1913 hatte dieses Revier zusammen 28515 östliche Zuwanderer oder 40,9 %. Prozentuell an erster Stelle steht das Bergrevier Gelsenkirchen, es war im Jahre 1913 das einzige, in dem die Zahl der östlichen Zuwanderer 50 % erreichte.

An zweiter Stelle steht Herne. Es ist allerdings im Verhältnis zum Jahre 1900, wo es 51,34 % östlicher Zuwanderer zählte, um 2,54 % zurückgegangen. Die darauffolgenden Bergreviere Wattenscheid und Essen-West sind ebenfalls, wenn auch nicht wesentlich, heruntergegangen. Die Zahl der Polenzechen — so bezeichnet man diejenigen Werke, die über 50 % der Zuzügler zählen, hat sich von 19 im Jahre 1900 auf 33 im Jahre

[1]) Seit 1910 in Recklinghausen-Ost und -West geteilt.

1913 gehoben. Dabei muß man berücksichtigen, daß auch die Zahl der Werke gestiegen ist. Aus der Statistik des AKV. ist auch ersichtlich, aus welchen einzelnen Provinzen die östlichen Zuwanderer kommen. Im Jahre 1913 waren von den 139 203 östlichen Zuwanderern, welche die Knappschaftsstatistik angibt,

aus Posen . . . 56 237
„ Ostpreußen . 55 011
„ Westpreußen 17 355
„ Oberschlesien 10 600.

Berechnet man das Verhältnis der einzelnen Provinzen zu der Gesamtzahl der östlichen Zuzügler, so ergibt sich für

Posen . . . 40,3 %
Ostpreußen . 39,5 %
Westpreußen 12,4 %
Oberschlesien 7,6 %.

Posen stellte also im Jahre 1913 den größten Prozentsatz der Zuzügler. Das war nicht immer so. So stellte im Jahre 1898 Posen nur 35 %, Ostpreußen dagegen 41 %.

1901	Posen	35 %	Ostpreußen	42 %
1902	„	37 %	„	45 %
1905	„	37 %	„	43 %
1910	„	39 %	„	41 %.

Der Anteil der Posener an der Auswanderung ist also immer größer geworden und wird es in Zukunft wahrscheinlich bleiben. Es scheint, daß der Grund hierfür hauptsächlich in der politischen Lage zu suchen ist. Die Ansiedlungsmöglichkeit ist im Osten immer geringer, zumal bei der starken Vermehrung der Polen.

Während die absolute Zahl der Posener Zuzügler am 1. 7. 1905 35 988 betrug, war sie am 1. 1. 1910 auf 50 550 und am 1. 1. 1913 auf 56 237 gestiegen. Von 1905 bis 1910 sind also 14 568 neue Zuzügler aus der Provinz Posen zugewandert, d. h. im Jahrfünft ist die Zahl der zugewanderten Posener um 40 % gestiegen.

Nach Posen stellt Ostpreußen das Hauptkontingent der Zuwanderer im Bergbau. Der Grund für die enorme Auswanderung aus Ostpreußen ist in den allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen dieser Provinz zu suchen.

Ostpreußen ist das typische Land des Latifundienbesitzes, ohne die geringsten Ansätze zur Industrie. Die Lebensbedingungen sind gerade hier äußerst ungünstig.

Sehr bezeichnend für das Zusammengehörigkeitsgefühl, das lebhaft an förmliche Familiengemeinschaften erinnert, ist die

Tatsache, wie sich die Zuwanderer aus den einzelnen Landesteilen auf die Reviere verteilen.

So sitzen die Posener am dichtesten in den Revieren Herne und Oberhausen. Auf der Zeche Viktor I—II machen sie z. B. 81,6 %, auf Viktor III—IV 78,3 %, auf Friedrich der Große I—II 79 % der östlichen Zuwanderer aus. Über 50 % der Zuwanderer bilden die Posener in den Bergrevieren Ost-Recklinghausen, Oberhausen und Dortmund III. Nur in 3 von den 20 Bergrevieren des Oberbergamts Dortmund beträgt die absolute Zahl der Posener unter 1000, nämlich in den Revieren Hattingen, Werden und in den Erzbergwerken. Die höchste absolute Zahl erreicht Herne mit 8493 Posenern.

Nach Herne kommt Ost-Recklinghausen mit 6132, danach Dortmund 3 mit 5247. Das Revier Herne hat aber schon von jeher die höchste Zahl der Posener aufgewiesen, so schon im Jahre 1900 5350. Die Masuren hingegen konzentrieren sich im Revier Gelsenkirchen, wo sie 56,1 %, Wattenscheid, wo sie 55,5 % ausmachen. Die höchste Zahl erreichen sie im Revier Wattenscheid, nämlich 61,4 %.

Die höchste absolute Zahl weist der Bezirk Recklinghausen-West auf, nämlich 9153, eine Zahl, wie sie selbst die Posener nirgendwo erreichen.

Unter 1000 betrug die Zahl der Masuren in 5 Revieren, und zwar in Herne, Dortmund I, Hattingen, Werden und in den Erzbergwerken.

Noch mehr fällt auch hier die Konzentration auf den einzelnen Werken auf. So sind die östlichen Zuzügler der Zechen Verein. Bonifazius, Dahlbusch, Königin Elisabeth, Zollverein fast ausschließlich Masuren.

Die Schlesier sitzen am geschlossensten in West-Essen, und zwar konzentrieren sie sich vor allem in den Gemeinden Batenbrock und Bottrop, wo die Zechen Prosper I—IV liegen.

Die absolute Zahl der Oberschlesier beträgt entsprechend ihrer Gesamtzahl nur in drei Bezirken über 1000, es sind dieses West-Recklinghausen, West-Essen und Duisburg.

Am meisten über die einzelnen Reviere sind heute, wie schon früher, die Westpreußen verteilt. Wie sich das erklärt, ist schwer zu sagen.

Ihre absolute Zahl übersteigt in 7 Revieren 1000. Diese Konzentration, die eine ausgesprochene Eigentümlichkeit der Polen zu sein scheint, obwohl sich bei anderen Völkern unter ähnlichen Bedingungen die gleiche Tendenz konstatieren läßt, bewirkt es natürlich, daß die Zuwanderer äußeren Einflüssen kaum zugänglich sind. Sie leben für sich, und äußerlich von

der deutschen Bevölkerung getrennt, fühlen sie sich wie in ihrem polnischen Dorf. Sicher ist ja, daß die Schule hier vieles ändert. Andererseits darf man nicht übersehen, daß das Nationalitätsgefühl der Polen so stark ausgebildet ist, daß sie den für einen Verräter an ihrer Sache halten würden, dessen Kinder die polnische Muttersprache aufgeben würden. Auch der Militärdienst ist im allgemeinen nicht von dem germanisierenden Einfluß, den man ihm gewöhnlich zuschreibt. Der Pole ist gern Soldat, und wie ja von militärischer Seite immer betont wird, ein sehr guter Soldat. Aber Schikanen und Erniedrigungen vergißt er nicht, besonders wenn sie aus nationalen Gründen erfolgt sind. Das scharfe Vorgehen gegen die Polen hat das vorhandene natürliche Zusammengehörigkeitsgefühl gerade im Westen nun auch erstarken lassen. Wer die Dinge aus eigener Anschauung kennt, wird dem Urteil Piepers[1]) in seinem vorzüglichen Buche nur recht geben können:

„Um die Eindeutschung und den Zersetzungsprozeß des Polentums zu beschleunigen, griff man hier wie dort zu plumpen, schikanösen polizeilichen Maßregeln. Der Mißerfolg und das Resultat ist in beiden Fällen das gleiche. Man zog dadurch einen Reifen um die Polen, der sie enger aneinanderschloß und sie nur um so zäher und erbitterter an ihrer Rasse und an ihren nationalen Zielen festhalten ließ".

III. Die Polen als Arbeiter.

Max Weber[2]) schreibt in seinem Buche „Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland": „Wie der Osten vornehmlich das Menschenmaterial zur militärischen Größe stellte, so liefert er jetzt der Industrie des Westens die Arbeitskräfte zur Begründung der wirtschaftlichen Machtstellung Deutschlands; ihm wird durch die glänzende Entwicklung der deutschen Industrie und der Großstädte sein Lebensblut, der Nachwuchs an Arbeitskräften aus den Adern gesogen". Diese Schilderung trifft vollkommen zu. In der Tat: ohne den ostelbischen Arbeiter wäre die deutsche Industrie undenkbar. Der Industriearbeiter muß ganz besondere Fähigkeiten und Eigenschaften haben. Er muß vor allem stark und ausdauernd sein. Deshalb eignet sich nicht jedes Volk dazu, Industriearbeiter zu liefern. Bekannt ist, daß z. B. die Italiener oder Holländer nur selten

[1]) Pieper l. c. S. 244.
[2]) Max Weber l. c. S. 803.

sich zu entschließen vermögen, in das Innere der Erde zu fahren. Sie ziehen Erdarbeiten über Tage vor. Das liegt nicht etwa in einer Liebhaberei, sondern darin, daß eben bergmännische Arbeiten ihrem Körper nicht zusagen.

Vor 50 Jahren hätte es jeder Kenner der Verhältnisse für unmöglich gehalten, daß das slavische Element die Stütze des Bergbaues und der Industrie werden sollte. Der Pole war eben seit Jahrhunderten nur Landwirt, und es ist bekannt, wie schwer jahrhundertelange Gewöhnung und Anpassung sich ändert. Nur selten dürften die Beispiele sein, wo ein Volk binnen einer Generation sich von der Agrarwirtschaft zum Industrialismus gewandt hat. Die polnische Abwanderung nach dem Westen gehört zu diesen seltenen Beispielen.

Der Pole besitzt geradezu eine fabelhafte Anpassungsfähigkeit. So ist es vor allem zu erklären, daß er sich binnen einer verhältnismäßig kurzen Zeit im Westen vollkommen akklimatisiert hat, indem er sich nicht nur an seine Arbeit, sondern auch an die Verhältnisse gewöhnte.

Eins hatte der Zuwanderer mitgebracht: starke Muskeln und Fleiß, und das konnte die Industrie gebrauchen.

Viel Staub hat die Frage aufgewirbelt, ob der Pole Lohndrücker sei. Sie spielt in der ganzen einschlägigen Literatur eine sehr bedeutende Rolle. Sämtliche Autoren, die sich mit dieser Frage beschäftigen, sowie Praktiker haben sie im allgemeinen verneint.

Um zu dieser wichtigen und im öffentlichen Leben sehr strittigen Frage Stellung nehmen zu können, lassen wir vorerst die einschlägigen Autoren zu Worte kommen. Eine der besten Abhandlungen über die Polenfrage ist das Buch von Lorenz Pieper[1]): „Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier“. Pieper kennt aus eigener Anschauung Land und Leute und bildet sich deshalb im allgemeinen ein richtiges Urteil. Über die Polen als Bergarbeiter sagt er: „Die wichtigste Seite der polnischen Zuwanderung ist unbedingt die wirtschaftspolitische. In dieser instinktiven Erkenntnis wurzelt auch die Abneigung der einheimischen Arbeiter gegen die Zuzügler. Man betrachtet sie als Lohndrücker. Das sind sie zwar nicht, wenn sie sich erst eingewöhnt haben und sich auf dem neuen Boden sicher fühlen, aber doch regelmäßig im Anfang“. Nicht richtig dürfte in dieser Schilderung die Meinung Piepers sein, der einheimische deutsche Arbeiter stände dem Polen feindlich gegenüber. Das ist nicht der Fall, wie Männer aus der Praxis bestätigen.

---

[1]) Pieper l. c. S. 246.

Im Gegenteil, gerade zwischen den deutschen und polnischen Arbeitern herrschen, wie paradox das klingen mag, sehr kameradschaftliche Verhältnisse. Dieser Ansicht ist auch Max Metzner in seinem Werke: „Die soziale Fürsorge im Bergbau". Er sagt: „Der einheimische Arbeiter steht dem polnischen im allgemeinen sympathisch gegenüber, da dieser sich an der Organisationsbewegung beteiligt und vor allem als Streikbrecher nicht zu bezeichnen ist".[1])

Am eingehendsten hat sich mit der Polenfrage im Westen Viktor Bredt befaßt. Auf sein Werk, das von den allerschwersten Fehlern nicht frei ist und deshalb zu überaus scharfen Kritiken[2]) herausgefordert hat, werden wir noch des öftern zurückzukommen haben; hier nur sein Urteil über die Polen als Bergarbeiter. Bredt sieht ein Mittel, um sich die Polen vom Halse zu schaffen: die Einführung der Schrämmaschine. Ein sehr origineller Einfall, nur sehr problematisch und getüftelt.

Im amerikanischen Bergbau habe sich die Einführung der Schrämmaschine kolossal bewährt, „die Kohlenförderung sei gewachsen, während der Preis ständig herabgegangen sei" (S. 124).

Also kommt er zu dem Schluß: „Wenn man diese Worte liest, ist es ohne weiteres klar, warum den Zechenverwaltungen selbst mit günstigen Erfolgen der Schrämmaschine nicht gedient ist. Weder eine quantitative Vermehrung der Produktion, noch gar eine Preisreduktion bringt ihnen den geringsten Vorteil. Ein Erfolg der Maschine wie in Amerika soll daher im Kohlenbergbau an der Ruhr nach seiner heutigen Verfassung gar nicht eintreten.

Die schlechten Zeiten, die er in den 80er Jahren durchmachte, stammten aus einer Überproduktion, und wenn ihm geholfen werden sollte, mußten Förderung und Absätze in Einklang gebracht werden ... Erst dem Syndikat von 1893 gelang die Einführung dieses Hilfsmittels, mit dem er noch heute operiert. In ihm liegt aber auch die Ursache dafür, daß nur eine Verbilligung, niemals eine bloße Vermehrung der Produktion als vorteilhaft erscheint, wenn nicht gleichzeitig ein neues großes Absatzgebiet erschlossen wird, was etwa durch eine entsprechende Tarifpolitik möglich wäre.

Solange dies nicht der Fall ist, würde das Syndikat seinem ureigensten Zweck entgegenhandeln, wenn es durch eine umfassendere Verwendung der Schrämmaschine die Produktion steigerte.

---

[1]) Metzner l. c. S. 10.

[2]) Braun im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 29 S. 931—942.

Daß die Schrämmaschine gerade deßhalb, weil sie eine große Arbeiterersparnis mit sich bringt, bei einer Anwendung unter heutigen Verhältnissen eine sehr starke Arbeiterverdrängung zustande bringen könnte, ist klar. Wenn überhaupt jemand die Polenfrage lösen kann, so sind es die Unternehmer. Ob sie es tun werden, ist eine ganz andere Frage, die aber von ihnen selbst nicht entschieden wird, sondern von demjenigen Faktor, in dessen Händen die Verwaltung ihrer Produkte liegt, dem Syndikate. Auch über die Polenfrage im Ruhrgebiet entscheidet in letzter Linie das Kapital". (S. 124/25).

Bredts Vorschlag ist in das Gebiet der Phantasie zu verweisen. Auch dürfte bekannt sein, daß in Rheinland-Westfalen Hunderttausende für Versuche mit der Schrämmaschine ausgegeben worden sind.

Voraussetzung für Anwendung der Schrämmaschinen sind keine unregelmäßigen und steilabfallenden Flöze.

Aber gerate solche finden wir am meisten im Ruhrgebiet. Sicher ist soviel: nirgends steht die Technik des Bergbetriebes so hoch wie im Ruhrgebiet. Könnte der Bredtsche Vorschlag auch nur in etwa ernste Erwägung finden, sicher hätte man schon früher an ihn gedacht.

Ohne zahlreiches Menschenmaterial ist der Betrieb im Westen vollkommen undenkbar, und so bleibt denn auch der Westen auf die ostelbischen Arbeiter angewiesen.

Gegen die Behauptung, der Pole sei Lohndrücker, hat sich vor allem der offizielle Vertreter des Vereins für bergbauliche Interessen, Dr. Jüngst, gewandt. Er meint, die Behauptung, der Pole sei Lohndrücker, sei am besten dadurch widerlegt, daß im Ruhrbezirk, wo die Belegschaft zum größten Teil polnisch sei, die höchsten Löhne auf dem Kontinent bezahlt würden. Es ist begreiflich, daß in Zeiten des Zuströmens fremder Elemente bei verminderter Nachfrage das ökonomische Gesetz vom Grenznutzen in die Erscheinung treten muß.

Nun ist aber die Nachfrage bei der sich immer noch entwickelnden Industrie des Westens immer ziemlich rege, die Massen finden regelmäßig Beschäftigung. Auch kann man die heutigen östlichen Zuwanderer mit denen von vor 10—15 Jahren kaum vergleichen. Der polnische Industriearbeiter ist gerade in dieser Zeit an Bildung gewachsen. Dann hat eine starke Organisationsbewegung unter den Polen eingesetzt. Wir werden das alles noch des näheren auszuführen haben. Die Polen beteiligen sich rege an allen möglichen Wahlen und machen ganz anders wie früher ihren Einfluß geltend. Alles das wirkt mächtig direkt oder indirekt auf die neuen Zuwanderer. Und

noch eins: die ganze polnische Zuwanderung steht unter dem Zeichen einer gewissen Hausgemeinschaft, d. h. der Pole zieht fast ausschließlich dorthin, wo schon Bekannte und Verwandte von ihm wohnen.

Er verläßt die Heimat auf ihren Rat. Er ist also über die Aussichten ziemlich genau informiert. Kommt er frisch zugezogen, so sorgen seine Bekannten, die eingesessen sind und die die Verhältnisse kennen, schon dafür, daß er keine Arbeit annimmt, wo man ihn ausbeuten könnte.

Das sind Momente, die man nicht aus dem Auge lassen darf; sie sind spezifische, charakteristische Merkmale der polnischen Zuwanderung.

Wie also der Pole im allgemeinen wenigstens heute als Lohndrücker in keinem Falle bezeichnet werden kann, so wenig ist er Streikbrecher. Bei der Besprechung der polnischen Berufsvereinigung werden wir darauf näher eingehen.

An den drei großen Streiks von 1889, 1905 und 1912 haben sich die Polen geschlossen beteiligt. In dem letzten, 1912, sogar nur deshalb, weil sie eben als Streikbrecher nicht angesehen werden wollten. Ihre Führer sahen damals die Erfolglosigkeit ihres Streiks sehr wohl ein, zumal ein bedeutender Bruchteil der Bergarbeiter, die christlichen Gewerkschaften, die Beteiligung am Streik abgelehnt haben.

Dasselbe kann man von andern polnischen Arbeitern sagen, die auf Kokereien, im Bauhandwerk usw. beschäftigt sind. Überhaupt werden mit zunehmender Organisation und Bildung — und das ist im Westen der Fall — minderwertige Elemente unter den polnischen Arbeitern ebenso selten wie unter den deutschen.

In früheren Jahrzehnten, wo die polnischen Massen nicht organisiert waren, war eine Möglichkeit der Lohndrückerei tatsächlich gegeben, sie wurde aber immer geringer, je mehr die Organisation um sich griff.

Man hat es in der Literatur von jeher als eine Selbstverständlichkeit hingestellt, daß der polnische Arbeiter aus dem Osten nicht intelligent wäre. Die Meinung herrscht heute noch vor, ihre Richtigkeit muß aber in manchen Punkten angezweifelt werden. Schon der Umstand, daß der Zuwanderer, wie einwandfrei erwiesen ist, kein Lohndrücker und kein Streikbrecher ist, stellt die Behauptung in ein zweifelhaftes Licht. Denn eins ist klar, der absolut unintelligente Arbeiter wird kein Verständnis für Streik und dergleichen haben. Während ungefähr alle Autoren, einige aber mit Einschränkungen zugunsten besonders der Polen, von einem niedrigen Kulturniveau sprechen, ohne auf diese Frage einzugehen, meint Metzner einen Beweis für die geistige Inferiorität der

Polen zu bringen, wenn er schreibt[1]): „Das Kulturniveau aller fremden Arbeiter, auch der Polen, ist im Verhältnis zu dem deutschen Arbeiter weit niedriger. Trotzdem besitzt der Pole, der den Hauptbestand der Zuwanderer ausmacht, eine ganz kolossale Anpassungsfähigkeit in jeder Beziehung. Er wird zu allen bergmännischen Arbeiten herangezogen, auch zur Hauerarbeit, dagegen fast gar nicht zu Beamtenstellen. Besonders eignet er sich wegen seiner überlegenen Muskelkraft zur Ausführung schwieriger Arbeiten, in denen er den intelligenten deutschen Arbeiter ersetzt". Dagegen ist folgendes einzuwenden. Zur Hauerarbeit wird der Pole nicht nur „auch", sondern ebenso wie der deutsche Arbeiter herangezogen. Jedermann, der mit den Verhältnissen im Ruhrgebiet vertraut ist, weiß, daß da absolut kein Unterschied gemacht wird. Hat jemand zwei Jahre Bergarbeit hinter sich, wird er in der Regel Hauer. Auf den sogen. Polenzechen, wo ein großer Bruchteil der Bergleute Polen sind, ist auch dementsprechend die Zahl der polnischen Hauer größer als die der deutschen. Was nun den Einwand Metzners[2]) angeht, der Pole werde fast nie Beamter, so kann man darauf nur antworten, was seinerzeit das Organ der polnischen Berufsvereinigung in Bochum in einem scharfen Artikel gegen die Ausführungen Metzners geantwortet hat.[3]) Wie das Blatt bemerkt, sind die Gründe dafür lediglich auf politischem Gebiete zu suchen. Im Westen Preußens sind die politischen Gegensätze ebenso groß ,wie im Osten. Wenn man sich in Bergbesitzerkreisen geweigert hat, die Sicherheitsmaßregeln zum Schutz des Lebens und der Gesundheit auch in polnischer Sprache zu veröffentlichen (wir werden noch genauer davon sprechen), aus „nationalen Bedenken", was würde man erst dazu sagen, wenn es auch noch polnische Beamte geben sollte. Aus dem Umstand — fährt das genannte Blatt fort — den Schluß ziehen zu wollen, die polnischen Arbeiter seien weniger intelligent, wäre ebenso falsch, als wollte man aus der Tatsache, daß es im polnischen Osten keine polnischen Regierungsräte, Amtsrichter und Gymnasialprofessoren gibt, einfach das Fazit ziehen: die Polen seien ein unintelligentes Volk.

Übrigens ist Metzner am besten durch die Tatsache widerlegt, daß die Polen dort, wo sie ihre Beamten wählen können, z. B. die Knappschaftsältesten, den deutschen Arbeitern nicht nachstehen. Die Zahl ihrer Ältesten, Sicherheitsmänner und

---

[1]) Metzner l. c. S. 10.
[2]) Metzner l. c. S. 10.
[3]) „Głos Górnika" 1912 Nr. 14.

Schöffen bei den Gewerbegerichten wächst von Wahl zu Wahl ganz rapid.

Viel ernster ist der Einwand, der polnische Arbeiter gefährde den Betrieb. Einmal deshalb, weil er neu zugezogen kommt, also die Verhältnisse nicht kennt. Dann auch, weil er sehr oft die Zechen wechselt, und schließlich, weil er nicht immer der deutschen Sprache mächtig ist, um die Sicherheitsvorschriften zu verstehen. Besonders der letzte Grund fällt mächtig ins Gewicht.

Wie dem aber auch sei, eins steht fest: die Zahl der von Unfällen Betroffenen ist bei den aus dem Osten stammenden Arbeitern bedeutend größer als die Zahl der Unfälle bei den deutschen Arbeitern.

„Aus der fortwährenden Zunahme der im Ruhrbergbau beschäftigten fremdsprachigen Arbeiter leitete die Bergbehörde die Pflicht ab, aus sicherheitspolizeilichen Gründen die Beschäftigung fremdsprachiger Arbeiter so weit einzuschränken, daß die aus mangelnder Kenntnis der deutschen Sprache entstehenden Gefahren nach Möglichkeit beseitigt würden.“ [1])

Auch waren die am 25. 1. 1899 erlassenen Vorschriften vor allem gegen die Polen gerichtet und hatten nach übereinstimmendem Urteil mehr schikanösen Zweck.

Jedenfalls ein höchst sonderbarer Arbeiterschutz. Die Verordnung von 1899 lautet[2]):

„§ 1. Fremdsprachige Arbeiter dürfen beim Betrieb von Bergwerken und den dazugehörigen Aufbereitungsanstalten und Brikettfabriken nur beschäftigt werden, wenn sie genügend deutsch verstehen, um mündliche Anweisungen ihrer Vorgesetzten und Mitteilungen ihrer Mitarbeiter richtig aufzufassen.

§ 2. Als Aufseher, Maschinenführer, Pumpen- und Kesselwärter, Schießmeister, Wettermänner, Ortsälteste (Drittelführer), Schachtreparaturhauer, Anschläger, Abnehmer und Bremser an Schächten, Bremsschächten und Bremsbergen, als Zugführer, Bahnwärter, Weichensteller und Rangierer, bei Eisenbahnen über Tage dürfen fremdsprachige Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn sie deutsch sprechen und in Schrift und Druck lesen können.

§ 3. Über alle auf einem Bergwerke und dazu gehörigen Aufbereitungsanstalten und Brikettfabriken beschäftigten fremdsprachigen Arbeiter ist eine Liste zu führen, welche für jeden dieser Arbeiter erkennen lassen muß, daß er den für seine Beschäftigung vorgesehenen Bedingungen genügt“.

---

[1]) Festschrift des Bergbaulichen Vereins l. c. S. 115.

[2]) Festschrift des Bergbaulichen Vereins Essen 1908 S. 115; Bergpolizeiverordnung v. 25. 1. 1899.

Gegen diese Verordnung haben die Polen mehrfach Stellung genommen, vor allem sprachen sie den Wunsch aus, die Verordnungen sollten auch in polnischer Übersetzung dort angeschlagen werden, wo eine gewisse Zahl von polnischen Arbeitern beschäftigt werde. Diese Forderung wurde abgelehnt, und in der Konferenz v. 4. 4. 1913 wurde betont, daß sie „aus nationalen Gründen unannehmbar sei". Daß die Arbeiter, und besonders gerade die deutschen, sich gegen einen derartigen Arbeiterschutz wenden, ist ganz klar. Das beweist die „Denkschrift des Zentralverbandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands betr. Reform des preußischen Berggesetzes", Altessen 1901, die zu der Sprachenverordnung auf folgende Weise Stellung nimmt. Man solle „die bergpolizeilichen Vorschriften den fremdsprachigen Fremdarbeitern wenigstens in der ihnen verständlichen Sprache kundtun und bei der Verteilung der Kameradschaften auf die einzelnen Betriebspunkte auf die Sprachenkenntnis Rücksicht nehmen". Außer den Bestimmungen von 1899, die wir oben angeführt haben, besteht noch in dieser Hinsicht eine bergpolizeiliche Verordnung v. 28. 5. 1894 betr. die Ausbildung der Bergarbeiter zur Verhütung von Unfällen. Sie bestimmt folgendes:

„§ 1. Personen, welche das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sowie Personen, welche bis zu vollendetem 60. Lebensjahre noch niemals in der Grube beschäftigt waren, dürfen zu Arbeiten in der Grube nicht zugelassen werden.

§ 2. Zur selbständigen Ausführung von Hauerarbeiten dürfen nur solche Personen zugelassen werden, welche das 21. Lebensjahr vollendet, wenigstens drei Jahre in der Grube gearbeitet haben und während dieser Zeit wenigstens ein Jahr mit Hauerarbeiten unter Aufsicht eines selbständigen Hauers beschäftigt gewesen sind. Wird die Lehrzeit durch die Ableistung der Militärdienstpflicht unterbrochen, so darf die Militärzeit bis zu einem Jahre auf die dreijährige Lehrzeit — jedoch mit Ausschluß des für die Erlernung der Hauerarbeiten bestimmten Jahres — angerechnet werden.

§ 3. Werden von einer und derselben Arbeit bei der Aus- und Vorrichtung, dem Abbau und dem Grubenausbau mehrere Arbeiter beschäftigt, so muß in jeder Schicht mindestens einer von ihnen (der „Ortsälteste") gemäß § 2 dieser Verordnung zur selbständigen Ausführung von Hauerarbeiten befähigt sein."

Zu dem § 3 bemerkt Münz[1]: „Wie es aber um die Sicherheit eines unterirdischen Betriebspunktes bestellt ist, wo nur dem

[1]) Münz l. c. S. 103.

§ 3 dieser Verordnung genügt wird, und die anwesenden Lehrhauer fremdsprachige Zuwanderer sind, bedarf wohl keiner weiteren Darlegung".

Übrigens sind diese Bestimmungen sehr dehnbar. Das sind Halbmittel, die desto mehr umgangen werden, je mehr sie ausgeklügelt sind.

Deshalb ist aber ihr Erfolg tatsächlich auch gleich Null geblieben.

So kommt es, daß die Betriebsunfälle bei den aus dem Osten stammenden Arbeitern relativ viel höher sind als bei den deutschen.

Die außerordentliche Gefährlichkeit der Beschäftigung bringt es mit sich, daß auch die Krankheitsfälle bei den Bergarbeitern sehr häufig sind. Das erkennt man am besten aus folgender Tabelle, die nach dem Statist. Jahrb. für das Deutsche Reich zusammengestellt ist.[1])

Danach kamen bei den Krankenkassen auf ein Mitglied im Durchschnitt des Jahres 1911:

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Krankheitskosten
Gemeindekrankenversicherung	0,28	5,66	14,41
Ortskrankenkasse	0,44	8,99	26,16
Betriebskrankenkasse . . .	0,49	9,10	33,35
Baukrankenkasse	0,59	9,37	29,18
Innungskrankenkasse . . .	0,38	9,79	24,24
Eingetragene Hilfskasse . .	0,37	7,35	23,56
Landesrechtliche Hilfskasse .	0,30	5,88	19,06
Krankenkasse überhaupt . .	0,42	8,45	26,25
Knappschaftskasse	0,60	10,30	42,27

Nach dem Verwaltungsbericht des AKV. zu Bochum betrug die Zahl der eingetragenen Erkrankungen in der Krankenkasse:

Jahr	insgesamt	unter 1000 Mitgliedern
1910	231 606	659
1911	254 248	712
1912	242 645	644

Die Zahl der abgeschlossenen Erkrankungen einschließlich Wurmkrankheit betrug[2]):

Jahr	insgesamt	unter 1000 Mitgliedern
1910	223 685	637
1911	244 675	685
1912	243 780	647

[1]) Statist. Jahrb. 1913 S. 358.
[2]) Verwaltungsbericht 1912 Teil 2 S. 37.

Nun zu den Krankheitsverhältnissen der einzelnen Arbeiterkategorien nach ihrer Abstammung. Bekannt ist, daß die Ausländer ein viel größeres Kontingent der Kranken stellen als die Inländer. Die Ursache hierfür ist nicht so ganz leicht zu finden, sie liegt aber wahrscheinlich in den veränderten Lebensumständen, dem den Ausländern weniger zusagenden Klima sowie in ihren Lebensgewohnheiten. Ausgehend von den Ausländern, hat man auch früher für die Reichsdeutschen aus dem Osten, also speziell für die Polen, dieselbe Regel aufgestellt. Das ist nicht richtig, im Gegenteil, wir müssen der Behauptung Piepers, die Krankheitsziffer würde durch die Durchsetzung der einheimischen Belegschaften mit den jüngeren und stärkeren Zuwanderern verringert, vollständig recht geben.

Wenn es Jahre gab, in denen die Krankheitsziffer der östlichen Zuwanderer die der einheimischen Arbeiter erreichte oder um ein geringes überstieg, so sind das Einzelerscheinungen gewesen. Das beweisen die letzten Verwaltungsberichte des AKV. Danach betrug die Zahl der abgeschlossenen Erkrankungen (einschließlich der Wurmkrankheit)[1]:

Jahr	insgesamt	unter 1000 Mitgliedern
1910	223 685	637
1911	244 675	685
1912	243 780	647

Die abgeschlossenen Erkrankungen verteilen sich auf die Ausländer und Reichsdeutschen aus dem Osten und die sonstigen Reichsdeutschen.

	1910		1911		1912	
	insgesamt	unt. 1000 Mitgl.	insgesamt	unt. 1000 Mitgl.	insgesamt	unt. 1000 Mitgl.
Ausländer . .	21 173	766	23 933	857	25 108	798
Reichsdeutsche aus dem Osten	73 942	584	80 916	617	81 223	586
Sonst. Reichsdeutsche . .	128 570	653	139 826	705	137 449	665
Zusammen	223 685	637	244 675	685	243 780	647

Daraus geht hervor, daß die höchste Krankheitsziffer die Ausländer aufzuweisen haben; dann kommen die sonstigen Reichsdeutschen, also durchweg die eingesessenen Leute, und an letzter Stelle erst die östlichen Zuwanderer.

[1] Entnommen dem Verwaltungsbericht des AKV. (Bochum 1912) Teil 1 S. 37 u. 38.

In dem sehr ungesunden Jahre 1911 kamen bei den Ausländern unter 1000 857 Krankenfälle vor, bei den östlichen Zuwanderern nur 617; also ein Unterschied von 240 pro 1000, gewiß keine geringe Zahl. Die Zahl der Erkrankungen der sonstigen Reichsdeutschen war in demselben Jahre um 88 pro 1000 höher als bei den ostelbischen Zuwanderern.

Ganz anders natürlich bei den Unfallerkrankungen, deren Veranlassung, wie schon aus dem Worte hervorgeht, ein Unfall im Betriebe war. Die Gründe hierfür haben wir schon besprochen. In folgendem bringen wir eine nach den Verwaltungsberichten des AKV. aus den Jahren 1909 bis 1912 zusammengestellte Tabelle über die Unfallerkrankungen und deren Verteilung auf die Belegschaft.

Die Zahl der abgeschlossenen Erkrankungen infolge von Betriebsunfällen:

Jahr	insgesamt	durchschnittlich unter 1000 Mitgliedern
1910	60 249	172
1911	63 917	179
1912	67 347	179

Von den abgeschlossenen Unfallerkrankungen entfielen auf:

	1906		1907		1908		1909	
	ins-gesamt	unt. 1000 Mitgl.	ins-gesamt	unt. 1000 Mitgl.	ins-gesamt	unt. 1000 Mitgl.	ins-gesamt	unt. 1000 Mitgl.
Ausländer	5 407	255	6 210	241	6 182	194	5 774	205
Reichsd. a. d. O. . . .	19 642	203	20 281	193	19 897	153	21 821	169
Sonstige Reichsd.	26 618	159	28 415	157	31 095	164	30 057	150
Zusammen	51 667	181	54 906	176	57 174	163	57 652	161

	1910		1911		1912	
	ins-gesamt	unt. 1000 Mitgl.	ins-gesamt	unt. 1000 Mitgl.	gesamt	Mitgl.
Ausländer	5 949	217	6 481	217	7 347	233
Reichsd. a. d. O. . . .	22 224	172	23 666	180	24 290	175
Sonstige Reichsd.	32 076	165	33 770	172	35 710	173
Zusammen	60 249	172	63 917	179	67 347	179

Die Unfallerkrankungen sind also am höchsten bei den Ausländern und am niedrigsten bei den sonstigen Reichsdeutschen. Da die ostelbischen Arbeiter, wie wir gezeigt haben, am wenigsten zu organischen Erkrankungen neigen, so erklären sich die Un-

fallerkrankungen lediglich durch die mangelnde Kenntnis der Sicherheitsvorschriften, die der Masse der polnischen Arbeiter aus den besprochenen Gründen unzugänglich sind. Daß der Zuwanderer relativ weniger zu Krankheiten neigt, ist erklärlich; denn seine frühere landwirtschaftliche Beschäftigung war nicht weniger anstrengend, auch setzt das ostelbische Binnenlandklima ausdauernde und wetterfeste Arbeiter voraus.

Die Krankheitsziffer der Zuwanderer würde bei weitem günstiger sein, wenn sie nicht gerade in den gesundheitsschädlichsten Betrieben beschäftigt wären. So sind die Kokereiarbeiter fast durchweg Polen, es ist aber bekannt, wie aufreibend gerade diese Beschäftigung ist.

Auffallend ist allerdings, daß von der in den Jahren 1903 bis 1905 epidemisch auftretenden Wurmkrankheit die aus dem Osten stammenden Arbeiter mehr betroffen wurden als die eingesessenen und selbst die Ausländer.

Nach dem Verwaltungsbericht des AKV. von 1905[1]) wurden erwerbsunfähig infolge Wurmkrankheit:

Jahr	Reichsdeutsche aus dem Osten		Sonstige Reichsdeutsche		Ausländer		Zusammen	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1903	12 562	15,2	14 656	9,1	2 156	13,5	29 374	11,28
1904	5 849	6,6	6 864	4,1	1 148	6,5	13 861	5,04
1905	2 225	2,4	2 438	1,5	361	2,0	5 024	1,86

Die Erklärung für diese Eigentümlichkeit dürfte in der größeren Ansteckungsmöglichkeit liegen, der besonders die Polen bei dem sehr verbreiteten Kostgängerwesen ausgesetzt sind. Mittlerweile ist die Krankheit, die jahrelang eine Plage der Ruhrbergleute gewesen war, ausgerottet worden.

Der Verwaltungsbericht des AKV. für das Jahr 1912 sagt[2]) darüber:

„Obgleich im Berichtsjahre zur Ermittlung der Wurmbehafteten gleich wie in den letzten Jahren bei der Durchmusterung der Belegschaften durch das Gelsenkirchener Hygienische Institut neben der mikroskopischen Kotuntersuchung auch noch das Kulturverfahren, dessen große Zuverlässigkeit sich in den letzten Jahren bewährt hatte, in Anwendung gezogen wurde, wurden im Berichtsjahre nur 380 Wurmbehaftete ermittelt.

Im Jahre 1911 betrug noch die Zahl der gefundenen Wurmträger 1086, im Jahre 1910 1252. Die Art der ärztlichen Behandlung war die gleiche wie früher".

[1]) Teil 1 S. 115.
[2]) Teil 1 S. 143.

Nach den Untersuchungsresultaten von 1912 läßt sich nicht feststellen, welche Nationalität mehr zur Wurmkrankheit neigte. Im Bergrevier Gelsenkirchen, das die größte Zahl der östlichen Zuwanderer, nämlich 50 % aufwies, wurden überhaupt nur 4 Fälle von Wurmkrankheit behandelt.

Im Bergrevier Herne, das nach Gelsenkirchen die größte ostelbische Belegschaft hat, kamen allerdings 105 Erkrankungsfälle vor. Die größte Zahl der Erkrankungen weist das Bergrevier Oberhausen auf, nämlich 179. Die Zahl der aus dem Osten stammenden Belegschaft betrug hier aber nur 32 %. Aus dieser Betrachtung geht hervor, daß es immer gewagt ist, von der Nationalität Schlüsse auf die Erkrankungs- bezw. Ansteckungsmöglichkeit zu ziehen.

Ungefähr dasselbe Bild ergibt sich bei der ansteckenden Körnerkrankheit oder dem Trachom.[2]) Bei der Revision ergaben sich im Bergrevier Gelsenkirchen (50 % ostelbische Zuwanderer) nur 2 Fälle von Trachom, im Bergrevier Herne 27. Übrigens ist auch diese Krankheit im Abnehmen begriffen.

IV. Die wirtschaftliche Lage.

Die meisten Polen in Rheinland-Westfalen arbeiten bekanntlich im Bergbau. Nur ein geringer Bruchteil ist in anderen Betrieben beschäftigt.

Die glänzend entwickelte Industrie des Westens ermöglicht nicht nur die Ansiedlung immer größerer Massen von Arbeitern, sie zahlt dazu noch verhältnismäßig die höchsten Löhne.

Nach dem Statist. Jahrb. für das Deutsche Reich (Berlin 1913) S. 78 betrug z. B. der Durchschnittsverdienst eines Bergmannes nach Abzug aller Arbeitskosten sowie der Knappschafts- und Invalidenversicherungsbeträge im Oberbergamtsbezirk Dortmund

	a) nördliche Reviere:		b) südliche Reviere:	
	auf 1 Arbeiter u. 1 Schicht	im Jahre	auf 1 Arbeiter u. 1 Schicht	im Jahre
1909	4,54 Mk.	1357 Mk.	3,32 Mk.	1329 Mk.
1910	4,59 „	1385 „	4,39 „	1366 „
1911	4,74 „	1453 „	4,54 „	1419 „
1912	5,08 „	1599 „	4,86 „	1547 „

[1]) l. c. Teil 1 S. 143.
[2]) Verwaltungsbericht Teil 2 S. 381—395.

Der Lohn eines oberschlesischen Bergarbeiters betrug dagegen im Jahre 1912 durchschnittlich pro Schicht 3,64 Mk., also im Jahre 1053 Mk., während er in Niederschlesien sogar nur 3,44 Mk. pro Schicht, also 1043 Mk. pro Jahr, betragen hat. Dabei ist im schlesischen Bergbau bekanntlich die höchste Arbeitszeit.

Noch klarer wird der Unterschied, wenn man die Bergarbeiterlöhne des Westens mit den Löhnen der landwirtschaftlichen Arbeiter des Ostens vergleicht.

Die wirtschaftliche Lage der Polen im Westen ist demnach eine weit bessere als im Osten.

Im Westen haben nach den Aufstellungen des Allgem. Knappschaftsvereins zu Bochum, die wir im folgenden wiedergeben, nur etwa 22 % der Bergarbeiter einen Verdienst unter 5 Mk., natürlich ist darunter der Bruttoverdienst ohne Abzug verstanden.

Nach den Zusammenstellungen aus den Verwaltungsberichten des Allgem. Knappschaftsvereins zu Bochum hatten einen täglichen Arbeitsverdienst von 5 Mk. und mehr:

im	Jahre	1902	31,7 %	der	Mitglieder
„	„	1903	36,1 „	„	„
„	„	1904	43,1 „	„	„
„	„	1905	44,5 „	„	„
„	„	1906	57,1 „	„	„
„	„	1907	67,9 „	„	„
„	„	1908	70,0 „	„	„
„	„	1909	64,7 „	„	„
„	„	1910	67,6 „	„	„
„	„	1911	71,9 „	„	„
„	„	1912	77,7 „	„	„

Der größere Wohlstand der westfälischen Polen fällt auch schon äußerlich in die Augen, die polnischen Arbeiter nähren und kleiden sich besser als ihre Landsleute in der Heimat. Sie wohnen vor allem ganz anders als im Osten. Selbst für Bildungszwecke geben sie ganz beträchtliche Summen aus. Auch die große Spartätigkeit der Zuwanderer erklärt sich lediglich durch ihre verbesserte wirtschaftliche Lage.

Freilich ist der Wohlstand der Polen im Westen nicht so groß, wie er von manchen Leuten dargestellt wird, oder wie man ihn gar mitunter im Osten ausmalt.

Es ist ja wahr, daß die Polen im Westen, ganz abgesehen davon, daß sie Millionen in die polnischen Banken schicken, auch in ihrer neuen Heimat viel Geld in Häusern, Geschäften

und kleineren Unternehmungen investiert haben. Aber zu den Sparern kann man eigentlich nur die jüngeren Leute rechnen und höchstens auch solche, die, wenn sie verheiratet sind, keine oder wenige Kinder haben. Die Fruchtbarkeit der Polen ist bekanntlich sprichwörtlich. Die industrielle Beschäftigung hat auf diese Fruchtbarkeit keinen nachteiligen Einfluß ausgeübt, wohl deshalb, weil sich die Polen fast ausnahmslos dem Bergbau gewidmet haben und es bekanntlich eine ganz eigentümliche Erscheinung ist, daß die bergmännische Bevölkerung überhaupt eine der größten Geburtenziffern aufweist.[1]) Sehr kinderreiche Familien bilden hier die Regel. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die Lage vieler Polen im Westen mitunter gedrückter ist als im Osten, denn in Industriegegenden ist das Kind eine Last, wie es in landwirtschaftlichen als Segen angesehen wird. Die Unterhaltskosten sind bedeutend größer als im Osten. Die Wohnung allein verschlingt mitunter 25—30 % des Lohnes des Industriearbeiters.

Dann sind selbstverständlich die Lebensgewohnheiten anders geworden, der standard of life hat sich geändert. Der Bergarbeiter kann nicht von Brot und Kartoffeln leben, wie es der Pole im Osten gewöhnt ist.

So erklärt es sich, daß polnische Familien mit zahlreichen Kindern durchweg verschuldet sind. Eine allerdings mehr lokale Statistik, die Schreiber dieses im Jahre 1912 im Kreise Hamm aufgenommen hat,[2]) hat ergeben, daß bei den verheirateten Arbeitern die Einkünfte meist nicht genügen, und daß viele Arbeiter von den Geldern zehren, die sie früher erspart haben.

Hierin ist auch der Grund dafür zu suchen, weshalb gerade bei den Polen das Kostgängerwesen so sehr verbreitet ist. Das Halten von Kostgängern ist immer ein kleiner Nebenverdienst. Der Grund dafür, daß bei den Polen das Kostgängerwesen gang und gäbe ist, liegt außerdem darin, daß eben viele junge unverheiratete Leute in den Westen kommen und auf das Kostleben angewiesen sind. Das Zusammengehörigkeitsgefühl, das, wie wir bereits gesehen haben, bei den Polen so enorm ausgebildet ist, führt die jungen Arbeiter immer zu ihren Landsleuten.

Daß dieses sehr verbreitete Kostgängerwesen die Sittlichkeit und vor allem den Familienfrieden sehr gefährdet, ist klar. Unzählige Prozesse werfen nur allzuoft ein grelles Licht auf

---

[1]) vgl. darüber H. Pyszka, Bergarbeiterbevölkerung und Fruchtbarkeit (München 1911).

[2]) Veröffentlicht im „Głos Górnika“ 1912 Nr. 19.

diese Zustände. Leider fehlen uns über das riesig verbreitete Kostgängerwesen zuverlässige statistische Anhaltspunkte. Wohl gibt es einige lokale Statistiken. So hat 1902 der Leiter des Statistischen Amtes in Essen Dr. Wiedenfeld eingehende Erhebungen über das Schlafgängerwesen angestellt und in Heft 7 der „Beiträge zur Statistik der Stadt Essen“ veröffentlicht. Danach lebte ein Drittel der Einwohner in übermäßig besetzten Wohnungen. 2599 Haushaltungen des Bezirkes beherbergten 7851 Schlafgänger, d. h. es kamen 3 Schlafgänger auf einen Haushalt. 85 % der Kostgänger hatten keinen ganzen Raum zu ihrer alleinigen Benützung, sondern teilten ihre Behausung mit zwei oder mit noch mehr Einmietern. Damals schliefen in einem Raum zu viert 1042 Schlafgänger, zu fünft 360, zu sechst 198, zu siebent und noch mehr 185 Kostgänger. Diese Zahlen gelten für die Stadt Essen. In anderen Orten ist es absolut nicht besser. So zählte damals Oberhausen 975 Haushaltungen mit Kostgängern. Wie traurig die allgemeinen Wohnungsverhältnisse sein müssen, erhellt z. B. daraus, daß in Oberhausen im Jahre 1903 19,3 % der Kostwirte wegen Übertretung der Polizeiverordnungen bestraft wurden. Gerade bei den Polen ist aus den angegebenen Gründen das Schlafgängerwesen sehr verbreitet. Leider ließ sich trotz vieler Bemühungen, wenigstens lokale Statistiken anzufertigen, um ein einigermaßen klares Bild von den Verhältnissen zu erhalten, nichts ausrichten, meist deshalb, weil die Arbeiter jedem mit Mißtrauen begegnen, der sie über derartige Dinge ausfragt.

Trotz der angeführten ungünstigen Momente für das wirtschaftliche Fortkommen haben sich die westfälischen Polen in dieser Hinsicht sehr gehoben und es sogar verstanden, einen heute schon beträchtlichen kaufmännischen Mittelstand zu schaffen. Es gibt Orte im Westen — wir nennen hier nur Wanne, Gerthe, Herne und Bottrop —, wo ein sehr großer Prozentsatz der Geschäfte, Häuser usw. in polnischen Händen ist. Deswegen ist es nichts Besonderes, daß uns polnische Inschriften, Reklamen und Anpreisungen im Industriegebiet sehr oft in die Augen fallen.

Die Zahl der polnischen Geschäfte ist groß, es sind aber meistens Krämerläden; erst in der allerletzten Zeit entwickeln sich größere polnische Geschäfte, viele davon auf genossenschaftlicher Basis. Früher haben die westfälischen Polen auf diesem Gebiete eigentlich wenig geleistet, es fehlte an Initiative und intelligenten Führern, weniger an Kapital.

Bisher haben sich am besten die Möbelgroßhandlungen entwickelt und dürften wohl zusammengenommen Millionenumsätze haben. Es fehlen aber Großhandlungen in andern Branchen,

wie in der Schuhfabrikation, in der Kolonialbranche usw. Neuerdings werden hier große Unternehmungen geplant. Besonders die im Jahre 1913 stattgefundene polnische Gewerbeausstellung in Bochum hat hier viel Anregungen gegeben.

Im folgenden geben wir eine kurze Übersicht über die wichtigsten jetzt bestehenden eingetragenen polnischen Genossenschaften im Westen[1]):

1. Jedność (e. G. m. b. H.), Konsumverein, gegründet 1908. Mitgliederzahl 1912 429 mit 5948,13 Mk. Anteilen. Reservefonds 1720,16 Mk. Die Genossenschaft hat Filialen in Sevinghausen, Steele und Rotthausen. 1912 verkaufte man für 166064,61 Mark an Waren.

2. Fortuna (e. G. m. b. H.), Konsumverein in Langendreer, gegründet 1907. Mitgliederzahl 120. 1913 verkaufte man für 41000 Mk. an Waren.

3. Polonia (e. G. m. b. H.), Konsumverein in Marxloh.

4. Jan Kwiatkowski u. Cie. (G. m. b. H.), Bank- und Kreditgeschäft in Herne, gegründet 1909. Gründungskapital 100000 Mk., ganz eingezahlt. Reservefonds 20500 Mk. Die Umsätze betrugen

1909/10	1991903,56 Mk.,
1910/11	3678209,30 Mk.,
1911/12	4301324,92 Mk.

Die Dividende betrug in den einzelnen Jahren 13—15 %.

5. Jan Grabiec u. Cie. (G. m. b. H.), Möbel- und Aussteuergeschäft in Herne-Horsthausen, gegründet 1911. Grundkapital 22000 Mk.

6. J. Kawaler u. Cie. (G. m. b. H.), Verlagsdruckerei in Oberhausen, gegründet 1912. Grundkapital 20000 Mk.

7. Wiarus Polski (G. m. b. H.), Verlagsdruckerei, gegründet 1913. Grundkapital 100000 Mk.

8. Bazar (e. G. m. b. H.), Gelsenkirchen, gegründet 1905.

9. Strzecha (e. G. m. b. H.), Baugenossenschaft, gegründet 1912.

10. Wzajemna Pomoc (e. G. m. b. H.), Konsumverein in Herne-Baukau.

Von polnischer Seite wird selbstverständlich heftig propagiert, den Bedarf nur in polnischen Geschäften zu decken. Die Devise „Der Seine zu Seinem", die überall in Zeitungen, auf Versammlungen und Zusammenkünften immer und immer wiederholt und eingeschärft wird, bildet für den polnischen Mittelstand eine mächtige Stütze.

---

[1]) Diese Angaben beruhen zum Teil auf persönlichen Mitteilungen.

Was hier seitens der Polen erreicht worden ist, geht daraus hervor, daß es in großen Kolonien nicht selten vorkommt, daß der Pole aus rein gesellschaftlichen Rücksichten, wenn der Ausdruck hier statthaft ist, die deutschen und vor allem die jüdischen Geschäfte meidet, um in den polnischen seinen Bedarf zu decken. Diese Bewegung, die sich besonders gegen die Juden wendet, ist vom Osten ausgegangen. Bekanntlich war der ganze Handel in der Provinz Posen noch in den 70 er und 80 er Jahren jüdisch. Polnische Geschäfte gab es nicht. Die mächtige antisemitische Bewegung, die in den 90 er Jahren im Osten einsetzte, verdrängte die Juden aus ihren gefestigten Positionen. Der polnische Mittelstand hob sich immer mächtiger. Selbst der Kornhandel, der noch vor 20 Jahren fast ausschließlich in jüdischen Händen war, ist durch die großartige Entwicklung der polnischen Genossenschaften den Polen zugefallen. Diese Erscheinung ist recht bezeichnend für die preußischen Polen, ist doch z. B. noch heute im Königreich Polen sowie in Galizien der Handel fast ausschließlich jüdisch, obwohl auch dort nach dem Beispiel der preußischen Polen gerade in den letzten Jahren eine starke Boykottbewegung eingesetzt hat.

Bahnbrechend auf dem Gebiete der „Entjudung“ der Städte, wie die Polen sagen, ist das sehr verbreitete Blatt „Postęp“, d. h. Fortschritt, gewesen. Der Postęp, der in Posen erscheint, ist im Westen sehr verbreitet, und seinem Einflusse ist auch hier die kolossale Bewegung der Polen zur Selbständigkeit wohl in der Hauptsache zuzuschreiben.

Dieser Trieb zur wirtschaftlichen Emanzipation hat den leichtlebigen Charakter besonders der preußischen Polen gründlich umgestaltet. Der ewige politische Kampf, der nach Ansicht der Polen um Sein oder Nichtsein entscheidet, hat sie an praktische Alltagsarbeit gewöhnt. Doppelt ist dies im Westen der Fall.

Hier ist der Pole vor allem nüchtern und sparsam. Münz[1]) schreibt darüber: „Es ist geradezu erstaunlich, mit welch geringen Geldmitteln manche dieser Zuwanderer im Industriegebiet ihr Dasein fristen. Jeden Monat wandert der größte Teil ihres Lohnes auf die Sparkasse oder häufiger noch zur fernen Heimat, wovon man sich leicht überzeugen kann, wenn man nach dem Schichtwechsel an Lohn- und Abschlagstagen die Postämter besucht“.

Recht treffend schreibt Bernhard[2]): „Als die Völkerwande-

---

[1]) Münz l. c. S. 132.
[2]) Bernhard l. c. S. 401.

rung polnischer Häusler nach Rheinland und Westfalen begann, war die Geistlichkeit geneigt, die Abwandernden als verlorne Söhne zu betrachten, und sogar der weitblickende Erzbischof Stablewski hatte nur scharfe Worte für die Männer, die in die gottlosen Industriereviere zogen.

Jedoch bald zeigten sie sich als die besten Söhne, denn da die Organisation in Rheinland und Westfalen nur geringe Fortschritte machte und zeitweise unter argen Verwirrungen litt, lehnte sich die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft, die zum Teil aus Posen und Westpreußen stammt, an die heimatlichen Institute an. Die Genossenschaftsleiter pflegen diese Beziehungen mit besonderem Eifer. Es gibt unter ihnen auch solche, die in ihren Kassen Spezialbücher führen unter dem Namen ‚Depozyta westfalskie', d. h. westfälische Depositen, und es sind mir polnische Banken bekannt, bei denen ein Sechstel bis ein Fünftel der jährlichen Depositenzahlungen aus dieser Quelle stammt. Man kann damit rechnen, daß von 100 Männern, die aus Posen und Westfalen sind, etwa 20 regelmäßig jährliche Beträge von je 100—500 Mk. an die heimatliche ‚Bank Ludowy' senden, und ihre Guthaben betragen je etwa 100—5000 Mk."

Mächtigen Einfluß auf die Spartätigkeit hat vor allem der enge Konnex der polnischen Auswanderer zu ihren Geistlichen in der Heimat ausgeübt. Der Geistliche ist die Person, welcher der Pole unbedingtes Vertrauen schenkt. So ist gewöhnlich der frühere Pfarrer des polnischen Arbeiters ein Mittelsmann zwischen der Bank und dem Deponenten. Er besorgt alle seine Geschäfte, und der polnische Arbeiter ist glücklich, seinem früheren Seelsorger zu zeigen, was er in der Fremde erspart, um sich später in seiner Gemeinde als Häusler oder gar als kleiner Bauer niederzulassen.

Diese primitiven Verhältnisse hören mit der zunehmenden Bildung und der immer geringer werdenden Aussicht auf Rückkehr allmählich auf.

Auch hat sich in den letzten Jahren ein geordnetes polnisches Bankwesen in Rheinland und Westfalen gebildet, alles Institute, zu denen der Pole Zutrauen haben kann und auch hat. Die Führer der westfälischen Polen haben längst eingesehen, daß die Gründung polnischer Banken im Westen eine Notwendigkeit sei. Man machte bereits vor 10 Jahren Versuche, die aber alle fehlschlugen. Es sei hier nur an die „Bank Ludowy" in Bochum erinnert, die nach kurzem Bestehen einging und einige sparsame polnische Arbeiter um ihr Geld brachte.

Der Grund des vollkommenen Fehlschlagens dieser ersten Versuche ist wohl vor allem darin zu suchen, daß es den Polen

damals an geeigneten, intelligenten und kapitalkräftigen Bankleitern fehlte.

Die Gründung einer polnischen Bank für die rheinisch-westfälischen Polen wurde auch seit langem in Posen erwogen. Man war sich lange nicht schlüssig, weil man annahm, die Auswanderer würden dem Institut vielleicht nicht das nötige Vertrauen schenken.

Endlich hatte die Leitung der „Bank Przemysłowców", d. h. der polnischen Gewerbebank eine gute Idee und gründete am 1. 4. 1911 eine Filiale in Gelsenkirchen, an deren Spitze sie äußerst rührige und intelligente Leute stellte. Mit sehr gemischten Gefühlen wartete man auf die Erfolge. Es zeigte sich aber bald, daß alle Befürchtungen nicht nötig gewesen waren, denn schon nach 9 Monaten ihres Bestehens hatte die Bankfiliale nicht weniger als 819 993,89 Mk. Depositen. Das Jahr 1912 zeigt einen Zuwachs von 1 093 895,40 Mk. Depositen. Der neueste Jahresbericht[1]) der „Bank Przemysłowców" weist für die Depositenkasse in Gelsenkirchen einen Umsatz von 15 459 813,09 Mark auf, der Zuwachs an Depositen im Jahre 1913 betrug 2 153 099,19 Mk. Die Zahl der Deponenten, die fast ausschließlich Bergarbeiter sind, stieg von 2905 auf 5280. Durch diese unerwarteten Erfolge ermuntert, errichtete die Bank noch eine Depositenkasse in Oberhausen, die ebenfalls glänzende Erfolge verspricht. Die Depositenkasse in Oberhausen wurde am 1. 10. 1913 gegründet und hatte nach dreimonatlicher Tätigkeit bereits 108 385,17 Mk. Spargelder, die sich auf 220 Konten verteilten. Außer diesen beiden Filialen errichtete die Bank Zahlstellen in Hamborn und Dortmund.

Die Lorbeeren der Gewerbebank ließen die anderen großen Banken in Posen nicht schlafen. Im Jahre 1913 gründete die polnische Zentralbank „Bank Związku Spółek zarobkowych" (Vereinsbank der Erwerbsgenossenschaften) eine Filiale in Bochum, die alle einschlägigen Bankgeschäfte erledigt, also nicht bloß Depositenkasse ist wie die Filialen der Gewerbebank. Auch hier ist eine äußerst günstige Entwicklung zu verzeichnen.

Außerdem hat die rührige „Bank Parcelacyjny" im Westen fünf Filialen gegründet. Es ist hierbei ganz interessant, die verschiedene Taktik der polnischen Bankfilialen zu betrachten. Während die Gewerbe- und die Vereinsbank äußerst intelligente Leute zum Teil mit abgeschlossener Universitätsbildung beschäftigen, sucht die Bank Parcelacyjny dadurch das Interesse auf sich zu senken, daß sie sich ihre Beamten zum Teil aus Arbeiterkreisen

[1]) l. c. S. 4.

wählt. Außer den genannten Posener Bankfilialen sind die Filialen der Stargarder Handelsbank e. G. m. b. H. in Bochum und Dortmund zu nennen.

Wie groß der Sparsinn der westfälischen Polen ist, geht schon aus der großen Zahl der polnischen Banken hervor, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind und durchaus günstige Resultate erzielt haben.

Dabei darf man nicht übersehen, daß außerdem viele Millionen in die Volksbanken zum Osten strömen, ganz abgesehen davon, daß ganz beträchtliche Summen in unbeweglichen Kapitalien angelegt werden. Diese rege Spartätigkeit festigt die Position der Polen ganz ungemein, indem sie ihren Besitzstand erweitert und ihnen ein Aufsteigen in die mittleren und höheren Schichten ermöglicht. Welche Summen aus dem Westen zum Osten abwandern, dafür gewährt einigen Anhalt der Postanweisungsverkehr. Naturgemäß lassen sich auf diese Weise endgültige Schlüsse nicht ziehen, aber Anhaltspunkte gewinnt man immerhin. Als Beispiel lassen wir hier für den Postanweisungsverkehr einige Orte im Kreise Recklinghausen mit starkem Prozentsatz der Polen folgen.[1])

Es wurden im Jahre 1908 1912

	eingezahlt Mk.	ausbez. Mk.	eingez. Mk.	ausbez. Mk.
Recklinghausen	14 290 590	5 759 148	9 832 091	6 054 339
Bottrop	5 293 668	1 468 052	4 127 331	17 960 318
Buer	4 045 892	1 222 344	4 322 735	1 858 408
Horst	3 541 733	735 361	1 135 736	461 879

Die abgesandten Summen übersteigen also um ein Vielfaches die empfangenen, in Horst um das fünffache, in Recklinghausen um das Doppelte. Ebenso ist es in anderen Orten des Industriegebietes. Wir greifen einige Orte mit starker polnischer Bevölkerung aus dem Bezirk der Handelskammer Dortmund heraus. Es wurden z. B. Postanweisungen im Jahre 1912

	eingezahlt:	ausbezahlt:
Brambauer	950 766 Mk.	286 183 Mk.
Castrop	3 187 119 „	1 336 283 „
Habinghorst	805 776 „	36 725 „
Mengede	2 168 097 „	827 391 „

Wie enorm sich die Polen im Westen wirtschaftlich gehoben haben, hat auch unter anderem die polnische Gewerbe-

[1]) Aus den Jahresberichten der Handelskammer Münster.

ausstellung gezeigt, die im Jahre 1913 in Bochum stattgefunden hat. Sie hat einen Beweis gebracht, wie rührig die Polen ihre wirtschaftliche Hebung betreiben und wie glänzend sie ihnen gelungen ist.

Das eine steht fest: die Polen im Westen haben schon heute einen Mittelstand, der in schneller Entwicklung begriffen ist.

Zu den wirtschaftlichen Erfolgen trägt in erster Linie die straffe Organisation der Polen bei, die wir an anderer Stelle besprechen werden. Der wirtschaftliche Aufschwung ist um so bezeichnender, als er ohne Zutun des Heimatlandes vor sich gegangen ist. Er ist einzig und allein das Werk des polnischen Industriearbeiters.

Das ersparte Geld verwendet der polnische Arbeiter meistens dazu, sich in seiner Heimat ein Häuschen zu bauen oder zu kaufen. Es gibt manche Dörfer und Städtchen speziell in der Provinz Posen, wo ganze Dorf- bezw. Stadtviertel von den westfälischen Auswanderern errichtet worden sind. Ihre Häuser fallen schon äußerlich auf, da sie nach westfälischem Muster alle massiv gebaut sind und im Vergleich zu den alten polnischen Bauernhäusern, wo Lehmwände und Strohdach vielfach die Regel bilden, einen modernen Eindruck machen.

Die Ansiedlungsmöglichkeit in der Heimat wird aber, wie gesagt, für den westfälischen Polen immer geringer, enorm hohe Bodenpreise und Ausnahmegesetze erschweren die Niederlassung, und so wird der Pole im Westen immer seßhafter, wie ja auch die neuesten Statistiken deutlich zeigen.

Mit der zunehmenden Seßhaftigkeit der Polen im Westen wird vor allem ihre wirtschaftliche Expansionskraft größer werden. Dadurch wird die Polenfrage im Westen immer mehr verschärft werden. Was die Lebensweise der polnischen Zuzügler anbelangt — denn auch das muß bei der Schilderung ihrer wirtschaftlichen Lage erwähnt werden —, so ist sie im allgemeinen den bestehenden deutschen Verhältnissen angepaßt. Der Pole ist genügsam und lebt daher sehr einfach. Im allgemeinen ist er nicht vernachlässigt und kleidet sich durchweg gut, was im Gegensatz zu den italienischen und insbesondere zu den holländischen Arbeitern auffällt.

Die polnischen Frauen haben in ihrer Mehrzahl die polnische Nationalkleidung beibehalten, sodaß man im Westen dasselbe bunte Bild sieht wie in einem Posener Dorfe oder Städtchen. Im Westen haben sich die polnischen Arbeiter an eine mehr hygienische Lebensweise gewöhnt, vor allem deshalb, weil die Wohnungsverhältnisse im allgemeinen zufriedenstellend sind. Ein westfälischer Arbeiter hat gewöhnlich eine Wohnung von

2—4 Zimmern. In den Zechenkolonien, die zum großen Teil mustergültig sind, findet man vierzimmerige Einfamilienhäuser. Der Pole wohnt im allgemeinen sehr gern in den Zechenhäusern, weil sie gut und billig sind, trotzdem ihm die dadurch entstehende Abhängigkeit nicht behagt. Bei Streiks und dergleichen wird dem Arbeiter, wenn er nicht Streikbrecher werden will, gekündigt oder es tritt vielmehr eo ipso durch die Arbeitseinstellung die Kündigung in Kraft. Bei den Zechenwohnungen ist immer ein Stück Land sowie Viehställe.

Das alles würde der Pole nur ungern missen, denn Ackerbau und Viehzucht, wenn auch en miniature, scheinen ihm unentbehrlich. Das bildet selbstverständlich ein kleines Nebeneinkommen, was besonders für den verheirateten Arbeiter hochwillkommen ist. Aber die Abhängigkeit erfüllt manchen Arbeiter, wie gesagt, gegen die Zechenhäuser mit einer gewissen Scheu. Daher auch die große Umzugshäufigkeit, die auf einigen Zechen geradezu erschreckend ist. Besonders die jüngern Leute wohnen gern abseits der Kolonien, die älteren sind förmlich dazu gezwungen, weil man sie in den Zechenwohnungen wegen einer großen Kinderzahl wenigstens nicht schikaniert.

Was im übrigen die Wohnungsverhältnisse angeht, so könnte man ein trübes Bild von ihnen entwerfen. Dr. Fischer-Eckert schreibt[1]): „Diese gleichmäßigen Häuser sind ihren Insassen kein Heim, in dem sie ihren Beruf vergessen sollen, sie sind ihnen ein Unterschlupf zum Schlafen und zum Essen, sie gehören dorthin, solange sie zu dem Kolonieherrn in Arbeit gehen. Geben sie dort ihre Arbeit auf, dann müssen sie auch zur selben Zeit die Wohnung räumen, und da der Arbeiterwechsel ein sehr großer ist, findet auch ein ständiger Wechsel der Belegschaft statt". Für den Fall der Krankheit und des Todes ist der Zuzügler in mannigfacher Weise versichert. Da ist vor allem die Knappschaftsversicherung zu nennen. Die Versicherungsbeiträge sind ziemlich erheblich. Die Beiträge für die Knappschaft, soweit sie von den Arbeitern selbst getragen werden, stellten sich 1913 auf durchschnittlich 0,26 Mk. für den Mann und die Schicht, gleich 4,39 % des Durchschnittsnettoverdienstes.

In kritischen Momenten helfen dem Polen besonders auch die Hunderte von kirchlichen Vereinen, die im Westen bestehen, und die ausnahmslos Versicherungseinrichtungen für Krankheit und Tod haben. Gewöhnlich zahlen solche Vereine für je einen Krankheitstag 50 Pfg., im Todesfalle 50 Mk.

---

[1]) Dr. Fischer-Eckert l. c. S. 29.

Die Lebensversicherung hat bei den Zuwanderern keinen Anklang gefunden. Zwar hat die polnische Versicherungsbank „Westa“ aus Posen auch in Westfalen Vorstöße unternommen, doch scheinen die Erfolge bis jetzt ziemlich gering zu sein. Als ein Übelstand in mancher Hinsicht ist es zu bezeichnen, daß ein großer Teil der verheirateten polnischen Arbeiter die Frauen daheim läßt und selbst in den Westen zieht. Die Frau bestellt in der Heimat das kleine Anwesen, und der Mann arbeitet im Westen, um eben die weichenden Geschwister zu entschädigen, falls er etwas geerbt hat, oder auch um die gewöhnlich unter harten Bedingungen erlangten Bankdarlehen zu tilgen.

Ein solcher polnischer Arbeiter fährt einmal im Jahre, gewöhnlich zur Erntezeit, nachhause, um dann wieder für ein ganzes Jahr in den Westen zurückzukehren. Diese Verhältnisse sind natürlich als ungesund zu bezeichnen, obwohl man zugeben muß, daß hier ein Ausweg schlecht zu finden ist. Allerdings scheint allmählich auch hier eine Änderung vor sich zu gehen, und zwar aus dem Grunde der immer geringer werdenden Ansiedlungsmöglichkeit im Osten.

V. Das Vereinswesen der Polen.

Die Organisation der Polen in Vereinen jeglicher Art ist sehr entwickelt. Es liegt im polnischen Charakter, sich zusammenzuschließen. Bekanntlich wohnen die Polen in ihrer Heimat dicht geschlossen. Einzelne Gehöfte, wie wir sie z. B. bei den Deutschen vorfinden — man denke nur an Westfalen — gibt es in Polen nicht. Der Pole brächte es nicht fertig, vereinsamt und verlassen zu leben. So sind denn auch die polnischen Dörfer förmliche Familienverbände. Alle kennen sich und sind fast immer in irgendeiner Art verwandt; der Pole legt Gewicht darauf, seine weitverzweigten Familienverhältnisse bis zum 4. Grad und darüber hinaus genau zu kennen. Der Taufpate gilt ihm schon als intimer Verwandter, und bezeichnend ist dies, daß nicht nur das Taufkind sondern auch dessen Eltern auf den Dörfern zu den Paten als Ausdruck besonderer Verehrung und Hochschätzung immer die Anrede „Ihr“ gebrauchen. Von welch eminenter Bedeutung diese Verhältnisse für die Polen geworden sind, das zeigt ihr geradezu musterhaft organisiertes Vereinswesen im Westen. Der Pole hält es für eine Ehrenpflicht, in der Fremde einem Verein anzugehören. So sind die Vereine im Westen sehr zahlreich. Unter ihnen nehmen die erste Stelle die sogen. kirch-

lichen Vereine ein, d. h. solche, die neben der Pflege der Muttersprache religiöse Ziele verfolgen. Bevor wir auf ihre Bedeutung eingehen, wollen wir einen Blick auf ihre Verbreitung werfen.

Der erste polnische kirchliche Verein wurde im Jahre 1877 in Dortmund gegründet. In dasselbe Jahr fällt die Gründung der „Czytelnia Ludowa“ zu Bochum. 1878 kam ein Verein in Essen dazu. Weitere Gründungen erfolgten langsam.

So wurde 1883 der St. Barbara-Verein in Gelsenkirchen, 1884 der St. Josefs-Verein in Wattenscheid, 1884 der St. Barbara-Verein in Bottrop, 1885 der St. Stanislaus-Verein in Herne, der St. Barbara-Verein in Bochum, der St. Adalbert-Verein in Röhlinghausen, der St. Peter-Verein in Horst, 1886 der St. Paul-Verein in Eickel, 1887 der St. Kasimir-Verein in Lüttgendortmund, der St. Johannes-Verein in Ückendorf, der St. Michael-Verein in Bruch (heute Recklinghausen-Süd) gegründet. Wir führen die Vereine einzeln auf, weil sie ein ziemlich genaues Bild von der ursprünglichen Ansiedelung der Polen im Westen wiedergeben. Die bestehenden Vereine hat man im Jahre 1886 zu einem Kartell vereinigt, das aber bald einging.

Seit der Gründung der polnischen Zeitung „Wiarus Polski“ in Bochum im Jahre 1890 durch den damaligen Seelsorger der Polen Dr. Lis wurden die polnischen Vereine immer zahlreicher. Die Zeitung, die bald Verbreitung fand und großen Einfluß ausübte, ließ sich gerade die Pflege der Vereine besonders angelegen sein. Die Vereine entwickelten sich glänzend, zumal die deutsche Geistlichkeit sie auf alle mögliche Weise begünstigte. In jedem Vereine stand als Präses an der Spitze ein Geistlicher, wenigstens noch in den Jahren um 1900.

Als die Polen aber nach 1900 einen politischen Emanzipationskampf begannen, indem sie zum Reichstag ihren Zählkandidaten aufstellten, da begannen auch die Differenzen mit der Geistlichkeit. Auf beiden Seiten setzte ein heftiger Kampf ein, der in beiden Lagern sehr ausartete.

Nach einigen Jahren gab man sich zufrieden, und es scheint, daß die gespannten Verhältnisse bedeutend nachgelassen haben, besonders als der Seelsorge für die Polen mehr Rechnung getragen wurde. Bekanntlich ist heute die polnische Sprache im klerikalen Seminar zu Paderborn Pflichtfach, und so wird die Zahl der polnisch sprechenden Geistlichen immer größer. Damit ist ein Mittel gefunden worden, den ewigen Klagen der Polen über die mangelnde Seelsorge die Spitze abzubrechen.

Die Zahl der polnischen kirchlichen Vereine schwankt zwischen 200 und 250, also recht beträchtliche Größen. 1904 wurde auf Initiative des „Wiarus Polski“ ein Zentralkartell der

polnischen Vereine gegründet unter dem Namen „Verband gegenseitiger Hilfe polnisch-katholischer Vereine in Rheinland-Westfalen und in benachbarten Provinzen". Der Verband unterstützt die Vereine mit Rat und Tat, sorgt für Referenten, gibt Vorträge heraus usw. Außerdem schlichtet er alle Streitigkeiten, die zwischen den einzelnen Vereinen und ihren Mitgliedern entstehen. Nach Angabe der Verbandsleitung [1]) zahlt jeder Verein 5 Mk. Eintrittgeld und jährlich 10 Pfg. für je ein Mitglied. Zur Generalversammlung der Delegierten entsendet jeder Verein auf 200 Mitglieder einen Bevollmächtigten. Dem Verbande gehören jetzt über 150 Vereine an, mit über 15 000 Mitgliedern. Der Verband ist augenblicklich in 15 Kreise geteilt. Politik ist aus dem Verbande gänzlich ausgeschlossen. Zu den kirchlichen Vereinen sind außerdem noch die Rosenkranzbruderschaften beizuzählen, die in jedem Orte, wo nur Polen wohnen, Hunderte von Mitgliedern haben. Jede Bruderschaft hat eine Unterstützungskasse und vor allem eine Sterbekasse. Die Wirkungen der Bruderschaften sind als äußerst segensreich zu betrachten.

Neben den kirchlichen Vereinen haben einen sehr bedeutenden Einfluß die Gesangvereine. Besonders unter der polnischen Jugend haben sie viele begeisterte Anhänger, ihre Ausbreitung ist daher eine recht bedeutende. Augenblicklich gibt es in Rheinland-Westfalen 107 Gesangvereine mit über 4000 Mitgliedern. Der erste Verein dieser Art wurde 1894 in Gelsenkirchen gegründet. Die anfängliche Ausbreitung stieß auf Schwierigkeiten, meistens aus Mangel an geeigneter Leitung. Die Dirigenten waren anfänglich sehr oft Lehrer und Organisten. Eine große Attraktion bildeten immer die Gesangsverbandsfeste, an denen sich alle Vereine beteiligten. Das gab der Polizei Anlaß, solche Wettstreite des öfteren zu verbieten. Die Gesangvereine gründeten deshalb einen Verband, der nach Angabe der Leitung den Zweck hatte, 1. die Schwierigkeiten bei den Gesangsfesten zu beseitigen, 2. den Vorsitzenden die weiteren Versammlungen zu ermöglichen, 3. die Vereine in jeder Hinsicht zu heben. Der 1906 gegründete Verband nahm 25 von den 31 damals bestehenden Vereinen auf. Schon die folgenden Jahre zählte der Verband 36, 1908 53, 1910 73, 1913 sogar 107 Vereine. Die Preissingen, die jährlich stattfinden, sind meist glänzend und werden von Tausenden Polen besucht. So haben an dem Wettsingen im Jahre 1912 in Recklinghausen 85 Vereine teilgenommen.

Turnvereine. Der „Alldeutsche Verband" hat im Jahre 1901 in München ein anonymes Werk unter dem Titel „Die Polen

[1]) Mitgeteilt vom Vorsitzenden Herrn Kunca-Bochum.

im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk" erscheinen lassen. Darin werden die polnischen Turnvereine oder „Sokols", wie man sie nach dem polnischen „Sokół" d. i. Falke genannt hat, folgendermaßen charakterisiert[1]): „In diesen Vereinen hat man die Verkörperung der großpolnischen Bestrebungen zu erblicken, das Höchste, was polnische Demonstranten dem preußischen Staate an Unverfrorenheit zu bieten wagen". Man würde auf diese Äußerung gar nicht einzugehen brauchen, weil es sich hier um eine Tendenzschrift handelt. Der Umstand aber, daß sich mehrere Autoren in wissenschaftlichen Werken kritiklos auf die genannte Publikation beziehen, zwingt zu einer Bemerkung.

Man schildert diese Turnvereine als das zukünftige polnische Militär, das die Polen für einen Aufstand vorbereiten, natürlich sind das unsinnige Behauptungen. Die Vereine bezwecken ebenso wie die deutschen Turnvereine die Pflege der Körperkultur.

Die Entwicklung der polnischen Turnvereine ist mit dem Zunehmen der übrigen Vereine Hand in Hand gegangen. Während 1901 nur 2 Turnvereine im Westen bestanden, ist deren Zahl im Jahre 1913 auf 125 gestiegen. Die einzelnen Vereine sind in Gaue geteilt. 1913 gab es in Rheinland und Westfalen deren 5, und zwar die Gaue VII, IX, X, XI und XII des „Allgemeinen Sokolverbandes Deutschlands". Die Zahl der tätigen Mitglieder, d. i. solcher, die an den turnerischen Übungen teilnahmen, betrug 1978, die Zahl der Mitglieder überhaupt 4776. Diese Zahlen sind recht bescheiden, wie überhaupt das Interesse für körperliche Übungen bei den Polen erst in den letzten Jahren sich zu heben anfängt. Von allen Vereinen haben die Sokols am meisten mit der Polizei zu kämpfen gehabt. So kam es, daß sie z. B. verschiedentlich das Preisturnen in dem benachbarten Holland abgehalten haben, weil die Polizei ihre Erlaubnis verweigerte. Mittlerweile sind die Behörden milder geworden und haben in den letzten Jahren solchen Veranstaltungen keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Abstinenzvereine. Auch die Mäßigkeitsbewegung hat unter den Polen im Westen großen Anklang gefunden. Voran ging die Geistlichkeit. Sie war es auch, die die Mäßigkeitsbewegung zu den Abwanderern brachte. Bis zum Jahre 1911 bestanden nur lose Abstinenzvereine. In diesem Jahre gründete man einen Verband der Abstinenzlervereine und schloß sich dem Posener Zentralverband an. Man hat eine sehr genaue Statistik aufgenommen über die Bildungsarbeit unter den Vereinsmitgliedern. Es hat sich herausgestellt, daß im Westen jeder polnische Ab-

[1]) „Die Polen im rhein.-westf. Industriebezirk" l. c. S. 65.

stinent eine eigene kleine Bibliothek hat, also für einen gewöhnlichen Arbeiter schon eine Leistung, ferner gibt er nach der genannten Statistik 10 Mk. jährlich für polnische Zeitungen und Zeitschriften aus. An Ersparnissen hatte man pro Kopf der Vereinsmitglieder 1375 Mk. festgestellt.

Gewerbliche Vereine. Außer diesen Vereinen gibt es an größeren Orten Vereine der polnischen Gewerbetreibenden. Die Vereine sind neueren Datums, entwickeln sich aber sehr gut. Auch diese Vereine sind den kaufmännischen Korporationen im Osten angegliedert, die bekanntlich vorzüglich organisiert sind und ein eigenes Fachorgan herausgeben. Abteilungen des kaufmännischen und gewerblichen Verbandes in Posen sind vertreten in Bochum, Bottrop, Bruckhausen, Dortmund, Duisburg, Laar, Düsseldorf, Essen (2 Vereine), Gelsenkirchen, Hamborn, Marxloh, Herne, Oberhausen, Rauxel, Castrop, Recklinghausen-Süd, Wanne und Wattenscheid.

Wir führen die Vereine deshalb auf, weil sie ein ziemlich genaues Bild über die Verteilung des polnischen Mittelstandes geben. Einzelne dieser Vereine, so z. B. der Verein in Wanne, haben über 150 Mitglieder. Wie sehr der polnische kaufmännische und gewerbliche Mittelstand gewachsen ist, zeigt die im Jahre 1913 veranstaltete Gewerbeausstellung zu Bochum. Außerhalb der besprochenen gewerblichen Vereine steht der große Verband der vereinten Schneidermeister.

Stipendienvereine. Nennenswert unter den Vereinen ist die St. Josephats-Kollekte zur Unterstützung strebsamer polnischer Studierender. Die Initiative zur Schaffung der Kollekte gab der schon erwähnte erste polnische Seelsorger der Polen im Westen Dr. Lis. Er leitete persönlich den Verein bis zum Jahre 1895. Damals unterstützte man 12 Stipendiaten. 1905 wurde eine Neuregelung vorgenommen, und 1907 wurde die lose Kollekte in einen Verein mit festen Satzungen verwandelt. Die Stipendiaten sind alle für den geistlichen Stand prädestiniert. Wenn der Pole die Gewißheit hat, daß man Geistliche für ihn heranbildet, ist er äußerst opferwillig. Für andere Studien hat er wenig Verständnis. Das wird aber jetzt schon besser. Unter den augenblicklich unterhaltenen Stipendiaten sind 4 Studenten, die übrigen sind Gymnasiasten. Den theologischen Studien widmen sich die Polen nicht gern, weil sie später sehr abhängig sind und in die entlegensten Orte der Provinz Sachsen, die zu der Diözese Paderborn gehört, versetzt werden. Das hat der Verein auch eingesehen und setzt den Studenten bei der Wahl des Studiums keine Schwierigkeiten mehr in den Weg.

Frauenvereine.[1]) Unerwartet schnell haben sich die polnischen Frauenvereine entwickelt. Lange schon haben die Polen die Bedeutung der Frauen für ihre Bewegung erkannt. Vor Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes von 1908 hat es sehr zahlreiche Frauenvereine gegeben, die vorzüglich arbeiteten. Das Vereinsgesetz legte die Tätigkeit der Frauenvereine lahm, sie wurden für politisch erklärt und waren allen möglichen Schikanen ausgesetzt. So gingen die meisten ein. Im Jahre 1913 nahm man eine Reorganisierung vor, die sich dank der umsichtigen Leitung glänzend gestaltete. Man schuf ein Sekretariat, an dessen Spitze man eine gebildete, besoldete Sekretärin stellte, die sämtliche Angelegenheiten der Vereine mit den Behörden und die Verwaltung zu erledigen hat.

Dank dieser vorzüglichen Einrichtung waren die Erfolge äußerst günstig. Im Jahre 1914 gab es im Westen 110 Frauenvereine mit einer Mitgliederzahl von 8000. Diese Vereine haben mit den kirchlichen Bruderschaften, wo Tausende von Polinnen vereinigt sind, nichts zu tun. Alleiniger Zweck der Frauenvereine ist Bildungsarbeit, politische und religiöse Fragen dürfen nicht behandelt werden. Am 22. 5. 1914 ist von der Sekretärin ein Verband der Frauenvereine gegründet worden. Die jeweilige Sekretärin ernennt die „Rada Narodowa“ (Nationalrat) in Posen. Von den 110 Vereinen sind vor allem zu nennen die in Wanne, Oberhausen, Hamborn, Eickel, Recklinghausen-Süd, Bottrop, Osterfeld, Buer, Herne und Baukau.

Wahlvereine. An politischen Vereinen sind zu nennen die Wahlvereine, die fast in jedem Orte bestehen und wegen der geringen Beiträge — gewöhnlich 10 Pf. pro Monat — Tausende von Mitgliedern aufzuweisen haben. Sie sind als Antwort auf das Vereinsgesetz entstanden. Da das genannte Gesetz den Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen verbietet, hat man den ominösen § 8 so zu umgehen versucht, daß man anfänglich sogenannte stumme Versammlungen einberief, auf denen man sich mittels geschriebener Tafeln und Plakate verständigte. Da diese Art der Verständigung auf die Dauer natürlich unmöglich war, gründete man an allen Orten die Wahlvereine. Der geringe Beitrag ermöglicht jedem den Beitritt. So gelten diese Vereine juristisch als geschlossene Versammlungen, zu denen die Polizei keinen Zutritt hat. Auf diese Weise haben die Polen die scharfen Bestimmungen des Vereinsgesetzes umgangen.

Als Vereine zur Wahrung der polnischen Kulturinteressen

[1]) Die folgenden Angaben verdanke ich der Güte der jetzigen Sekretärin der polnischen Frauenvereine Fräulein v. Ruszczyńska.

sind die Zweigvereine der Posener „Straż“ (Warte) aufzufassen. Ihre Zahl beträgt im Westen 18.[1])

Die Mitglieder bekommen die von der „Straż“ monatlich herausgegebene Vereinsschrift. Die „Straż“ sieht ihre vornehmste Aufgabe nicht „im politischen oder ökonomischen Kampfe, sondern in der Abwehr der fremden Kultur“.[2])

Aus unseren Bemerkungen geht hervor, wie vorzüglich die Polen in ihren Vereinen organisiert sind. Der Pole gehört nicht nur äußerlich einem Vereine an, er betätigt sich auch gewöhnlich in ihm mit Leib und Seele. Die äußern Abzeichen der Zugehörigkeit, die bunte Mütze und das Vereinsabzeichen trägt er mit Stolz. Die Fahne eines Vereines wird in Ehren gehalten und muß kirchlich eingesegnet sein. Deshalb besteht der Pole auch darauf, daß sie bei feierlichen Angelegenheiten in der Kirche aufgehängt wird. Die Fahnen tragen auf der einen Seite das Bild des Heiligen, unter dessen Schutze der Verein steht, auf der andern gewöhnlich das Bild der Muttergottes von Czenstochau, die der Pole über alles hoch verehrt.

Der Pole scheut keinen Aufwand für seine Vereine. Ein Beispiel dafür bietet z. B. die Anschaffung der zum Teil sehr kostbaren Fahnen. Eine solche Fahne, die jeder, selbst der kleinste Verein haben muß, kostet durchschnittlich 500—600 Mk., und wenn man die hierfür ausgegebenen Summen berechnen könnte, so würden sie in die Hunderttausende gehen.

Dazu müßte man hinzurechnen, was die Polen für Fahnen usw. für ihre früheren heimatlichen Parochien ausgeben. Es ist bezeichnend für den engen Kontakt, den die Zuwanderer mit ihrer Heimat behalten, daß sie eine Ehre darin sehen, ihrer früheren Pfarrkirche eine Monstranz, einen kostbaren Kelch oder eine Fahne zu stiften. Solche Fahnen sind mit entsprechenden Inschriften versehen und erinnern die Landleute daheim, daß die „Westfalen“ ihrem Glauben und Boden immer treu sind.

Das alles bildet eine ziemliche Belastung der Wirtschaft der polnischen Zuwanderer. Die Vereine kosten den Polen auch insofern viel Geld, weil sie sehr oft feierliche Umzüge, Feste u. dgl. veranstalten; der äußere Pomp gefällt dem slavischen Charakter.

Selbstverständlich werden diese materiellen Opfer reichlich durch die moralischen Vorteile aufgehoben. Der Verein hebt den Zuwanderer geistig, er gibt ihm manche Anregung, die gerade dem Industriearbeiter, den das ewige Einerlei der Beschäftigung leicht abstumpfen würde, sehr not tut.

---

[1]) Nach Angaben des Herrn Dr. v. Niegolewski.
[2]) „Przewodnik po Westfalii“ S. 34.

Die Vereine verfügen über zum Teil sehr reichhaltige und gute Bibliotheken, auch abonnieren sie Zeitungen und illustrierte Blätter, veranstalten Vorträge und Diskussionen und führen 3—4 mal im Jahre Theaterstücke auf. Solche Feste versammeln Hunderte, ja Tausende. Die Vereine sorgen für den Glanz der Veranstaltungen auch dadurch, daß sie die Vereine der Umgegend einladen. So werden immer neue Bande geknüpft, äußerst wichtig für das geistige Leben der Zuwanderer. Die Vereine sorgen in jeder Hinsicht für die Fortbildung ihrer Mitglieder. Nichts Seltenes ist, daß sie Kurse für polnische Orthographie u. dgl. veranstalten. Auch verteilen sie zu Weihnachten und Ostern vollkommen umsonst Elementarbücher der polnischen Sprache für die Kinder ihrer Mitglieder.

In den Versammlungen wird auf die Reinheit der polnischen Sprache gesehen. Schulze[1]) macht in seiner Arbeit in bezug hierauf die Bemerkung: „Manche dieser Vereine gehen, wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wurde, sogar so weit, jedes deutsche Wort innerhalb der Vereine mit einer Geldstrafe zu belegen". Das ist wahr, aber erklärlich. Wer die Verhältnisse im Westen aus eigener Anschauung genau kennt, dem wird nicht entgangen sein, daß das Polnisch, welches die Zuwanderer sprechen, mit deutschen Redewendungen und Wörtern stark vermengt ist, denn die Zuwanderer sind ungebildete Leute, die z. B. besonders Fachausdrücke des Bergbaues nicht übersetzen können. Wenn sich die Vereine dagegen wenden, so hat das insofern seine Berechtigung, als ein buntes Vermengen zweier Sprachen tatsächlich sehr häßlich ist. Dagegen fällt es den Polen gar nicht ein, die deutsche Sprache als solche zu bekämpfen, im Gegenteil, sie sind bemüht, das Deutsche korrekt zu lernen, weil sie wissen, daß ihnen dadurch große wirtschaftliche Vorteile erwachsen.

Alles in allem: Die Vereine sind die Hauptstützpunkte der Zuwanderung. Nichts hat die Verhältnisse der Polen im Westen so beeinflußt als gerade sie. Ihre Bedeutung kann man deshalb nicht hoch genug einschätzen.

Die riesige Verbreitung der polnischen Blätter im Westen ist vor allem der Tätigkeit der Vereine zuzuschreiben. Bekanntlich erscheinen augenblicklich im Westen 3 polnische Blätter, der „Wiarus Polski", der „Narodowiec" und das illustrierte Wochenblatt „Pochodnia". Die Auflage dieser Zeitungen ist ziemlich beträchtlich und ihre Umsätze müssen recht bedeutend sein, wenigstens aus dem Annoncenteil zu schließen, der nicht selten über 10 Seiten stark ist. Die größte Verbreitung hat

[1]) Schulze l. c. S. 65.

jedoch zweifellos im Westen die in Graudenz in einer Auflage von über 120 000 erscheinende „Gazeta Grudziądzka“.

Das Blatt hat im Westen eigene Agenturen und Vertrauensmänner. Als Fachblatt für die Bergleute ist zu nennen der „Głos Górnika“, der in einer Auflage von 60 000 erscheint. Sehr verbreitet sind die in Posen erscheinenden Blätter, vor allem der „Postęp“ (Fortschritt), „Praca“ (Arbeit) usw. Ja selbst Blätter, die ausschließlich für die Intelligenz bestimmt sind, wie den „Kurjer Poznański“ und den „Dziennik Poznański“, kann man nicht selten in Arbeiterfamilien des Westens finden. Auch die Verbreitung guter billiger Bücher ist ganz bedeutend.

Dies alles hat das geistige Niveau des polnischen Arbeiters gehoben. Wie dieses Niveau von Jahr zu Jahr gestiegen ist, davon kann man sich überzeugen, wenn man die Zuwanderer von vor 10—15 Jahren mit den heutigen vergleicht.

Der polnische Arbeiter im Westen ist viel intelligenter geworden als sein Landsmann im Osten. So erklärt es sich, daß die Geistlichkeit, die der Abwanderung anfänglich skeptisch, ja feindlich gegenüberstand, anderer Ansicht geworden ist. Sie weiß: der Abwanderer ist nicht verloren, und sein geistiges und leibliches Wohlergehen im Westen kommt der Heimat zugute. Ja man kann sogar weitergehen und sagen, die glänzende Organisation der polnischen Zuwanderer hat die Entwicklung im Osten mächtig beeinflußt. Das läßt sich natürlich in Zahlen nicht ausdrücken, gewiß ist, daß sich die Bildungsarbeit und Organisation im Osten direkt an die Erfahrungen im Westen angelehnt hat, wenigstens in mancher Richtung.

Das Vereinswesen hat vor allem auf das ganze öffentliche Leben der Polen mächtig eingewirkt. Die Beibehaltung nationaler Eigenart, wie überhaupt das Zusammenhalten der Abwanderer in allen Fragen des öffentlichen Lebens, ist dadurch zu erklären. Nicht in letzter Linie haben es die Polen dem Vereinswesen zu verdanken, daß sie sich von der Sozialdemokratie ferngehalten haben. Piper schrieb 1902 über das Verhältnis der Polen zur Sozialdemokratie: „Gegen die Werbungen der Sozialdemokratie zeigten sich die polnischen Bergarbeiter ziemlich spröde, was wohl in religiösen Motiven, dem zähen Festhalten an ihrem Glauben seinen Grund hat“. Dieses Urteil ist ganz zutreffend. Aber die religiösen Motive allein können nicht der Grund sein, denn es ist bekannt, wie sehr gerade die bei dem Industriearbeiter zurücktreten. Bei den Polen ist außerdem der Grund in der straffen Organisation zu suchen.

Jahrelange Erfahrung hat die polnischen Vereine gelehrt, daß Einigkeit stark macht. Deshalb haben sich die einzelnen

Vereine zusammengeschlossen, sowohl die kirchlichen wie die weltlichen. Es ist ein äußerst interessanter Konzentrationsprozeß: Die Vereine schließen sich nicht nur zusammen auf dem Gebiet ihrer Tätigkeit, sondern gliedern sich größern Verbänden in ihrer Heimat an, wie z. B. die Gesangvereine, Turnvereine und kaufmännischen Vereine. Dadurch wird nicht nur eine größere Stärkung erreicht, sondern vor allem auch die engere Verbindung mit der Heimat bewahrt.

VI. Die gewerkschaftliche Organisation der Polen.

a) Die polnische Berufsvereinigung.

Die Gewerkschaftsbewegung hat bekanntlich im Westen Deutschlands mit voller Kraft erst nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, also in den neunziger Jahren eingesetzt. Im Jahre 1889 wurde der Bergarbeiterverband gegründet, im Jahre 1894 folgte dann der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter. Besonders nach dem Bergarbeiterstreik im Jahre 1889 wurde die Agitation für die Verbände rege.

Die Gesamtzahl der rheinisch-westfälischen Industriearbeiter im allgemeinen und der Bergarbeiter im besondern war schon damals mit polnischen Elementen stark durchsetzt, die Polen bildeten schon damals einen bedeutenden Prozentsatz der Belegschaft.

Es ist also sehr begreiflich, daß sie von den bestehenden Organisationen umworben wurden, zumal die Polen dem Organisationsgedanken sehr zugänglich sind. So hatte der „Alte Verband“ von jeher zahlreiche polnische Mitglieder, und vielleicht noch mehr später der Gewerkverein.

Die am 11. 5. 1890 zu Bochum stattgefundene Generalversammlung des Verbandes rheinisch-westfälischer Bergleute beschloß, „sobald wie möglich eine wöchentliche Herausgabe des Organs in polnischer Sprache zu bewerkstelligen“. Doch wurde damit noch einige Zeit gezögert.

Die Generalversammlung des Verbandes faßte im Jahre 1894 folgende Resolution: „Beträgt die Zahl der polnisch sprechenden Mitglieder 4000, dann wird das Organ in polnischer Sprache gedruckt. Sinkt die Zahl dieser Mitglieder, so erscheint das Organ in polnischer Sprache noch weiter; wird die Zahl 4000 wieder erreicht, so bleibt es bestehen, im andern Falle tritt der bisherige Modus wieder ein“. Erst 1898 wurde ein polnisches Blatt, der „Górnik“, herausgegeben, der aber nach 2 Jahren einging.

Vom Jahre 1902 ab war eine des 8 Seiten umfassenden wöchentlich erscheinenden Verbandsorgans polnisch; auf Drängen

der polnischen Mitglieder wird seit 1904 ein eigenes polnisches Organ herausgegeben.

Nicht minder bemühte sich, wie gesagt, der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter um die Gunst der Polen. Schon im Jahre 1897 ließ er die Statuten auch in polnischer Sprache drucken. Die Herausgabe eines polnischen Organs wurde jedoch hinausgeschoben. Es ist äußerst interessant, daß noch im Jahre 1898 der Gewerkverein seinen Mitgliedern das Abonnieren und Lesen des „Wiarus Polski" angelegentlich ans Herz legte, „weil diese Zeitung auf dem Boden des Gewerkvereins stehe".[1]) Das ist ein eigentümliches Dokument, wenn man bedenkt, daß schon ein paar Monate später der Gewerkverein in dem „Wiarus Polski" seinen Todfeind erblickte.

Die im Jahre 1898 stattgefundenen Wahlen der Knappschaftsältesten gaben Anlaß zu den ersten Reibereien zwischen den deutschen und den polnischen Mitgliedern des Gewerkvereins, weil die Polen einige Mandate für sich in Anspruch nahmen. Der Bergknappe schrieb damals,[2]) daß man den „berechtigten und durchführbaren Wünschen" der Polen Rechnung tragen werde, aber eine „polnische Richtung", wie es einige möchten, könne nicht geduldet werden.

Zum vollen Bruch kam es im Jahre 1899 bei der Einführung der Bergpolizeiverordnung betr. die fremdsprachigen Arbeiter. Der Bergknappe hatte diese Verordnung als einen Fortschritt begrüßt; das erbitterte die Polen, die ja bekanntlich immer darauf pochten, daß die Arbeitsordnungen usw. auch in polnischer Sprache veröffentlicht werden sollten. Die Äußerung des Bergknappen, der das Vorgehen der Bergbehörden billigte, wurde also in den polnischen Kreisen und besonders in der polnischen Presse mit Entrüstung aufgenommen.

„Infolgedessen — so heißt es in der ‚Festschrift[3]) zum zehnjährigen Bestehen der polnischen Berufsvereinigung' — war das Bedürfnis nach einer polnischen Arbeiterorganisation zum Schutze der Interessen der polnischen Arbeiter immer mächtiger geworden. Denn die deutschen Verbände traten den Polen immer feindlich entgegen und suchten ihnen immer mehr zu schaden. Das Geld des polnischen Arbeiters war ihnen gut genug und wurde gern genommen, aber um seine Interessen kümmerte man sich nicht. Man suchte ihn mit Versprechungen fortzuschicken und womöglich ganz zu verdrängen."

Im weiteren heißt es in der Schrift,[4]) daß es brutal von

[1]) „Bergknappe" 1898 Nr. 4.
[2]) Ebenda Nr. 17.
[3]) Odczyt l. c. S. 6.
[4]) l. c. S. 7.

den deutschen Verbänden gewesen wäre, sich wie der Bergknappe über die Einführung der Sprachenverordnung zu freuen. Das Organ der christlichen Bergarbeiter hätte nämlich geschrieben, „infolge der Verordnung würde eine große Zahl der Polen zu Hauerarbeiten nicht zugelassen. Diese Stellen würden jetzt deutsche Arbeiter einnehmen, und weil diese dann keine Konkurrenz zu befürchten hätten, könnten sie eher an eine Lohnaufbesserung denken". Man entschloß sich also nach vielem Hin- und Herüberlegen zur Gründung einer polnischen Organisation.

Auf einer am 9.11.1902 stattgefundenen, von 200 Delegierten besuchten Versammlung[1]) wurde endlich die polnische Berufsvereinigung, zu polnisch „Zjednoczenie Zawodowe Polskie", in Bochum gegründet.

Die Hauptbestimmungen des im großen und ganzen recht unpraktischen Statuts von 1902 sind folgende[2]):

§ 3. Die Berufsvereinigung soll

a) bei den Arbeitgebern, Behörden und gesetzgebenden Körperschaften für ihre Mitglieder eintreten;

b) öffentliche Versammlungen veranstalten zur Besprechung der Bestimmungen und Rechte für die Arbeiter sowie auch zur Belehrung über Dinge des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung;

c) belehrende Flugblätter über die Arbeiterbewegung im allgemeinen und über die polnische Berufsvereinigung im besonderen herausgeben und verbreiten;

d) einen Sterbefonds für Sterbefälle gründen, Krankenunterstützung und Arbeitslosenunterstützung gewähren;

e) ein Rechtsschutzbureau und einen Arbeitsnachweis errichten. Politische sowie religiöse Bestrebungen und ganz besonders Betätigung im sozialdemokratischen Sinne sind unter allen Umständen verboten.

Nach § 6 des ursprünglichen Statuts[3]) war jedes Mitglied verpflichtet, beim Eintritt einmalig 25 Pf. zu entrichten und weiterhin am Anfang eines jeden Monats 10 Pf. für die allgemeinen Bedürfnisse der Mitglieder, ferner 20 Pf. für den Sterbefonds und 20 Pf. für Selbsthilfe im Falle längerer Krankheit oder völliger Arbeitsunfähigkeit. Es war jedoch erlaubt, auch höhere Beiträge zu zahlen. Der Sterbefonds sollte selbst beim Austritt des Mitgliedes sein Eigentum bleiben.

Über den Selbsthilfefonds besagte der § 8, „daß er Eigen-

[1]) Kulemann l. c. S. 351.
[2]) „Ustawy" (Bochum 1902).
[3]) s. auch Odczyt S. 8 ff.

tum des Mitgliedes sei, solange dieses der Berufsvereinigung angehöre, und werde auf Verlangen ausbezahlt:

a) wenn das Mitglied ohne sein Verschulden arbeitslos geworden sei;

b) wenn das Mitglied bei einer über 2 Wochen langen Krankheit kein Krankengeld bezieht;

c) wenn das Mitglied nach Ansicht des Vorstandes sich in einer außerordentlichen Notlage befindet;

d) wenn das Mitglied unbewegliche Kapitalien erwirbt oder in die Heimat zurückkehrt".

Nach § 9 des ursprünglichen Statuts sollte dem Mitgliede im Todesfalle die ganze von ihm einbezahlte Summe einschließlich des Selbsthilfefonds an seine Frau, seine Kinder oder auch an seine Verwandten, welche für die Beerdigung Sorge tragen, ausbezahlt werden. Zu den Unterstützungsbestimmungen ist noch der § 11 zu rechnen, der besagt, daß der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats aus eigenem Fonds der Berufsvereinigung Unterstützungen bezahlen kann, ohne den Fonds in Anspruch zu nehmen, der Eigentum der Mitglieder sei. Dieser Fonds soll vielmehr „gut aufbewahrt oder in Sparkassen angelegt werden". Die Leitung der Berufsvereinigung oblag einem Vorstande, der sich aus dem Vorsitzenden und 2 Vertretern, dem Kassierer und Sekretär zusammensetzte. Über dem Vorstand steht der Aufsichtsrat, der die höchste Instanz in allen strittigen Angelegenheiten bildet. Aufgabe der Berufsvereinigung ist nach § 2 der Satzungen von 1902 die moralische und materielle Hebung seiner Mitglieder sowie Sicherung eines ausreichenden Verdienstes und Achtung in der Gesellschaft.

Um diese Zwecke zu erreichen, kann sich die Vereinigung nach § 3 Abs. 1 „aller Mittel bedienen, welche durch die christliche Lehre erlaubt und von derRechtsordnung nichtverboten sind".

Was an allen Bestimmungen auffällt, ist der unglaubliche Optimismus, der besonders das ganze Unterstützungswesen kennzeichnet. Es ist klar, daß die großen Unterstützungsversprechungen in praxi kaum in die Tat umgesetzt werden konnten, wenn man bedenkt, wie verschwindend klein die Beiträge waren. Da die Beiträge auch noch Eigentum des Mitgliedes selbst im Falle des Austrittes bleiben sollten, ist es einleuchtend, daß bei einer solchen Wirtschaft die Gewerkschaft nicht nur keine Beamte unterhalten, sondern nicht einmal die notwendigsten Verwaltungsausgaben hätte bestreiten können.

Schon bald zeigte sich daher die zwingende Notwendigkeit der Abänderung des Verbandsstatuts.

Auf der am 17. 1. 1904 abgehaltenen Generalversamm-

lung[1]) der „Berufsvereinigung“ zu Steele wurden vor allem die Unterstützungsbedingungen vom Grund auf geändert, so daß sie den Charakter eines Sparkassenvereins, der ihr bis dahin anhaftete, wenigstens äußerlich verlor. Die wichtigsten Änderungen in der Neuordnung der Satzung von 1904 sind in § 7 enthalten. Er lautete fortan:

Im Falle des Todes eines Mitgliedes oder dessen Frau kann die Berufsvereinigung der Frau bezw. dem Ehemanne, den Kindern, Eltern oder andern Verwandten, die für das Begräbnis des Verstorbenen sorgen, eine bestimmte Summe für die Begräbniskosten auszahlen.

Und weiter: Begräbnisunterstützung kann bezahlt werden, wenn der Tod nach einem halben Jahre der Mitgliedschaft erfolgt ist, in Höhe von 30 Mk., nach einem Jahr Mitgliedschaft in Höhe von 50 Mk.

Nach dem neuen Statut wird ein allgemeiner Sterbe- und Selbsthilfefonds gebildet, aber Rückzahlung usw. findet nicht mehr statt.

Noch einschneidender waren die Änderungen auf der außerordentlichen Generalversammlung, die im Jahre 1905 in Gelsenkirchen abgehalten worden ist. Man änderte vor allem die Höhe der Beiträge, und zwar sollten die rheinisch-westfälischen Mitglieder wöchentlich 15 bezw. 30 Pf., die übrigen 15 bezw. 25 Pf. zahlen.

Dafür sollten die Mitglieder Kranken-, Arbeitslosen-, Reise- und Streikunterstützung bekommen, deren Höhe sich nach den Wochenbeiträgen bemaß.

Von den wichtigeren Satzungsänderungen sind noch die auf der Generalversammlung zu Bochum 1907 abgeänderten Bestimmungen über die Zahlstellen zu nennen.

Seit dem Jahre 1908, wo die Verschmelzung der drei in Deutschland bestehenden polnischen Verbände — darüber wird im nachfolgenden die Rede sein — statfand, bestehen besondere Satzungen für die Abteilungen der Berg- und Hüttenarbeiter sowie der Bauarbeiter.

Die neuen Statuten der vereinigten drei Verbände, die unter dem gemeinsamen Namen „Polnische Berufsvereinigung“ weiterbestanden, wurden am 5. 5. 1909 angenommen.

Die Hauptbestimmungen sind folgende[2]):

§ 1. Alle in Deutschland bestehenden polnischen Verbände bilden ein Ganzes mit einer gemeinsamen Kasse und einem gemeinsamen Zentralvorstand. Zweck und Ziele bleiben dieselben,

[1]) „Ustawy“ (Bochum 1904).
[2]) „Ustawy“ (Bochum 1909).

wie bei der ursprünglichen Bergarbeitervereinigung. Zu dem ZZP.[1]) kann jede Berufsabteilung gehören, wenn sie nicht gleichzeitig einem anderen Verbande angehört. Die Fachabteilungen unterstehen dem Zentralvorstand und dem Aufsichtsrat.

Jede Fachabteilung ist nach § 4 der neuen Satzung verpflichtet:

a) den Statuten und Weisungen der Generalversammlungen genau Folge zu leisten,

b) die Weisungen des Zentralvorstandes sowie des Aufsichtsrats zu befolgen,

c) dem Zentralvorstand sämtliche Anträge und Beschlüsse betr. Änderungen in der Fachabteilung mitzuteilen, sowie Materialien zur Anfertigung von Statistiken und sämtliche Protokolle der Fachabteilungs-Generalversammlung einzusenden,

d) dem Zentralvorstand nach Abzug der den Mitgliedern gehörenden Unterstützungen sowie sämtlicher Verwaltungskosten alle übrigen Gelder nebst genauer Anweisung einzusenden,

e) auf alle Generalversammlungen, Konferenzen und wichtigere Zusammenkünfte einen oder mehrere Vertreter des Zentralvorstandes einzuladen.

Nach § 5 Abs. 4 haben die Fachverbände folgende Rechte:

a) nötigenfalls vom Zentralvorstand Rat und Hilfe zu verlangen,

b) auf die Generalversammlung des ZZP. ihre Delegierten zu entsenden,

c) im Falle eines Streikes Unterstützungen zu verlangen, wenn die vorhandenen Mittel dazu reichen,

d) vom Zentralvorstand Stellung von Rednern zu verlangen, und

e) zur Hebung der Bildung unter den Mitgliedern Veranstaltung von Unterrichtskursen usw. zu fordern.

Die innere Organisation stellt sich folgendermaßen dar.

Zur Leitung des ZZP. sind befugt[2]):

a) die Generalversammlung;

b) ein von der Generalversammlung gewählter Aufsichtsrat. Zum Aufsichtsrat wählt jede, auch die kleinste Fachabteilung einen Vertreter, und auf 2000 Mitglieder ebenfalls einen. Davon entfällt ein Drittel auf Schlesien;

c) als ausführendes Organ setzt sich der Zentralvorstand aus drei Personen zusammen, dem Vorsitzenden, Schriftführer und Kassenverwalter;

---

[1]) ZZP. gleich Zjednoczenie Zawodowe Polskie, gleich polnische Berufsvereinigung. Die Abkürzung ist allgemein gebräuchlich.

[2]) „Ustawy“ 1909 S. 5 ff.

d) die Wahl des Vorstandes erfolgt durch die Delegierten auf der Generalversammlung mittels geheimer Wahl;

e) der Vorstand wird auf zwei Jahre gewählt. Eine wiederholte Wahl ist statthaft.

Was die Generalversammlung angeht, so findet sie wenigstens einmal in zwei Jahren statt. Sie ist vor allem zur Abänderung des Statuts befugt, sofern eine Zweidrittelmehrheit vorhanden ist (§ 8). Jede Fachabteilung hat nach § 9 der Satzung[1]) von 1909 das Recht, auf 500 Mitglieder einen Delegierten zu wählen. Diese Zahl ist auf der Generalversammlung 1911 auf 1000 erhöht worden. Der Delegierte muß zwei Jahre, seit 1911 fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Der Aufsichtsrat hat folgende Pflichten und Rechte:

1. die Tätigkeit des Zentralvorstandes zu überwachen und wenigstens vierteljährlich durch eine Kommission zu revidieren;
2. Beamte, die gegen das Statut handeln vom Amte zu suspendieren und etwaige Konflikte zwischen den einzelnen Fachverbänden beizulegen;
3. auf der Generalversammlung mitzustimmen.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte eine Kommission, die in weniger wichtigen Angelegenheiten selbständig entscheidet. Die eigentliche Leitung des Verbandes liegt in Händen des Zentralvorstandes, seine Befugnisse sind ziemlich weitgehend. Vor allem vertritt er rechtlich den Verband und beruft die Generalversammlung. Dann liegt in seinen Händen die Überwachung der einzelnen Fachverbände, sowie die Bildungsarbeit. Der Zentralvorstand kann in Verbindung mit dem Aufsichtsrat über die Erhöhung der außerordentlichen Beiträge beschließen. Seine Zustimmung zu einem Streik ist unerläßlich, auch gibt er die hierzu erforderlichen Gelder.

Der Zentralvorstand kann mit dem Aufsichtsrat eine sofortige Änderung des Statuts vornehmen, falls ein Landes- oder Reichsgesetz dieses erfordern oder ein Gerichtsurteil dazu zwingen sollte. Endlich kann er im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat Beamte, die ihren Pflichten nicht nachkommen, ohne weiteres entlassen.

b) Äußere Geschichte.

Des Zusammenhanges wegen haben wir nach einer kurzen Betrachtung der Entstehungsgründe sowie der anfänglichen Entwicklung der polnischen Berufsvereinigung ihren inneren Aufbau

[1]) „Ustawy“ (Bochum 1909).

bis in die neueste Zeit verfolgt. Wir wollen die geschichtliche Darstellung jetzt folgen lassen.

Seit dem Anfang ihres Bestehens hat die Vereinigung mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Die freien Gewerkschaften zählten bei der Begründung des polnischen Verbandes in den drei Regierungsbezirken Arnsberg, Münster, Düsseldorf etwa 80 000, die christlichen etwa 60 000 Mitglieder. Außerdem hatten die deutschen Gewerkschaften einen ganz anders geschulten Führer- und Beamtenstamm als die Polen. Doch zeigte die polnische Gewerkschaft sehr große Entwicklungsfähigkeit. Der Streik von 1905, an dem sie sich trotz ihrer geringfügigen Vermögensverhältnisse beteiligte, brachte ihr die Sympathien der polnischen Arbeiter ein. Das geradezu gespannte Verhältnis zu den deutschen Gewerkschaften gestaltete sich freundlicher, denn die Polen hatten im Streik viel Solidarität gezeigt. Bekanntlich haben in diesem Streik 85—87 % sämtlicher unter Tage beschäftigten Arbeiter gestreikt, und am 3. 2. wurde die Höchstzahl — 208 819 Streikender erreicht.[1])

Die Arbeiter verhandelten mit dem Bergbaulichen Vereine durch die Siebenerkommission, in welcher auch zwei Vertreter der polnischen Berufsvereinigung waren. Ein Beweis, daß die deutschen Gewerkschaften die Polen auch offiziell anerkannten. Nach dem Streik begann der polnische Verband sich auch auf die Nachbarprovinzen auszubreiten. Seine Tätigkeit erstreckte sich sogar auf Westpreußen und Posen. Besonders hier faßte er bald festen Fuß. Nun hat in Posen auch eine Gewerkschaft, der „Polski Związek Zawodowy“ seit 1902 bestanden. Bald kam es daher zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Verbänden, und der Posener Verband mußte den kürzeren ziehen, denn der westfälische Neuling zeigte sich recht lebensfähig. Außer dem Posener Verbande existierte im schlesischen Industriegebiet der Verein gegenseitiger Hilfe christlicher Arbeiter mit dem Sitz Beuthen. Der Verband war überhaupt einer der ältesten, die in Deutschland existierten, wir wollen deshalb in aller Kürze auf seine Geschichte eingehen. Die Gründung fällt in das Jahr 1889. Die Hauptschöpfer waren der damalige Redakteur des Katolik und spätere Reichstagsabgeordnete Adam Napieralski sowie der Pfarrer Lic. Stanislaus Radziejewski. Der Verband zeigte, wie Heinrich Imbusch[2]) mit Recht betont, in seinem Programm große Unklarheit. Später wurde das besser. Namentlich nach der Neureglung des Statuts im Jahre 1891.

---

[1]) Kulemann l. c. Abt. 1 Bd. 2 S. 356.
[2]) H. Imbusch l. c. S. 402 ff.

Besonders den Rechtsschutz ließ sich der Verein angelegen sein, und er scheint in dieser Beziehung bahnbrechend gewesen zu sein. Die Anfänge waren vielversprechend, denn schon im ersten Jahre organisierte man ungefähr 4000 Mitglieder mit einem Kapital von 10 000 Mk.[1])

Im Jahre 1894 fiel die Zahl der Mitglieder auf 2800, später wurde es wieder besser. Nach der Angabe des „Kalendarz górniczy“ betrug die Mitgliederzahl im Jahre 1906 12 000, das Vermögen 80 000 Mk. — Während des Niederganges der Konjunktur nach dem Jahre 1905 ging die Mitgliederzahl rapid herunter und man dachte an eine Vereinigung des Verbandes mit den christlichen Gewerkschaften. Dem stand die Tatsache entgegen, daß bekanntlich die Polen im Jahre 1902 mit dem Zentrum gebrochen hatten. Die Idee gewann also keine Anhänger. Desto günstiger wurden in Schlesien die Aussichten der polnischen Berufsvereinigung, und nach langen Verhandlungen kam man im Jahre 1909 zu einer Einigung. Die Schlesier wurden mit einem großen Enthusiasmus aufgenommen, was sich zum Teil durch die politischen Vorgänge in den Jahren 1902—1908 in Schlesien erklärte. Schon gegen Ende des Jahres 1904 tauchten in den 3 bestehenden polnischen Gewerkschaften Konzentrationsgedanken auf. Zuerst wollte man eine gemeinsame Verständigung erzielen, um die Interessensphären abzugrenzen. Der Vorschlag einer Einigung ging von dem Posener Verbande aus, aber dabei stellten sich bedeutende Schwierigkeiten heraus wegen der verschiedenartigen Struktur der 3 Verbände. Die Führer der mächtigsten der 3 Organisationen, des Bochumer ZZP., sahen die Nützlichkeit der Vereinigung zwar ein, doch schien ihnen bei ihrem schon damals ziemlich bedeutenden Vermögen eine Vereinigung wenig rentabel.[2]) Aber das allgemeine Sentiment, die politische Gesinnungsgleichheit usw. drängten zu einer gemeinsamen Verständigung und ließen alle lokalen und selbst finanziellen Nachteile vergessen.

So kam es im Jahre 1908 zu einer endgültigen Verschmelzung des Bochumer und Posener Verbandes. Wenige Monate hernach, am 28. 3. 1909, trat auch der schlesische Verband den beiden vereinigten Organisationen bei. Große Schwierigkeiten bei der Vereinigung bereitete vor allem die Frage, wo nun der Sitz des Verbandes sein sollte. Die Bemühungen der Posener, den Verbandsitz nach Posen zu verlegen, fanden den Beifall der polnischen Sozialpolitiker, stießen dagegen auf heftigen Widerstand

[1]) „Kalendarz górniczy“ S. 115.
[2]) „Pamiętnik“ S. 18.

der rheinisch-westfälischen Polen. Die Jubiläumsfestschrift zum 10jährigen Bestehen des ZZP. berichtet darüber folgendes[1]):

„Man schreckte den Arbeiter damit, daß wenn der Sitz des Verbandes in Posen wäre, Nichtarbeiter die Leitung an sich reißen würden. Diese Befürchtung war um so berechtigter, weil sich von Zeit zu Zeit Artikel in der polnischen Presse fanden, in denen verlangt wurde, an der Spitze des Verbandes sollten Männer mit akademischer Bildung stehen. Die Erfahrung jedoch lehrt, daß der Akademiker die Lage der arbeitenden Klassen nicht genau kennt, ebenso wie der Arbeiter von den Nöten der Akademiker wenig informiert ist. Auch die Haltung der polnischen Geistlichkeit im Osten, die bekanntlich einen mächtigen Einfluß hat, befriedigte die Polen nicht ganz. Ein nicht unbedeutender Teil des Klerus befürwortete nämlich ganz energisch die Vereinigung der polnischen Arbeiter mit den christlichen Gewerkschaften. Nach der erfolgten Fusion der 3 polnischen Verbände änderte sich jedoch die Stimmung der Geistlichkeit und heute ist sie bedingungslos Anhängerin des polnischen Verbandes, vor allem deshalb, weil sich die Befürchtungen, die Polen könnten durch die Separation von den christlichen Gewerkschaften ins sozialdemokratische Fahrwasser kommen, nicht im geringsten erfüllt haben.

Die Verschmelzung der polnischen Gewerkvereine war für die polnische Bewegung im Westen von der einschneidendsten Bedeutung. Man kann wohl sagen, daß nichts die Polen so sehr gestärkt hat als diese Tatsache. Ganz abgesehen von der großen moralischen Bedeutung, welche die Verschmelzung der Polen mit sich brachte, war sie für die ganze Gewerkschaftsbewegung ein Wendepunkt.

Die lokalen Grenzen der Gewerkschaftsarbeit, die sich bisher nur auf Rheinland und Westfalen erstreckten, verschwanden, die Streitigkeiten um Gebietsansprüche wurden beseitigt. Während in der ursprünglichen Berufsvereinigung eine Gliederung der Berufe nicht bestand, bildete man im Jahre 1909 zunächst drei Berufsabteilungen: für die Bergarbeiter, Hütten- und Fabrikarbeiter und für Handwerker, alle mit eigenem Statut, unter Oberaufsicht des Zentralvorstandes. Um ein einheitliches System in der Verwaltung und Agitation durchzuführen, fand ein Austausch der Beamten statt. Im Jahre 1911 wurden 2 neue Fachverbände angegliedert für die Kellner und die Bauarbeiter.

Der bei weitem wichtigste der Fachverbände ist die Abteilung der Bergarbeiter, die sich vor allem in Rheinland-West-

[1]) „Pamiętnik“ S. 18.

falen glänzend entwickelt hat, wie ja von hier die eigentliche Gewerkschaftsbewegung der Polen ausgegangen ist. Im Grunde genommen ist trotz der Vereinigung mit den 2 Verbänden aus dem Osten der Schwerpunkt der ganzen Bewegung im Westen geblieben, und wird es auch für unabsehbare Zeit bleiben. Schon der Umstand, daß der polnische Arbeiter im Westen seinem Landsmann im Osten intellektuell überlegen ist, bedingt diese Erscheinung.

Waren so alle Bedingungen für die Entwicklung der polnischen Gewerkschaft gegeben, so war das im Jahre 1908 durchgebrachte neue Vereinsgesetz ein harter Schlag für die Polen. In der Agitationspolitik mußte eine wesentliche Änderung eintreten. Der Sprachenparagraph verbietet bekanntlich das Abhalten öffentlicher Versammlungen in einer nichtdeutschen Sprache in den Kreisen mit weniger als 60 % nichtdeutscher Bevölkerung. Mit Recht hat man sich gegen den Sprachenparagraphen sowohl in den Kommissionen wie im Plenum des Reichstags gewehrt, weil man voraussah, daß gerade die Gewerkschaften auf alle mögliche Weise damit schikaniert werden würden. Schon bald nach Inkrafttreten des Gesetzes haben sich diese Befürchtungen als vollauf gerechtfertigt gezeigt, wie aus den ewigen Klagen im Reichstag [1]) zu schließen ist. Daß der Sprachenparagraph seine Wirkung nicht verfehlte, zeigt die rapide Abnahme der Mitglieder der polnischen Gewerkschaft in den Jahren 1908—1910. Später allerdings wußte man sich zu helfen, so daß die Wirkung des Gesetzes in etwa neutralisiert wurde. Die streng geschlossenen Versammlungen werden in den letzten Jahren stark besucht, und es hat den Anschein, als ob gerade das neue Vereinsgesetz die Bildungsarbeit der Verbandsmitglieder gefördert hätte. Es ist geradezu erstaunlich, wie hoch im allgemeinen das Niveau dieser Versammlungen ist. Dazu hat selbstverständlich auch die eifrige Bildungstätigkeit des Zentralvorstandes sowie vor allem der Bergarbeitervereinigung beigetragen. Folgende Ziffern,[2]) die wir dem Geschäftsbericht der Bergarbeiterabteilung des polnischen Verbandes entnehmen, sind ein Beleg dafür. Im Jahre 1912 fanden allein in Rheinland und Westfalen nicht weniger als 1605 Mitgliederversammlungen statt, dazu kamen 165 außergewöhnliche Versammlungen. Im Jahre 1912 hat die Bergarbeiterabteilung in Rheinland und in Westfalen sozialwissenschaftliche Kurse veranstaltet, die durchweg von Akademikern geleitet wurden. Die Zahl dieser Kurse betrug 50, ganz zu

[1]) s. Stenogramme der Reichstagsverhandlungen 1909 ff.
[2]) „Sprawozdanie z działalności zarządu“ (Bochum 1913).

schweigen von den Spezialkursen für die Knappschaftsältesten, Sicherheitsmänner usw. Die rührige Bergarbeiterabteilung gibt außerdem viele wissenschaftliche Broschüren heraus. Unter den besten dieser Veröffentlichungen sind ein knapp und gemeinverständlich geschriebener Abriß der Nationalökonomie sowie juristische Abhandlungen verschiedenen Inhalts zu nennen.

Die polnische Berufsvereinigung gibt 3 eigene Organe heraus, für die Handwerker die „Siła“ (Stärke) in Posen, für die Hütten- und Fabrikarbeiter die „Wzajemna Pomoc“ (gegenseitige Hilfe) in Königshütte, und den „Głos Górnika“ (Stimme des Bergmanns) in Bochum für die Bergleute.

Letzterer ist das Organ der Bergarbeiterabteilung und interessiert uns hier am meisten, weil, wie schon betont, diese Abteilung die weitaus stärkste ist und sich vorwiegend in Rheinland-Westfalen ausgebreitet hat. Der „Głos Górnika“ erscheint 2 mal im Monat in einer Auflage von 60 000 und ist verhältnismäßig gut redigiert. Er bringt viele wissenschaftliche Arbeiten und Abhandlungen. Die Anträge auf den Generalversammlungen, welche wöchentliches Erscheinen des Organs forderten, wurden einstweilen wegen der hohen Kosten zurückgestellt. Die Bergarbeiterabteilung gibt außer dem genannten Blatte noch eins für die masurischen Mitglieder heraus, und zwar in gotischem Druck, denn bekanntlich hat sich in Ostpreußen die noch im 16. Jahrhundert auch in Polen gebrauchte Schwabacher Schrift erhalten. Doch scheinen die Erfolge, welche die Berufsvereinigung unter den Masuren aufzuweisen hat, keine großen zu sein. Die allgemeinen Gründe hierfür haben wir schon bereits besprochen. Da die polnische Berufsvereinigung sich jetzt auf ganz Deutschland erstreckt, würde ihre Schilderung in extenso über den Rahmen unserer Arbeit hinausgehen. Uns interessiert hier aus den angegebenen Gründen speziell die Bergarbeiterabteilung. Die Entwicklung des Gesamtverbandes jedoch dürfen wir nicht aus dem Auge lassen, einmal deshalb, weil sie in Rheinland-Westfalen ihren Anfang genommen hat, dann auch darum, weil sie in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Abteilung steht. Doch wollen wir uns hier nur auf das wichtigste beschränken. Die allgemeine Entwicklung des Verbandes kennzeichnen folgende Ziffern[1]):

---

[1]) Zusammengestellt bis 1906 aus Imbusch l. c. S. 511. Seit da aus den Jahresberichten sowie aus den Statist. Jahrb. für das Deutsche Reich.

Jahr	Mitglieder am Jahresschluß	Einnahme Mk.	Ausgabe Mk.	Vermögen Mk.
v. 2. 11. 1902 bis Ende 1903	4616	10054	2111	7943
v. 1. 1. 1904 „ 10. 1. 1905	11500	24995	11957	20981
v. 1. 1. 1905 „ 1. 2. 1906	31680	95231	61091	56834
v. 1. 2. 1906 bis Ende 1906	40926	192247	117427	133904
1907	47926	222954	157972	234492
1908				
1909	56188	456643	360614	572399
1910	61965	683727	534396	726414
1911	70583	759153	604088	909734
1912	77322			

Bei der Verschmelzung hatten die polnischen Verbände, wie auf der Generalversammlung v. 1. 5. 1909 in Bochum mitgeteilt wurde, folgende Kapitalien[1]):

Polnische Berufsvereinigung Bochum	356893,73 Mk.
Schlesischer Verband	111569,63 „
Posener Verband	1650,00 „
Vereinigung polnischer Arbeiterinnen	665,35 „
Sa.	470778,71 Mk.

Die Entwicklung der Bergarbeiterabteilung war seit 1909 folgende[2]):

Landesteile	1909 Zahlstellen	1909 Mitglieder	1910 Zahlstellen	1910 Mitglieder
Rheinland-Westfalen	142	17772	160	26309
Ober-Schlesien	57	3798	87	10574
Sachsen-Lausitz	14	673	19	1504
Sa.	213	22243	266	38387

Landesteile	1911 Zahlstellen	1911 Mitglieder	1912 Zahlstellen	1912 Mitglieder
Rheinland-Westfalen	171	30164	182	30354
Ober-Schlesien	96	15243	123	18503
Sachsen-Lausitz	23	1588	30	2046
Sa.	290	46995	335	50903

[1]) Vgl. „Odczyt“ S. 28.
[2]) Zusammengestellt aus „Sprawozdanie“ (Bochum 1913).

Aus der Tabelle folgt, daß die Zunahme der Mitglieder betrug

1909/10	16 144	oder	72 %
1910/11	8 608	„	22 %
1911/12	3 908	„	8 %

Dabei ist sehr charakteristisch, daß die Abteilung prozentual gerade in Schlesien die größten Fortschritte macht. Im Jahre 1912 betrug der Prozentsatz der schlesischen Mitglieder bereits 36 %. Gerade die Erfolge in Oberschlesien sind hoch anzuschlagen, da der schlesische Bergmann bis dahin der Gewerkschaftsbewegung ziemlich apathisch gegenübergestanden hatte. Das hängt im wesentlichen mit seiner schlechten wirtschaftlichen Lage zusammen. Dann ist es bekannt, daß im schlesischen Bergbau noch heute die niedrigsten Löhne bei enorm hoher Arbeitsdauer gezahlt werden.

Es ist für die Intelligenz und Ausdauer der westfälischen Polen höchst bezeichnend, daß von ihnen der Anstoß zur Organisation in ihrer Heimat ausgehen mußte. Sicher ist, daß der gewaltige Umschwung, der sich in den letzten 12 Jahren bei den schlesischen Polen vollzogen hat, nicht zum kleinsten Teil in der Organisationsbewegung, die von den westfälischen Polen ausgegangen ist, seine Erklärung findet.

Recht bedeutend sind die äußeren Erfolge der Bergarbeiterabteilung. Die Wahlen zu sozialen Ämtern, an denen sie sich dank der Aufklärung der großen Masse geschlossen beteiligt, lassen diese Erfolge am besten erkennen.

Während die Polen noch vor wenigen Jahren fast keine offizielle Vertretung hatten, zählten sie im Jahre 1912 32 Knappschaftsälteste allein in Rheinland und in Westfalen, ferner 29 Gewerbegerichtsbeisitzende und nicht weniger als 131 Sicherheitsmänner und Ausschußmitglieder aus ihren eigenen Reihen. Diese Zahlen gelten, wie gesagt, nur für Rheinland und Westfalen. „In Schlesien, wo die Bergarbeiter", wie der letzte Jahresbericht der Abteilung sagt,[1]) „erst seit kurzer Zeit mit dem in der Fremde erlernten System arbeiten, sind die Erfolge sehr groß. Man kann allerdings noch nicht von einem allgemeinen Verständnis für soziale Dinge reden wie im Westen, weil in Oberschlesien der Arbeiter bis heute einem mittelalterlichen Sklaven gleicht. Zu der Knappschaft wird er nicht zugelassen, denn diese Ämter haben die Steiger, Obersteiger und Betriebsleiter inne. Von Gewerbegerichten weiß er (der oberschlesische

[1]) „Sprawozdanie" S. 19.

Arbeiter) wenig, sie sind ihm unbekannt. Die Schöffen wählt er nicht aus seiner Mitte, denn auch diese Stellen sind mit Zechenbeamten besetzt.“ Und weiter heißt es: „Der Weg zur sozialen Bildung ist in Schlesien eine kürzere Arbeitszeit“.

Ganz anders ist es bei den rheinisch-westfälischen Zuwanderern. Es ist überhaupt bezeichnend für die Polen im Westen, daß sie äußerst rührig überall da, wo es eben geht, ihre Rechte geltend machen und sich niemals und unter keinen Umständen passiv verhalten. Es ist dies ein Zug, der sich merkwürdigerweise erst in der „Fremde“ entwickelt hat. Die polnische Arbeiterbevölkerung im Westen, welche bis vor kurzem Führer aus den intelligenten Kreisen kaum aufzuweisen hatte, die polnische Demokratie par excellence hat eine so wirkungsvolle Politik eingeschlagen, daß sie in der Heimat allgemeine Bewunderung erregt und den Osten mit dem Westen immer mehr verkettet. Die westfälischen Polen sind auf ihre Erfolge auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens nicht wenig stolz und machen daraus kein Hehl. Man braucht nur die zahlreichen im Westen erschienenen Abhandlungen, Broschüren usw. zu lesen, um sich davon zu überzeugen. Als noch vor ein paar Jahren im Osten wenig Interesse, besonders bei der polnischen Intelligenz für die westlichen Polen herrschte, und als man allgemein annahm, die dortigen Polen würden sich bald assimilieren, sah man ihrem wirtschaftlichen Ringen in der Heimat ziemlich skeptisch zu.

Wer Gelegenheit gehabt hat, die polnisch-westfälische Presse von damals zu verfolgen, dem wird nicht entgangen sein, daß über die Gleichgültigkeit der Heimat manchmal bitter Klage geführt wurde. Ja es bestand zwischen Ost und West ein gewisser Antagonismus. Das ist nun in den letzten Jahren ganz anders geworden. Nach dem Osten flossen, wie wir auszuführen bereits Gelegenheit hatten, die ersparten Millionen der polnischen Arbeiter. Da kam auch noch die unerwartet glänzende Entwicklung der polnischen Berufsvereinigung. Der Teil der Geistlichkeit, welcher darum bangte, der Verband werde mit dem Sozialismus gemeinsame Sache machen, sah sich angenehm enttäuscht. Aber erst vollends wirkte die Verschmelzung der polnischen Verbände. Sah man doch, daß sie ohne das Entgegenkommen der finanziell bedeutend stärkeren westfälischen Polen undenkbar gewesen wäre. Und so wird man nicht fehl gehen, wenn man die im Westen auf einem den Polen fremden Gebiete emporgeblühte Organisationsbewegung als einen ihrer Haupterfolge in den letzten Jahren bezeichnet. Richtig ist, daß die Aussicht auf Rückkehr in die Heimat, von welcher der west-

fälische Pole immer träumt, stetig geringer wird. Die Gründe dafür sind schon besprochen. Richtig ist aber auch angesichts dieser Tatsache das eine: die preußische Polenfrage wird dadurch nicht nur nicht gelöst, sondern nur noch komplizierter.

c) Die Bergarbeiterabteilung in ihrer Stellung zu dem Gesamtverband, zu fremden Gewerkschaften, Streiks und zur Sozialpolitik.

In der Entwicklung des Bergarbeiterverbandes in seinen Fortschritten sowie in seiner Gewerkschaftspolitik spiegelt sich am besten die Entwicklung des Polentums im Westen wieder. Er ist in der öffentlichen Meinung so überragend, daß er heute im wesentlichen die Gestaltung der polnischen Verhältnisse beeinflußt.

Vor seinem Bestehen haben die Polen, wie wir gesehen haben, sich fast ausschließlich mit Politik und kirchlichen Fragen beschäftigt. Eine solche Entwicklung war natürlich sehr einseitig, zumal das ausschließliche Politisieren nicht immer zu greifbaren Resultaten geführt hat. Man kann es als große Errungenschaft der Polen bezeichnen, daß ihre Organisation sie auf wirtschaftliche Fragen gelenkt hat. Die westfälischen Polen haben eingesehen, daß es mit Worten allein nicht getan ist, sie haben gelernt, daß die besten Waffen die wirtschaftlichen sind. Unstreitig ist diese immer allgemeiner werdende Ansicht zum weitaus größten Teil der Gewerkschaftsbewegung zuzuschreiben.

Die Statuten sowie auch die Reichsgesetzgebung verbieten der polnischen Gewerkschaft streng, sich mit politischen Fragen zu befassen. Die ewigen polizeilichen und gerichtlichen Schikanen (denen übrigens auch die deutschen Gewerkschaften ausgesetzt sind) haben die Polen äußerst vorsichtig gemacht. Besonders ist das seit dem Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes der Fall. Wenn man behauptet hat, die polnische Gewerkschaft habe sich in ihren Anfängen von gewissen politischen Strömungen nicht frei machen können, so mag das seine Berechtigung haben, gewiß ist aber, daß sie heute rein gewerkschaftliche Ziele verfolgt und sich jeder politischen Tätigkeit streng enthält. Beweis dafür ist z. B. das Verbandsorgan der Bergarbeiterabteilung, das geradezu peinlich alle politischen Fragen meidet. Wenn man von gewisser Seite einwendet, daß Petitionen an den Reichstag von seiten der polnischen Gewerkschaft unter den Begriff „Einwirkung auf politische Angelegenheiten“ fallen und dementsprechend die Gewerkschaft als politischer Verein zu betrachten sei, so ist darauf zu erwidern, daß

jede Gewerkschaft zwecklos wäre, würde sie sich mit sozialpolitischen Dingen nicht beschäftigen. Kein vernünftiger Mensch wird daher die Erörterung solcher Fragen wie die des Koalitionsrechtes, des Arbeitsvertrags, der Arbeiterschutzgesetzgebung usw. durch die Gewerkschaften als Politik betrachten. Übrigens sind ähnliche unbegründete Verdächtigungen ebenso gegen die deutschen Gewerkschaften[1]) des öfteren laut geworden und, trotzdem sie ebenso oft von berufener Seite energisch widerlegt wurden, immer von neuem wiederholt worden, nach dem Prinzip: semper aliquid haeret.

Nun hat man weiter gesagt: Warum organisieren sich denn die Polen nicht in den deutschen Gewerkschaften, zumal da doch die sozialpolitischen und ethischen Prinzipien der katholischen Polen die gleichen sind oder wenigstens sein müssen wie die der christlichen Gewerkschaften. Dieser Einwand ist widerlegt, wenn man sich vor allem dessen bewußt wird, daß die Polen eben eine andere Sprache und Tradition haben. Dann kommen psychologische Momente. Der Pole denkt anders wie der Deutsche. Nun würde man sich mit Recht den Vorwurf der Einseitigkeit zuziehen, wollte man die politischen Unterschiede übersehen. Sie haben sich nach 1900 besonders zugespitzt, als die Polen Gleichberechtigung in der Kirche verlangten. Das ist ja menschlich begreiflich, wie es auch begreiflich ist, daß die deutschen Katholiken im allgemeinen sich nur schwer und mit Widerwillen zu Konzessionen an die Zuzügler bequemten. So wurden die Unterschiede immer größer, der Pole sah in dem Zentrum vor allem eine feindliche Partei, und da er die christlichen Gewerkschaften als eine Expositur des Zentrums betrachtete, brachte er ihnen wenig Sympathie entgegen. Wenn man das alles berücksichtigt, wird man verstehen, warum die Polen eine eigene Gewerkschaft ins Leben gerufen haben. Wohl haben politische Momente die Gründung in etwa bedingt, daraus kann man aber billigerweise nicht den Schluß ziehen, die polnische Gewerkschaft wäre in politischer Absicht entstanden. Mittlerweile haben sich ja die deutschen Gewerkschaften mit diesen Tatsachen abgefunden, und in entscheidenden Momenten haben sich alle Gewerkschaften die Hand gereicht. So in dem Streik 1905, wo in der sogen. Siebenerkommission außer den Vertretern der deutschen Verbände auch die Polen mit 2 Stimmen vertreten waren. Nach Beendigung des Streiks fand in Berlin ein Berg-

---

[1]) vgl. auch die äußerst interessanten Ausführungen von C. M. Schiffer, M. d. R., in „Anleitung zur Inanspruchnahme des Deutschen Vereins- und Versammlungsrechts nach dem neuen Vereinsgesetz“ (Köln 1908).

arbeitertag statt (20. 3. 1905), auf dem der alte Verband durch 63, die Christlichen durch 38 und die Polen durch 8 Delegierte vertreten waren. Der damals von den freien Gewerkschaften gemachte Vorschlag, ein Gewerkschaftskartell zu gründen, kam wegen des Widerstandes der Christlichen nicht zustande.

Im nachfolgenden Jahre trat der 2. preußische Bergarbeitertag in Essen zusammen, auf den die Polen 17 Vertreter entsandten. Außerdem fanden fast alljährlich Konferenzen der Gewerkschaften untereinander statt, an denen die Polen stets teilgenommen haben. Der Streik von 1912 brachte die Verbände wieder einander näher. Leider war diese Annäherung nicht von langer Dauer. Schon auf der ersten gemeinsamen Sitzung kam es zu heftigen Streitigkeiten zwischen dem alten Verband und dem christlichen Gewerkverein, der bekanntlich die Beteiligung am Streik ablehnte, trotzdem nach der allgemeinen Sachlage sowie infolge des gleichzeitigen englischen Riesenstreikes die Aussichten auf Erfolg wenn nicht groß, so doch wenigstens hinreichend waren. Die polnische Bergarbeiterabteilung berief darauf auf den 18. 2. 1912 eine Revierkonferenz nach Wanne, an der sämtliche Zahlstellenvorsitzende, der Ausschuß des Aufsichtsrats, der Vorsitzende des Zentralvorstandes sowie der ganze Abteilungsvorstand teilnahmen.

Die Revierkonferenz sprach sich energisch für den Streik aus, „da die Zeit günstig — und von den Zechenbaronen nichts zu erwarten sei".[1])

Dieser Beschluß erregte den Unwillen der Sozialdemokraten — wenigstens stellen es die Polen so dar —, weil sie es lieber gesehen hätten, wenn die Polen dem christlichen Gewerkverein gefolgt wären, um sie hinterher als Streikbrecher zu bezeichnen und „im trüben Wasser zu fischen".[2]) „Die Herren Sozialisten waren dessen sicher, das Werk zu vollbringen und mit einem Schlage beide Verbände zu vernichten, die ihnen im Wege standen."[3])

Nach langem Hin und Her kam es endlich zum Streik, und obwohl der Vorsitzende des polnischen Verbands den Streik auf den 1. April verlegt wissen wollte, „um die angesammelte Gendarmerie und Polizei auf den Sand zu setzen",[4]) wurde der Streik schon eher aufgenommen, und die Polen sind solidarisch vorgegangen, nur der christliche Gewerkverein schloß sich nicht

---

[1]) „Sprawozdanie" (Bochum 1912) S. 6.
[2]) „Głos Górnika" Nr. 7.
[3]) „Sprawozdanie" S. 7.
[4]) „Sprawozdanie" S. 8.

an. Das brachte natürlich eine unendliche Verwirrung. In den ersten Tagen streikten ungefähr 75 % der Bergleute, aber die Begeisterung flaute infolge der Uneinigkeit der Gewerkschaften ab, und so verlief der Streik vollkommen ergebnislos. Die Kosten des Streiks beliefen sich auf viele Millionen Mark, besonders weil die Zechen von ihrem Recht, Kontraktbruchstrafen zu erheben, rücksichtslos Gebrauch gemacht haben. Die Erbitterung wurde noch größer, als die Streikjustiz auf Grund des berüchtigten § 153 der Gewerbeordnung einsetzte. Die Zahl der mit Gefängnis bestraften Bergleute belief sich in die Tausende. Die polnische Gewerkschaft wälzt die Hauptschuld dieses Unglückes auf die Christlichen. „Denn" — so heißt es im vorjährigen Geschäftsbericht[1]) — „wer hätte gedacht, daß die Christlichen um Maschinengewehre und Militär nachsuchen würden? Wer hätte gedacht, daß die Gendarmerie und die Polizei in einer Weise vorgehen würde, wie wir es haben sehen müssen? Wer hätte gedacht, daß stellenweise katholische Priester von Haus zu Haus gehen würden, um zum Streikbruch aufzufordern?"

Zum Schluß ist es dem Berichterstatter ein Trost, „daß die Polen ihre Ehre gerettet haben, daß sie keine Streikbrecher und Feiglinge sind und sein werden".

Nach dem Streik setzte also ein erbitterter Kampf der Gewerkschaften ein, ihre Fachblätter wimmelten von gegenseitigen Anklagen. Von Posen aus wurde die Bergarbeiterabteilung der polnischen Berufsvereinigung scharf getadelt, besonders natürlich von den polnischen Konservativen. Es kam zu einer äußerst scharfen Preßfehde zwischen dem „Dziennik Poznański"[2]) und dem „Głos Górnika", der sich mit aller Energie gegen die Angriffe des ersteren, als sei die polnische Bergarbeiterabteilung der Sozialdemokratie gewogen, wehren mußte.

In der Tat war ein solcher Angriff unbegründet, denn gegen niemand hatten die Polen gerade während und nach dem Streik mehr gewettert als gegen die Sozialdemokraten, die sie des Verrates und ähnlicher Dinge bezichtigten. Es würde zu weit führen, die Gründe der ewigen Reibereien der Gewerkschaften auch nur einigermaßen erschöpfend zu behandeln. Auch ist es menschenunmöglich, aus dem Wust von Broschüren, Flugschriften und Zeitungen ein objektives Urteil zu gewinnen, wer nun eigentlich recht hat. Man kann nur das eine konstatieren: Das gegenseitige Verhältnis der Gewerkschaften ist ein höchst ge-

[1]) „Sprawozdanie" S. 9.
[2]) Siehe „Dziennik Poznański" und „Głos Górnika", April 1912.

spanntes, und es wäre in ihrem eigenen Interesse, irgendwelchen Ausweg zu finden und sich auf irgendeine Weise zu verständigen. Daß dabei an keine Verschmelzung gedacht ist, ist selbstverständlich, denn eine solche ist unmöglich wegen der grundverschiedenen Weltanschauung, von denen die Gewerkschaften beherrscht werden: es ist die christliche und die sozialistische. Auf dem Boden der ersteren stehen die christlichen Gewerkschaften und Polen; auf der letzteren die freien Gewerkschaften.

Zu dieser Schwierigkeit kommt noch eine andere: die fremde Nationalität der Polen.

Was die polnische Gewerkschaft angeht, denn sie hat uns hier ja in der Hauptsache zu beschäftigen, so muß man zugeben, daß sie sich alle Mühe gibt, eine Verständigung herbeizuführen. Ihre Vertreter haben bei Streiks usw. immer eindringlich zur Eintracht ermahnt.

Seinerzeit hat Herr Imbusch von der christlichen Gewerkschaft in der „Münchner Allgemeinen Rundschau“ einen Vorschlag gemacht, die Schaffung eines Kartells zwischen dem Gewerkverein und der polnischen Berufsvereinigung in die Wege zu leiten. Doch blieb es bei dem Vorschlag. Betont sei aber, daß die Polen dem Gedanken nicht ganz ablehnend gegenüberstanden. Sie verlangten nur ganz entschieden die Einstellung der Agitation seitens des Gewerkvereins unter den polnischen Arbeitern. Die polnische Gewerkschaft hat die Parole ausgegeben: die Polen zu den Polen.

Noch schärfer als den christlichen Gewerkverein bekämpft die polnische Gewerkschaft die katholischen Fachabteilungen, weil sie in ihren Augen nur gelbe Verbände sind.

Was nun das Urteil der leitenden Männer des Gewerkvereins über die polnische Gewerkschaft angeht, so ist dieses selbstverständlich im allgemeinen abfällig, trotzdem man den Polen zugesteht, daß sie ihre Organisationsbestrebungen wenigstens in den letzten Jahren von politischen Strömungen rein gehalten haben. Schrieb doch schon Imbusch, der insofern auf strengste Objektivität keinen Anspruch machen kann, als er offizieller Vertreter des christlichen Gewerkvereins ist, im Jahre 1908, daß „die polnische Berufsvereinigung bis in die jüngste Zeit (1908) nicht streng politisch im radikal polnischen Sinne“ zu nennen ist. Was die christliche Gewerkschaftspresse angeht, so sind Blätter wie die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ gegen die Polen gemäßigt, dagegen fehlt es im „Bergknappen“ nicht selten an ziemlich scharfen Artikeln, was die Polen dann wieder mit ebensolchen beantworten.

Überhaupt fällt der scharfe ungemäßigte Ton sämtlicher Gewerkschaftsblätter jedem unangenehm auf und macht sie auf die Dauer unsympathisch.

Es erübrigt, die Stellung der polnischen Organisation zu den freien Gewerkschaften zu besprechen. Das ist desto notwendiger, da oft in der Öffentlichkeit die Meinung verbreitet ist, die Polen neigten zum Sozialismus. Die Meinung mag dadurch entstanden sein, daß die politischen Strömungen unter den Polen im allgemeinen als radikal gelten.

Wie falsch es ist, die Polen in ihrer Gewerkschaftsbewegung des Sozialismus zu bezichtigen, geht schon daraus hervor, daß sowohl die sozialistische politische Partei wie auch ihre Gewerkschaften trotz riesiger Anstrengungen, die Polen für sich zu gewinnen, vollständig Fiasko gemacht haben. Die Debatten auf den Parteitagen sowie auf den Jahresversammlungen der Gewerkschaften geben davon das beste Zeugnis.

Daß die Polen gerade für die Sozialdemokraten und die auf ihrer Weltanschauung aufgebauten freien Gewerkschaften schwer zugänglich sind, erklärt sich ganz einfach durch den Konservatismus, der nun einmal den Polen in religiösen und ethischen Fragen überhaupt kennzeichnet.

Gewiß ist, daß vor Gründung der polnischen Gewerkschaften viele Polen den freien Verbänden angehört haben. Diese Zahl ist aber immer geringer geworden, so daß die freien Gewerkschaften und speziell der Bergarbeiterverband jährlich Zuschüsse für das polnische Fachorgan, die „Gazeta Górnicza", machen muß.

Genaues kann man darüber natürlich nicht erfahren, und alle diesbezüglichen Fragen werden umgangen. Über die Stellung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands zu den Polen gibt folgendes Schreiben des Vorstandes dieses Verbandes v. 4. 2. 1914 Auskunft:

Bochum, den 4. Februar 1914.

Antwortlich Ihres Schreibens vom 2. teilen wir Ihnen mit, daß wir über die Zahl der polnischen Bergarbeiter, die unserer Organisation angehören, noch keine Statistik aufgenommen haben, weder in unseren Jahresberichten, noch in unseren sonstigen Veröffentlichungen ist darüber etwas zu finden, denn wir behandeln die Bergleute alle gleich. Wir fragen nur, ob das Mitglied mit unseren Bestrebungen einverstanden ist und sich als Kämpfer in unsere Reihen stellen will. Ob das betr. Mitglied Deutscher, Pole, Tscheche, Russe usw. ist, bleibt uns ganz gleich und haben wir uns darum noch nicht bekümmert. Auch die

Auflage unserer polnischen Zeitung gibt über die Höhe der Mitgliederzahl der Polen bei uns keinen Aufschluß, weil ein ganzer Teil Mitglieder polnischer Abstammung nicht mehr in der Lage sind, polnisch zu lesen und deshalb die deutsche Zeitung beziehen. Ebenso ist es bei den Tschechen.

Was Ihre Frage über die Zahl der polnischen Beamten unserer Organisation anbetrifft, so können wir da mitteilen, daß wir bis zum Jahresschluß 1913 12 polnische Beamte hatten. Durch den polnischen Separatismus, welcher von der P. P. S. betrieben wurde, waren wir gezwungen, 2 Beamte zu entlassen, so daß heute noch 10 Polen bei uns Beamte sind.

Betreffs Ihrer weiteren Fragen über die organisatorischen Erfahrungen, die wir mit den Polen gemacht und ob die Polen Lohndrücker seien, sei mitgeteilt, daß die polnischen Arbeiter im allgemeinen ein schwer zu bearbeitendes Menschenmaterial sind und deshalb die Organisationsarbeit unter ihnen sehr schwierig ist. Es kommt auch hinzu, daß ein großer Teil der polnischen Arbeiter Anhänger des Großpolentums sind und sich deshalb der polnischen Berufsvereinigung angeschlossen haben. Im allgemeinen kann nicht gesagt werden, daß der Pole Lohndrücker ist. Aber auch hier sind Ausnahmen zu verzeichnen, besonders wenn der polnische Arbeiter erst in den Bergbau kommt, stellt er nicht so hohe Ansprüche wie die übrige Arbeiterschaft. Sobald er sich mit den hiesigen Verhältnissen vertraut gemacht hat, versucht er ebenso hohe Löhne zu verdienen wie die übrigen Arbeiter.

Weiter fragen Sie, ob die Polen unseren Mitgliedern geistig gewachsen wären. Darunter soll wohl verstanden werden, ob die deutschen Bergarbeiter geistig höher ständen als wie die Polen. Im allgemeinen muß man diese Frage bejahen. Es trifft hier wiederum das zu, was wir schon vorher betr. Lohndrückerei ausführten. Wenn die Polen erst mal jahrelang hier sind, dann werden sie geistig auch regsamer, immerhin aber kann gesagt werden, daß unsere deutschen Bergarbeiter geistig höher stehen. Dies liegt schon daran, daß ihre ganze Schulbildung eine bessere ist.

Hoffentlich genügen diese Zeilen. Sollte jetzt noch Wert auf die Zusendung unserer Jahresberichte unseres Verbandes gelegt werden, so sind wir dazu gern bereit.

Hochachtungsvoll!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Sitz Bochum)
Der Vorstand
T. Husemann.

Aus dieser Zuschrift kann auf die Zahl der in der freien Gewerkschaft organisierten Polen nicht geschlossen werden. Die Bemerkung, die Polen seien im allgemeinen „ein schwer zu bearbeitendes Menschenmaterial“ rechtfertigt den Schluß, daß diese Zahl den Erwartungen des Verbandes nicht entspricht. Zuverlässige Kenner der Verhältnisse schätzen die Zahl der freiorganisierten Polen sehr niedrig. Sie kann in Wirklichkeit auch nicht groß sein, wenn man bedenkt, daß die P. P. S., d. i. die polnische sozialistische Partei in ganz Deutschland wohl kaum 2000 polnische Mitglieder zählen dürfte.[1])

Was speziell die Stellung des freien Bergarbeiterverbandes zu der polnischen Berufsvereinigung angeht, so ist diese niemals gut, nach dem letzten mißglückten Streik sogar ausgesprochen gespannt gewesen. Sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite operierte man mit allen Mitteln, so daß es kaum möglich ist, von der wirklichen Sachlage ein annähernd richtiges Bild zu bekommen. Wir wissen schon, welche schweren Vorwürfe die polnische Gewerkschaft dem freien Verbande nach dem letzten Streik gemacht hat. Darob entstand ein entsetzlicher Pressestreit.

Dem Geschäftsbericht[2]) des freien Verbandes v. J. 1913 entnehmen wir — um beide Parteien zu Worte kommen zu lassen — folgendes:

„Das Verhalten der polnischen Berufsvereinigung ließ ebenfalls namentlich im letzten Jahre sehr viel zu wünschen übrig. Sie machte zwar die Lohnbewegung in der Braunkohlenindustrie Mitteldeutschlands und im Ruhrrevier mit, aber an der nötigen Aufrichtigkeit hat es die Leitung der Polen oft fehlen lassen. So traten sie bei Abbruch des Streiks im Braunkohlengebiet auf einmal für Weiterstreiken ein, obwohl sie vorher sich öfters schon für Abbruch ausgesprochen hatten. Sie wollten eben den starken Mann spielen. Noch schlimmer aber war die Verwirrung, welche die polnische Berufsvereinigung kurz vor Beginn und namentlich nach Beendigung des Ruhrbergarbeiterstreiks anrichtete und von ihren Zeitungen anrichten ließ. Bei Beginn der Lohnbewegung und noch kurz vor der entscheidenden am 10. März in Herne tagenden Revierkonferenz waren die Vertreter der Polen in den Vorständesitzungen mit uns einig. Als in einer solchen Sitzung einige Tage vorher darüber beraten wurde, ob man am 10. März es zum Streik kommen lassen oder

[1]) „Sprawozdanie“ (Herne 1911) S. 69; vgl. auch Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Berlin 1913).

[2]) Geschäftsbericht l. c. S. 100 ff.

ob man noch weiter abwarten solle, da drängten zwei Vertreter der Polen ganz entschieden, daß am 10. März der Streik zugelassen werden müsse. Sie erklärten ausdrücklich, daß sich ihre Leute nicht länger halten ließen. Wenn es am 10. März nicht zu einem Streikbeschluß käme, würden am Montag wilde Streiks ausbrechen. Am 9. März aber kam dann der Reichstagsabgeordnete Sosinski, der Vorsitzende der polnischen Berufsvereine, der jetzt in Kattowitz in der polnischen Zentrale sitzt, ins Revier. Er hat dann am 9. März noch Sitzung mit dem Vorstand der Bergarbeiterabteilung und am 10. früh Vorberatung mit den Delegierten der Polen gehabt. Und dann zeigte sich, daß in den Reihen der Polen ein großer Teil gegen den Streik war. Sosinski hatte sich vielfach die Redensarten und Gründe der „Christlichen" zu eigen gemacht, die ihn im Reichstage tüchtig bearbeitet hatten.

Aber am schlimmsten waren dann die Vorkommnisse nach dem Streik. Da wurden die Verbändler nicht nur für das Mißlingen des Streiks allein verantwortlich gemacht, sondern der größte Teil der polnischen Zeitungen bewarf den Verband und seine Leitung mit Schmutz. Die gröbsten Lügen wurden in die Welt gesetzt. Da sollten die Verbändler die Polen betrogen haben, indem sie heimlich ihre Leute zum Streikbruch anhielten, ja die Verbändler sollten sogar heimlich viele Tausend Erlaubniskarten zur Arbeit an ihre Mitglieder ausgestellt haben usw. Daran war natürlich kein wahres Wort. Laut Beschluß der Herner Konferenz sollten die Invaliden, die nebenbei noch kränklich sind und anderwärts keine Arbeit bekommen, die Erlaubnis zum Weiterarbeiten bekommen. An diese Invaliden nur hat die Verbandsleitung solche Arbeitserlaubniskarten ausgestellt, wie sie bei allen Streiks üblich sind. Gerade um Mißbrauch zu verhüten, werden diese Karten ausgegeben. Diese Leute, die Erlaubnis zum Arbeiten haben, müssen sich natürlich auch den Streikposten gegenüber ausweisen können. Deshalb gibt man die Arbeitskarten aus. Diese Hetze der polnischen Zeitungen richtete natürlich auch in der Leitung der polnischen Berufsvereinigung Unheil an. Es wurden nicht nur die ungeheuren Vorwürfe geglaubt, sondern es spielten auch in ihren Versammlungen diese ungeheuerlichen Behauptungen gegen den Verband eine große Rolle. Die gerichtliche Klarstellung ist dann auch völlig gelungen. Die Klagesache, die die Verbandsleitung gegen die polnische Zeitung „Narodowiec" in Herne eingeleitet hat, führte schließlich zur Verurteilung. Das Schöffengericht Bochum hatte die Zeitung freigesprochen, weil der klagende Verbandsvorstand nicht genannt und deshalb nicht beleidigt sei.

Das Landgericht aber hob das unhaltbare Urteil am 17. 3. 1913 auf und verurteilte den Redakteur zu 20 Mk. Geldstrafe. Die Strafe ist zwar sehr gering, weil man dem Redakteur den Schutz des § 193 zusprach. Aber auf die Höhe der Strafe kommt es nicht an. Die Hauptsache ist, daß der Verband von dem ungeheuerlichen Vorwurf gereinigt ist."

Und weiter heißt es:

„Auf die Zusammenstöße in Versammlungen wollen wir hier nicht eingehen. Solche Zusammenstöße von Agitatoren in Versammlungen und auch in Zeitungen werden so lange nicht vermieden werden können, solange wir und die „Christlichen" sowie die Polen und Hirsch-Dunckerschen uns gegenseitig Konkurrenz machen".

Man muß zugeben, daß diese letzten Zeilen vollkommen richtig sind. Ein Ausweg aus dem Dilemma, das mit dem größten Nachteil für die Arbeiter verbunden ist und den Wert der Organisation kolossal erniedrigt, müßte unbedingt geschaffen werden. Erschwert wird, wie gesagt, eine befriedigende Lösung des Kampfes der Gewerkschaften unter sich durch die Verschiedenheit der Weltanschauungen. Die Christlichen und die Polen bekämpfen die freien Gewerkschaften aus rein ethischen Gründen.

So weit von der Stellung der polnischen Gewerkschaft zu den deutschen Verbänden. Der Kampf, von dem die Gewerkschaften nicht ablassen wollen, ist ein Kampf um die Herrschaft. Daß dieser Kampf die Macht der Gewerkschaften kolossal mindert, ist schon gesagt worden. Positives kann eben nur durch Einigkeit erreicht werden. Deshalb haben sich die Gewerkschaften in besonders kritischen Momenten zu einheitlichem Vorgehen bequemen müssen. Dies ist besonders in sozialpolitischen Fragen der Fall gewesen. Aber auch einzeln haben die Gewerkschaften auf diesem Gebiete manches Gute geleistet. Das hier genauer zu verfolgen, würde über den Rahmen unserer Arbeit hinausgehen.

Die polnische Gewerkschaft,[1]) und zwar ganz besonders auf Anregung der Bergarbeiterabteilung, hat dem Polenklub im Reichstag und Landtag sowie beiden Häusern unmittelbar verschiedene Petitionen zugehen lassen, die wir hier kurz erwähnen müssen, weil sie für die sozialpolitischen Forderungen der Polen charakteristisch sind.

Im Jahre 1904 stellte auf Veranlassung der Berufsvereinigung die polnische Fraktion im Reichstag folgende Anträge:

---

[1]) vgl. „Odeczyt" S. 46 ff.

1. Einheitliche Regelung des Bergrechts für das Reich.
2. Eine einheitliche Knappschaft für das ganze Reich.
3. Direkte allgemeine und geheime Wahl der Knappschaftsältesten.
4. Festsetzung einer Maximalarbeitszeit unter Tage je nach der Lage von 6—8 Stunden.
5. Den bergpolizeilichen Instanzen sollen zur Ausführung der Sicherheitsmaßregeln erfahrene Bergleute beigegeben werden, welche aus allgemeinen direkten und geheimen Wahlen hervorgegangen sind.
6. Die Sicherung der Bergleute vor den dem Bergbau eigentümlichen Gefahren.

Die polnische Gewerkschaft hat in diesem und ähnlichem Sinne den gesetzgebenden Körpern ihre Anträge unterbreitet. Die allgemeinen sozialpolitischen Leitmotive der Polen sind auf der Generalversammlung der Delegierten in Essen 1906 und im darauffolgenden Jahre in Oberhausen festgelegt worden. Die Essener Beschlüsse lauten:

Wir fordern die Bundesregierungen auf, dem Reichstage baldmöglichst ein Projekt zum Schutze der Handwerker, der Hüttenarbeiter sowie der Industriearbeiter überhaupt vorzulegen. Die Vorlage soll enthalten:

1. Allgemeine Bestimmungen über die Arbeitszeit, welche besonders in Hochöfen und Walzwerken, sogen. Martinswerken und Thomaswerken höchstens 8 Stunden betragen darf.
2. Ein allgemeines Verbot der Arbeitszeit über 10 Stunden, Verbot der Doppelschichten, die manchmal 24 und sogar 36 Arbeitsstunden erreichen.
3. Schutz der Frauen und jugendlichen Arbeiter.
4. Bildung einer Pensionskasse für alle Arbeiter des Deutschen Reichs, sowie Errichtung einer Kasse für Witwen und Waisen der Arbeiter.
5. Die Verschmelzung aller Arbeiterversicherungen in eine einzige und Einführung der Arbeitslosenversicherung.
6. Die Berufung von Arbeitern und Arbeiterinnen zur Fabrikinspektion.
7. Erweiterung des Koalitionsrechtes der Industriearbeiter sowie Verleihung desselben Rechtes an die ländlichen Arbeiter.
8. Verleihung des Korporationsrechtes an die Gewerkvereine.
9. Verbot der Heranziehung ausländischer Arbeiter während einer Arbeitseinstellung.

Die Resolution vom Jahre 1907 betont den christlichen Charakter der polnischen Gewerkschaftsbewegung. Weiter verlangt sie Aufhebung der Bestimmungen, welche die Auszahlung der vollen staatlichen Rente neben der Knappschaftsrente unmöglich machen. Die Knappschaftsrente soll nach 25jähriger Arbeit im Bergbau ausgezahlt werden. Zuletzt ist zu nennen die Forderung strenger Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter.

Die Resolution betont, daß die Polen in allen Berufsangelegenheiten solidarisch mit den deutschen Gewerkschaften vorgehen und sie in keiner Weise bekämpfen werden. Die Polen müßten gegen die Anlockung der polnischen Arbeiter seitens der deutschen Gewerkschaften sowie gegen unbegründete Schmähungen protestieren. Es wird auch verlangt die Aufhebung des § 153 GewO. und paritätische Tarifgemeinschaften.

Kurz lassen sich die sozialpolitischen Forderungen der Polen so zusammenfassen: Schutz des Lebens und der Gesundheit, Kürzung der Arbeitszeit, Einführung unbedingter Sonntagsruhe, Beseitigung bezw. Einschränkung der Kinder- und Frauenarbeit, Gewährung eines positiven Koalitionsrechtes (bekanntlich haben wir nur eine Aufhebung der Bestrafung von Koalitiouen, und auch diese nur verklausuliert!), Verleihung von Korporationsrechten an die Gewerkschaften, Aufhebung des Sprachenparagraphen für die Gewerkschaften, Schutz und Unabhängigkeit der Arbeiter bei Übernahm sozialer Ämter, wie z. B. bei dem Institut der Sicherheitsmänner, allgemeine Zulassung der Arbeiter zu Tarifverträgen, Einführung obligatorischer Einigungsämter auf paritätischer Grundlage, Schaffung von Arbeitskammern sowie paritätische Arbeitsnachweise und freie Arztwahl.

Diese Forderungen sind ziemlich weitgehend und dürften sobald nicht in Erfüllung gehen, obwohl sie im allgemeinen zu billigen sind. Ihr sozialpolitisches Programm vertreten die Polen auch auf den internationalen Kongressen. Die Bergarbeiterabteilung ist dem internationalen Verband der Bergarbeiter angeschlossen, wie die freien und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Auf der Tagung des internationalen Verbandes im Jahre 1909 wurde in das Bureau auch ein polnischer Sekretär berufen.[1]) Durch die Zugehörigkeit zum internationalen Verband will die polnische Gewerkschaft auch äußerlich dokumentieren, daß „sie sich nur um Berufsangelegenheiten kümmert“,[2]) wie der Gewerkschaftsbericht für 1910 sagt.

---

[1]) 23. internationaler Bergarbeiterkongreß, Manchester 1912 S. 34.
[2]) „Sprawozdanie za rok“ 1910 S. 13.

Bekanntlich wird auf den internationalen Kongressen regelmäßig die Forderung gestellt, sämtliche Bergwerke zu verstaatlichen. Die Polen sind die einzigen, die sich mit dieser Forderung nicht einverstanden erklärten.

Der polnische Delegierte soll nach dem Bericht über den 23. internationalen Bergarbeiterkongreß darüber gesagt haben: „Wir können für diese Resolution nicht stimmen, ich wünsche aber eine längere Erklärung der Wünsche zu erlassen. Die deutschen Delegierten wissen, weshalb wir in dieser Frage nicht abstimmen werden. Unser Standpunkt ist schon auf früheren Kongressen zur Genüge erklärt worden, weshalb wir nicht für eine Verstaatlichung der Bergwerke, der Eisenbahnen und des Landes stimmen können. Für die Polen in Deutschland sind besondere Unterdrückungsgesetze gemacht worden, und aus diesen Gründen können wir für diese Resolution nicht stimmen".[1])

d) Die Polen unter sich, Stellung zum Gesamtverbande, die polnischen Arbeitersekretäre.

Bekanntlich gehörte die Zwietracht seit jeher zu den Nationalfehlern der Polen. Ihr stark ausgeprägtes, sprichwörtliches Temperament, der unbegrenzte Freiheitsdrang, der in dem „liberum veto" der „Szlachta" seinen beredten Ausdruck gefunden hat, das alles mag die Ursache und zum Teil eine gewisse Entschuldigung dieses Kardinalfehlers bilden. Zu spät haben die Polen ihren Fehler erkannt. Noch nach den Teilungen ist er oft der Grund bitterer Zerwürfnisse und Spaltungen gewesen. Erst als in Preußen und auch im Königreich Polen, das ist dem zu Rußland gehörenden Teile, ein immer schärfer werdender Kurs einsetzte, kamen die Polen zur Einigung. Das ist rein psychologisch höchst interessant. Wir erwähnen das hier, weil es zur richtigen Beurteilung der Polen in den Auswanderungsgebieten notwendig ist.

Gibt es im preußischen Osten im Grunde genommen nur eine polnische Partei, wobei die Unterschiede zwischen den Konservativen und Demokraten ziemlich verwischt sind, so ist das in noch viel größerem Maße im Westen der Fall. Hier halten die Zuwanderer buchstäblich wie Kletten zusammen.

---

[1]) Da es sich hier um eine prinzipielle Frage handelt, muß festgestellt werden, daß die in dem Bericht wiedergegebene Motivierung nicht dem Wortlaut der von den Polen abgegebenen Erklärung entspricht, wie mir von der polnischen Berufsvereinigung auf meine Anfrage mitgeteilt wurde.

Ohne dieses Zusammenhalten wäre die großartige Organisation undenkbar.

Wir haben schon gesehen, daß vor Gründung der polnischen Gewerkschaft und sogar noch später eine Spannung zwischen dem Heimatland und den westfälischen Polen bestand. Besonders in der Presse kam es damals manchmal zu gehässigen Streitigkeiten.

Selbstredend sind auch unter den Polen im Westen stürmische Auseinandersetzungen nichts Außergewöhnliches. Aber schließlich ist ihr Vorgehen auf allen Gebieten durchaus solidarisch. Besonders die Verschmelzung der polnischen Gewerkschaften hat anfänglich zu Streitigkeiten Veranlassungen gegeben. Die Bergarbeiterabteilung, die im Westen entstanden ist und auf welche die Zuwanderer stolz waren, hatte das bei weitem größte Vermögen, auch war sie unzweifelhaft am musterhaftesten organisiert, mit einem Wort tonangebend. Die andern waren gewissermaßen nur ein Appendix. So erklärt es sich, daß Streitigkeiten um den Vorrang auf Generalversammlungen, kurz nach der Verschmelzung, nichts allzu Seltenes waren. Auf der Generalversammlung in Bochum am 2. 5. 1909 „kam es zu stürmischen Szenen, aber endlich siegte der gesunde Verstand", wie ein Bericht[1]) sagt. Zwei Jahre später entspann sich auf der Jahresversammlung wieder ein erbittertes Wortgefecht über die Bilanzen der einzelnen Abteilungen. „Die Bergarbeiterabteilung", heißt es in dem Protokoll,[2]) „hat 218 000 Mk. Ersparnisse gemacht, während die endgültig ersparte Summe des Gesamtverbandes nur 154 000 Mk. beträgt. Die andern Abteilungen, welche mehr streikten, sollten ihre Verwaltungskosten selbst decken können, sie sollten besser wirtschaften." In der weiteren Diskussion kam es zu höchst persönlichen Auslassungen,[3]) aber schließlich wurde eine Einigung erzielt. Höchst bemerkenswert waren 16 Anträge der Bergarbeiterabteilung,[4]) die ganz energisch größere Selbständigkeit der einzelnen Abteilungen verlangten. Jede Abteilung sollte ihren eigenen Aufsichtsrat und ihre eigene Kasse haben. Die Wahl der Beamten sollte nur der Abteilung zustehen. Ferner wurde eine eigene Druckerei verlangt usw. Wegen dieser Dezentralisationsbestrebungen kam es zu einem heftigen Streit, so daß die Bergarbeiterabteilung ihre Anträge zurückzog.

Noch stürmischer war in demselben Jahre die General-

---

[1]) „Odczyt" S. 26.
[2]) Prot. S. 38 ff.
[3]) „Sprawozdanie" S. 7.
[4]) Prot. S. 58 ff.

versammlung der Bergarbeiterabteilung. Das Protokoll sagt darüber[1]):

„Die Beratungen waren sehr lebhaft und vielseitig, obwohl sie manchmal zu sehr stürmischen Szenen führten, so daß einer unserer masurischen Brüder seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gab, daß die Polen auf der Generalversammlung so wenig Taktgefühl zeigen und sich parlamentarischer Formen nicht befleißigen. Der Vertreter der Oberschlesier erklärte sogar, daß, wenn die Beratungen nicht ruhiger verliefen, seine Leute den Saal verlassen und nach Hause reisen würden. Ihrerseits machten die Schlesier bei den Beratungen über das Sterbegeld einen solchen Lärm, daß man die Verhandlungen abbrechen mußte, um sich mit ihnen zu verständigen".

Wie immer war auch hier der Schluß der Beratungen „herzlich und erhebend". Im Jahre 1913[2]) herrschte sowohl auf der Generalversammlung des Gesamtverbandes, wie der Bergarbeiterabteilung ein viel gemäßigterer Ton; der bisherige Vorsitzende des Gesamtverbandes, der zugleich Reichstagsabgeordneter war, wurde abgesetzt, und das gab wieder Veranlassung zu Streitigkeiten, die aber ohne Schwierigkeiten beigelegt wurden.

Bei weitem weniger Streitigkeiten gab es in der innern Verwaltung. Das ist vor allem dem guten Beamtenmaterial zu danken. Die meisten Beamten arbeiten in der polnischen Gewerkschaft seit ihrem Bestehen, kennen also bis ins einzelne die einschlägigen Verhältnisse. Sie sind fast ausschließlich aus Arbeiterkreisen hervorgegangen, wissen also aus eigener Praxis die Arbeiterverhältnisse zu beurteilen. Überhaupt sind die Polen Nichtarbeitern gegenüber skeptisch, und mehrere Beschlüsse verlangen, „die Beamten sollten aus eigener Anschauung und Praxis die Arbeitsverhältnisse kennen".

Was die Bildung der Arbeiterführer angeht, so ist sie im allgemeinen vorzüglich. Und wenn Heinrich Imbusch[3]) in seinem Werke sagt: „Die Führer der Berufsvereinigung selbst haben bisher bei ihren Arbeiten und bei den Zusammenkünften mit anderen Organisationen sehr wenig gewerkschaftliche Schulung und einen bedenklichen Mangel an Einblick in unsere wirtschaftlichen und gesetzlichen Verhältnisse bekundet" — so ist das einmal stark übertrieben, dann aber sind seit der Zeit, als Imbusch diese Zeilen schrieb, viele Jahre vergangen, so daß er heute schwerlich sein Urteil aufrecht erhalten könnte; denn wer

[1]) „Sprawozdanie" S. 7.
[2]) vgl. dazu „Dziennik Poznanski" Nr. 124 ff. vom Jahre 1913.
[3]) Imbusch l. c. S. 514.

z. B. die Entwicklung der Bergarbeiterabteilung der polnischen Berufsvereinigung kennt, weiß, was gerade sie ihren Beamten zu danken hat. Die Veranstaltung von wissenschaftlichen Arbeiterkursen, die viele Tausende kostet, beweist am besten, daß die Führer eine fortschrittliche Gesinnung haben. Die Bezahlung der Gewerkschaftsführer ist im Verhältnis zu ihrer anstrengenden Tätigkeit eine äußerst bescheidene. Damit kommen wir auf das heikle Kapitel: „Die Arbeiter als Arbeitgeber". Das Durchschnittsgehalt sämtlicher Beamten im Hauptamt dürfte wohl kaum über 1800 Mk. betragen, eine Bezahlung, wie sie der Durchschnittshauer im Ruhrrevier als sehr klein finden würde.

Diese geringe Entlohnung erklärt sich durch die Geringschätzung der geistigen Arbeit. Ein Gewerkschaftsmitglied hat im allgemeinen keine Ahnung davon, daß seine Führer über ihre Kräfte arbeiten müssen. Der gewöhnliche Arbeiter hat doch wenigstens Sonntagsruhe, er hat freie Zeit für sich und seine Familie. Anders der Arbeiterführer. Er muß (gerade bei der polnischen Gewerkschaft ist dies der Fall) jeden Sonntag in 3, 4, ja 5 und mehr Versammlungen sprechen und wenn er nicht erscheint, kann er der schwersten Folgen sicher sein. Und doch sieht die große Menge mit einem gewissen Neid auf ihre Führer, „die nun ein schönes Leben führten und nichts mehr zu tun hätten".

Da wird man unwillkürlich daran erinnert, was Max Prager[1]) seinerzeit im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik schrieb: „Die Arbeiter zeigen als Arbeitgeber durchaus keine sympathischeren Züge als die meisten kapitalistischen Unternehmer". Das hängt mit der ganzen Auffassung zusammen, die noch heute die große Mehrzahl der Arbeiter von den Gewerkschaften hat. Sie denken „sich die Gewerkschaften als eine Art Automaten, in welchen man ein 10 Pfg.-Stück hineinwirft, um sofort einen Taler herauszuerhalten".[2])

Wie enorm die Arbeitsleistungen der Beamten der polnischen Gewerkschaft sind, dafür einige Belege. Die Bergarbeiterabteilung hat in 8 Rechtsauskunftsstellen im Jahre 1912 15412 Rechtsauskünfte erteilt. Davon wurden über 10000 schriftlich erledigt. Im Hauptbüro wurden über 10000 Briefe beantwortet, über 17000 Pakete weggeschickt. Die Beamten der Abteilung haben allein im Jahre 1912 624 Referate auf Versammlungen gehalten. Dabei beträgt die Zahl der Beamten 11, und als Ge-

---

[1]) Prager, Die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung, im Archiv Bd. 20 S. 229ff.

[2]) Prager l. c. S. 254.

samtgehalt für sie sind 11 380 Mk. ausgegeben. Man muß nämlich berücksichtigen, daß nur 3—5 Beamte eine höhere Entlohnung erhalten, die andern dagegen mit lächerlich kleinen Summen abgefunden werden.

Aus alle dem geht hervor, daß die Lage der polnischen Arbeiterführer keine beneidenswerte ist. Und dieselben Arbeiter, welche sich mit Recht über die Unzulänglichkeit des Lohnes empören, machen sich keine Gewissensbisse daraus, mit ihren Arbeitern ebenso hartherzig zu verfahren, wie mit ihnen der Arbeitgeber, wenn er sie mit Hungerlöhnen abfindet.

Recht charakteristisch ist ein Antrag der Zahlstelle Habinghorst auf der Generalversammlung 1911, „der Lohn der Beamten dürfe unter keinen Umständen mehr als 180 Mk. monatlich betragen".[1]) Solche und ähnliche Dinge sind gar nichts Seltenes.

VII. Die Politik der Polen.

Die zugewanderte polnische Masse ist im Westen politisch ziemlich rege. Das war nicht immer so. Als die Zuwanderung begann, war eine politische Aufklärung in der polnischen Heimat unter den niedrigen Ständen äußerst gering. Die Mehrzahl vegetierte dahin, ohne sich um politische Meinungen zu kümmern. So war denn auch der Zuwanderer politisch absolut ungeschult. Die veränderten Lebensumstände, das rege Gewerkschaftsleben, die Vereinstätigkeit, alles das zwang den polnischen Arbeiter im Westen, sich politisch zu orientieren. Er war von zwei Parteien besonders umworben, von dem Zentrum und der Sozialdemokratie. Eine dritte oder gar vierte Partei kam für ihn überhaupt gar nicht in Betracht.

Es lag in der Natur der Verhältnisse, daß das Zentrum für den Polen die größte Anziehungskraft hatte. Waren doch seine Anhänger gleich ihm Katholiken und seine Führer vielfach Geistliche, denen er unbegrenztes Vertrauen entgegenbrachte das Zentrum war auch die Partei, die sein Pfarrer ihm daheim anempfohlen hatte.

So sehen wir seit den 80er Jahren die Polen überall mit dem Zentrum Hand in Hand. Jeder polnische Verein hatte an seiner Spitze einen Geistlichen. Der polnische Arbeiter war organisiert in dem christlichen Gewerkverein, er wählte bei allen Wahlen einen Zentrumskandidaten. Aber das traditionelle gute Verhältnis zwischen Zentrum und Polen kam bald ins Wanken.

[1]) Protokoll S. 65.

Da die Regierung in der Polenpolitik zu immer schärferen Maßregeln griff, gestaltete sich infolgedessen das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen immer gespannter. Der Pole sah in dem Zentrumskandidaten fortan einen Deutschen, den er ebenso wie jeden andern als den Gegner seiner Sprache und Tradition betrachtete. Schon Anfangs der 90 er Jahre begann man unter den Polen von der nationalen Wiedergeburt des bis dahin für verloren geglaubten Schlesiens zu sprechen. Schlesien war bis dahin die unbestrittene Domäne des Zentrums. Darin erblickten die Polen das größte Hemmnis der Neubelebung des polnischen Geistes in Schlesien. Da war zuerst ein Teil der polnischen Presse, der eifrig gegen das Zentrum propagierte. In Schlesien erschienen bald mehrere Zeitungen, die im nationalpolnischen Sinne redigiert wurden. Das führte zu immer größeren Reibungen, die auf die Zuwanderer in Westfalen nicht ohne Einfluß blieben, zumal die radikalen schlesischen Blätter sich dort einer großen Beliebtheit erfreuten. Im Westen war es vor allem noch eine Ursache, die das Zentrum zum Wanken brachte: die Seelsorgerfrage. Polnisch sprechende Geistliche gab es, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen, im Westen nicht. Die Polen, deren Zahl von Tag zu Tag größer wurde, verlangten nun immer energischer polnische Geistliche. Es kam dabei zu äußerst unerquicklichen Szenen; besonders die Bischöfe von Paderborn wurden mit Petitionen bestürmt, und als sie dem Drängen nicht immer nachgaben, wälzte man die Schuld auf die Geistlichkeit.

Das Verhältnis zum Zentrum wurde schließlich unhaltbar, als der früher ausgesprochen zentrumsfreundliche „Wiarus Polski“, das führende Organ der Polen im Westen, sich endgültig vom Zentrum lossagte.

Die Reichstagswahlen von 1902 brachten den offenen Bruch mit dem Zentrum, die Polen stellten ihren eigenen Zählkandidaten auf und brachten das Zentrum um einige Mandate. Daraufhin wurde mit Hilfe des Zentrums in Dortmund eine polnische Zeitung, der „Dziennik Polski“ gegründet. Das Blatt fand keinen Anklang, da die Polen seine Leiter und Unternehmer für „Verräter an der eigenen Sache“ erklärten. Sein Erscheinen wurde deshalb bald eingestellt. Alle übrigen Versuche des Zentrums, die Polen wieder für sich zu gewinnen, scheiterten ausnahmslos, bis man sich mit der neuen Lage abfand. Heute ist das Verhältnis zwischen Polen und Zentrum durchaus geklärt: beide gehen getrennt, trotzdem ihre Programme in prinzipiellen Fragen sich kaum unterscheiden.

Die zweite Partei, von der die Polen heiß umworben wurden, war, wie gesagt, die Sozialdemokratie. Hier setzte zunächst die

sozialistische Arbeiterbewegung ein. Sowohl die christlichen Gewerkvereine wie die freien Gewerkschaften suchten den polnischen Arbeiter für sich zu gewinnen. Beide Richtungen gaben für ihre polnischen Mitglieder eigene polnische Organe heraus, veranstalteten polnische Versammlungen usw. Die Erfolge sind aber, wie wir schon früher betont haben, ziemlich gering gewesen. Auch eine polnische Sozialistenpartei ist gegründet worden.

Einigen Erfolg scheint die Agitation der Sozialdemokraten bei den Wahlen im Jahre 1902, nach dem offenen Bruch der Polen mit dem Zentrum, gehabt zu haben. Die Polen stellten damals ihren eigenen Kandidaten auf, der aber nur einen geringen Bruchteil der polnischen Stimmen auf sich vereinigte. Das Resultat war, daß in den drei Wahlkreisen: Dortmund, Duisburg—Mülheim a. d. R. und Bochum—Gelsenkirchen, das Zentrum der sozialdemokratischen Partei weichen mußte. Aber dauernde Erfolge hat die politische sozialistische Organisation absolut unter den Polen nicht zu erreichen vermocht. Die polnische sozialdemokratische Partei (Polska Partya Socyalistyczna), kurz PPS. bezeichnet, hat nach vielen Mißerfolgen endlich im Jahre 1913 als Partei im Rahmen der deutschen Sozialdemokratie zu existieren aufgehört.

Auf dem Parteitag in Halle a. d. S. hat die polnische Sozialdemokratie zuerst tatkräftige Unterstützung seitens der Partei gefunden. Die „Gazeta Robotnicza“, das Organ der polnischen Sozialdemokratie, sollte einmal wöchentlich herausgegeben werden. Aber die Erfolge waren gering. Die Erklärung dafür suchte man darin, daß die Polen zu der deutschen Partei kein Zutrauen hätten. Also gründete man auf Antrag der Polen eine Sonderorganisation innerhalb der Gesamtpartei. Aber bald „machten sich innerhalb des PPS. nationalistische Tendenzen bemerkbar, die zu Konflikten mit den einzelnen Parteigenossen und Ortsgruppen führten“.[1]) Im Jahre 1906 wurde dann zwischen der PPS. und dem Gesamtverband ausdrücklich abgemacht, daß die PPS. unter allen Umständen nur eine Expositur der deutschen Partei sei und ihre Instanzen anerkenne. Das Organ der polnischen Sozialdemokratie, die „Gazeta Robotnicza“, erschien seitdem dreimal wöchentlich.

Aber die Erfolge blieben auch jetzt aus, und das Protokoll[2]) stellt fest, daß jeder Abonnent der „Gazeta Robotnicza“ damals 10 Mk. gekostet habe.

---

[1]) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Berlin 1913) S. 547.

[2]) vgl. darüber „Gazeta Górnicza“ 1914, Januar—Mai.

Als die Zwistigkeiten kein Ende nehmen wollten, wurde die monatliche Subvention von 1100 Mk. für die „Gazeta Robotnicza“ zurückgezogen. Nun gab die PPS. ein eigenes Organ heraus, und es begann ein heftiger Kampf der beiden sozialdemokratischen Parteien der Polen und Deutschen, indem man sich mit den gröbsten Beleidigungen überschüttete. Zum endgültigen Bruch kam es im Jahre 1913, als polnische Beamte, die beim Bergarbeiterverband beschäftigt waren, wegen ihrer Zugehörigkeit zum PPS. angeblich wegen Schädigung des Verbandes durch separatistische Ideen[1]) entlassen wurden. Die gemaßregelten Beamten suchten sich mit ihrem Anhange sogar der polnischen Berufsvereinigung anzuschließen, wurden aber abgewiesen. Sie gründeten also einen neuen Verband in Schlesien, der auf dem Boden des Sozialismus steht. Der Kampf hat jetzt erst recht mit aller Erbitterung eingesetzt und wird beiderseits mit allen erdenklichen Mitteln geführt. Schon daraus folgt, daß die Sozialdemokratie mit den Polen die denkbar schlechtesten Erfahrungen hat machen müssen, und so begreift man die Vorgänge auf dem Parteitag 1913, auf dem eine Resolution angenommen wurde, dahinlautend, daß von nun ab eine polnische Partei innerhalb Deutschlands nicht mehr geduldet werden könne.

Diese Stellung zu den Polen hat begreiflicherweise große Entrüstung bei den polnischen Parteianhängern hervorgerufen und so die Stellung der bürgerlichen polnischen Parteien gefestigt. Man kann also behaupten, daß der Sozialismus bei den Polen so gut wie nicht vorhanden ist. Denn die paar hundert Mitglieder der PPS. kommen ernstlich kaum in Betracht. Das haben auch die Verhandlungen des Parteitages im Jahre 1913 deutlich gezeigt. Das Protokoll[2]) schreibt darüber: „. . . Bei diesem bedauerlichen Bruderkampf sind die bürgerlichen polnischen Parteien und ihre Presse der lachende Dritte. Die Leidtragenden sind die Partei und das unter dem furchtbaren Doppeljoch des preußischen Junkerregimes und der rücksichtslosen Ausbeutung der Gruben- und Hüttenbarone schmachtende und schwerleidende polnische Proletariat . . .“ Und weiter: „Mit schmatzendem Behagen kann die polnische bürgerliche Presse, gestützt auf die Auslassungen unserer Genossen aus dem PPS., schreiben: ‚Wir haben seit Jahren bewiesen und festgestellt, daß die deutschen Sozialisten die polnischen Arbeiter

---

[1]) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Berlin 1913) S. 547.

[2]) l. c. S. 548 ff.

demoralisieren. Weg mit den roten Schwindlern, welche zum Hakatismus neigen'. Um dieses Resultat zu zeitigen, dafür haben wir in den letzten 6 Jahren über 160000 Mk. aufgewendet". Im weiteren gibt dann das Protokoll zu, daß die PPS. in ganz Deutschland keine 2000 Mitglieder gehabt habe. So ähnlich wird es mit den auf dem Boden der deutschen Sozialdemokratie stehenden freien Gewerkschaften aussehen, wenn man das auch mit Zahlen nicht belegen kann, weil solche eben nicht zu bekommen sind.

Der Sozialismus hat also wie übrigens auch bei den übrigen Polen keine festen Wurzeln fassen können und wird dazu auch in Zukunft wohl kaum imstande sein.

Die Gründe hierfür sind unschwer aufzufinden, wenn man den religiös-konservativen wie nationalen Sinn der Polen mit in die Betrachtung zieht. Was nun die Erfolge der Polen auf politischem Gebiete in Rheinland-Westfalen angeht, so sind diese natürlich nicht groß. Bei der Dichtigkeit der Einwohner im Industriebezirk ist es ja vollkommen ausgeschlossen, daß die Polen selbst bei der angestrengtesten Agitation auch nur einen Kandidaten jemals durchbringen können. Man könnte also mit Recht einwenden, wozu denn noch eigene Kandidaten aufstellen? Aber die Aufstellung der Zählkandidaten hat für die Polen den einen großen Vorteil, daß sie die breitesten Massen der Polen aufrüttelt und im politischen Sinne aufklärt, was für die ganze Bewegung von eminenter Bedeutung ist. Man braucht nur einmal bei den Wahlen die kolossale Agitation anzusehen, um zu begreifen, welchen Einfluß sie hinterläßt. Dann sind solche Zählkandidaturen insofern von Bedeutung, daß sie den Polen ihre ungefähre Stärke zeigen und sie bei Wahlen zu sozialen Ämtern usw. anspornen. Die große Zahl der Knappschaftsältesten und Sicherheitsmänner, welche die Polen aufzuweisen haben, ist neben der Gewerkschaftstätigkeit vor allem dem Einfluß zuzuschreiben, den die politischen Wahlen hinterlassen.

Der einzige positive Vorteil des gesonderten politischen Vorgehens der Polen im Westen ist also die nationale Aufklärungsarbeit.

Es ist nicht uninteressant, die Erfolge der Polen in den einzelnen Wahlgängen zu verfolgen. Die abgegebene Stimmenzahl gibt ein deutliches Bild vom Wachsen oder Abflauen der politischen Tätigkeit der Polen.

Wir übergehen die Wahlen von 1902 — die Stimmenzahl der Polen war damals ziemlich gering — und vergleichen nur die Jahre 1907 und 1912.

Nach der Statistik des Deutschen Reiches (Bd. 250 Heft 1) stellte sich die Zahl der gültig abgegebenen Stimmen der Polen in den verschiedenen Wahlkreisen wie folgt dar:

	1907		1912	
	überhaupt	%	überhaupt	%
Münster . . .	5507	3,8	7958	4,7
Minden . . .	—	—	—	—
Arnsberg . . .	14140	3,5	18132	3,9
Köln	127	0,1	213	0,1
Düsseldorf . .	8640	1,5	11996	1,8
Koblenz . . .	—	—	—	—
Trier	—	—	—	—
Aachen . . .	—	—	—	—

Die politischen Organisationen der Polen im Westen, die alle Wahlen usw. vorbereiten, sind die „Towarzystwa Wyborcze“ (Wahlvereine). Ausschlaggebend für die Auswahl der Kandidaten ist das polnische Zentralwahlkomitee mit dem Sitz in Posen. In diesem Komitee sind einflußreiche Vertreter der Polen aus ganz Deutschland, also auch aus Rheinland und Westfalen.

Nach dem Bruch mit dem Zentrum haben sich die Polen politisch abgeschlossen und alle deutschen Parteien bekämpft. Ihr Ziel, in ihrer ganzen politischen Tätigkeit auch im Westen eine vollständige Unabhängigkeit zu gewinnen, haben sie dadurch erreicht. Ihr politisches Selbstbewußtsein ist ganz enorm gestiegen, was auf ihre wirtschaftliche Gesamtlage nicht ohne Einfluß war. Das Zentrum vor allem hat mit ihnen rechnen müssen, Konzessionen wurden leichter gemacht, besonders die kirchlichen Wünsche wurden immer mehr erfüllt. Ihrer Ausdauer haben es die Polen zu danken, daß die polnische Seelsorge in Gemeinden mit einer größeren Zahl polnischer Katholiken eingeführt wurde. Im klerikalen Seminar zu Paderborn ist die polnische Sprache obligatorisch, so daß die Klagen über mangelnde polnische Seelsorge in einigen Jahren vollständig behoben sein werden.

Im übrigen ist die ganze Entwicklung der Polen im Westen Hand in Hand mit der Entwicklung im Osten gegangen. Waren früher zwischen den Polen im Westen und denen im Osten bedenkliche Differenzen vorhanden, so sind sie in den letzten Jahren so gut wie verschwunden. Das ist für die preußischen Polen die Haupterrungenschaft der letzten Jahre.

Die wirtschaftlichen Organisationen, die sich so vortrefflich im Osten entwickelt und jetzt auch im Westen festen Fuß ge-

faßt haben, sind der Hauptgrund für den viel strafferen Zusammenhang der westlichen und östlichen Polen. Man hat auf seiten der Polen ganz richtig eingesehen, daß die Hauptbedingung für die nationale Entwicklung der Zuwanderer in dem engsten Zusammenschluß der Emigration mit der Heimat liegt. Je enger diese Bande sein werden, desto größer wird die wirtschaftliche Macht und der politische Einfluß der Polen im Westen.

Was die politische Bildung der Polen in Westfalen selbst angeht, so haben wir schon an verschiedenen Stellen betont, daß der Zuwanderer entsprechend seinem viel nüchterner gewordenen Charakter, dank vor allem dem durch und durch demokratischen Elemente, in dem er sich bewegt, ein vorzügliches politisches Material bildet.

Von der väterlichen Scholle verbannt, hat er sich in der Fremde gut eingelebt, ist wirtschaftlich stark geworden, hat sich allmählich politisch und wirtschaftlich emanzipiert und ist heute der Stolz der preußischen Polen. Dabei hat er trotz seiner viel besseren Lage im Westen die Heimat nicht vergessen, sie ist vielmehr sein einziger Gedanke. Nun ist ja nicht zu verkennen, daß der Einfluß von Schule und Kirche auf die neue Generation, die schon im Westen geboren ist, von einschneidender Bedeutung ist. Bis jetzt allerdings scheinen die nationalen Verluste der Polen nicht groß zu sein. Doch verkennen die Polen nicht im geringsten die Gefahr der „Germanisation", wie der offizielle Ausdruck dafür heißt. Deshalb auch die Parole: In erster Linie an die Jugend denken! Da werden alle möglichen Vorschläge gemacht. Man will im Osten Ferienkolonien gründen, ja man hat sogar daran gedacht, polnische Privatlehrerinnen nach dem Westen kommen zu lassen, doch ist das unausführbar wegen der scharfen Überwachung seitens der Regierung. So ist man denn ganz auf die häusliche Erziehung angewiesen. Hier geschieht seitens der Polen sehr viel. Jährlich werden Tausende von polnischen Fibeln durch die Vereine und besonders durch die „Straż" (Wacht) verteilt, und fast alle polnischen Zeitungen haben eine Beilage für Kinder, die den Unterricht im polnischen Lesen und Schreiben sowie vor allem in der Geschichte und Literatur erleichtern soll. Sehr erfolgreich ist hier besonders die Tätigkeit des in Posen erscheinenden „Przewodnik Katolicki", der „Praca" und der „Gazeta Grudziądzka" gewesen, von den Blättern im Westen abgesehen. Aus alle dem geht hervor, daß die Masse der westfälischen Polen nicht leicht zur Eindeutschung neigt, und das wird wohl auch in allernächster Zukunft nicht der Fall sein. Daß in einigen Jahrzehnten der Germanisationsprozeß doch ziemlich fortgeschritten sein wird, das wissen Kenner

der polnischen Verhältnisse sehr wohl. Aber schnell wird dieser Prozeß, wie gesagt, nicht vor sich gehen, und die polnische Frage wird im Westen noch sehr lange akut bleiben, falls die bisherigen politischen Verhältnisse andauern sollten.

Sollte hierin eine Wandlung eintreten, sollte insbesondere die politische Lage der Polen im Osten anders werden, dann wird eo ipso die Lage im Westen einen andern Charakter annehmen. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß jede politische Erleichterung und Konzession, die man den Polen in ihrem Mutterlande macht, die Rückwanderung fördern, die Zuwanderung abhalten wird. Denn wenn auch die politischen Verhältnisse bei weitem nicht den Einfluß auf die Wanderungen ausüben wie die wirtschaftlichen, so sind jene doch vielfach maßgebend für diese. Wären die politischen Gesetze nicht da, die den Polen eine Ansiedelung, Parzellierung usw. verbieten oder erschweren, wären weiter die Ansiedelungskommission und ihre preissteigernden Wirkungen auf dem Bodenmarkte nicht vorhanden, dann würde auch die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit für den Polen im Osten viel größer werden, als sie bisher war. Bedenkt man weiter, daß die bisherige Polenpolitik einem Polen das Aufsteigen in die mittlere Beamtenklasse (man denke nur an Eisenbahnbeamte, Subalternbeamte usw.) unmöglich machte, so versteht man, daß alles dies auf die wirtschaftliche Lage von einschneidendem Einfluß war.

Den Polen selber hat die Emigration, abgesehen von ganz geringen nationalen Verlusten, großen Nutzen gebracht, und man schaut heute die Zuwanderer im polnischen Lager ganz anders an als etwa vor 20—30 Jahren. Damals galten sie als verlorene Schafe, heute sieht man in ihnen das tüchtigste, nüchternste und beste Element des polnischen Volkstums. Man wettert heute also nicht gegen die Abwanderung, sucht aber andererseits mit allen Mitteln die Rückwanderung derjenigen, die sich im Westen ein kleines Kapital erspart haben, zu fördern, um einen neuen kräftigen und gesunden Mittel- und Häuslerstand im Osten zu schaffen.

War die polnische Politik früher ein Chaos,[1]) in dem man sich heute kaum zurechtfinden kann, so ist sie heute ein wohlgefügtes Ganze. Die günstige Entwicklung der Emigration haben die westfälischen Polen vor allem sich selbst zu danken, denn die Heimat hat für sie bis 1900 so gut wie nichts getan, erst im letzten Jahrzehnt hat der Osten eingesetzt.

---

[1]) Wir verweisen auf Bernhard, Polenfrage S. 192 ff.; ebenso auf die Jahrgänge des „Wiarus Polski“ 1898—1902.

Das Geheimnis der großen Erfolge der westfälischen Polen liegt darin, daß sie weniger politisiert haben wie die Polen im Osten, dagegen alle ihre Kraft auf die wirtschaftliche Hebung verwandt haben. Die wirtschaftliche Stärke hat sie kulturell gehoben und ihre Politik viel realer gestaltet, als das sonst der Fall gewesen wäre. Die wirtschaftliche Emanzipation wiederum hat die westfälischen Polen zur Selbständigkeit erzogen. Diese Selbständigkeit hat ihre Widerstandskraft gehoben, ihr politisches und kulturelles Leben gestützt — ihr verdanken die rheinisch-westfälischen Polen ihre heutige Stärke und ihre Erfolge.

Robert Noske, Borna-Leipzig, Großbetrieb für Dissertationsdruck.